

Hinterland

31/2016 4,50 euro



mob

30 JAHRE
BAYERISCHER FLÜCHTLINGSRAT*

20 JAHRE
RAGE AGAINST ABSCHIEBUNG*

10 JAHRE
HINTERLAND MAGAZIN*



***ES GIBT WAS ZU FEIERN**

Samstag 9. Juli 2016, ab 17.00 Uhr
Feierwerk München



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #31
April, Mai, Juni 2016

IMPRESSUM

Titel: Michael T., 2016

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

in Kooperation mit:
Hessischer Flüchtlingsrat
Leipziger Str. 17
60487 Frankfurt

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Tom Reiss und Christian Andrae

Redaktion: Agnes Andrae, Andrea Böttcher,
Christian Andrae, Christine Wolfrum, Elena
Stingl, Felix Balandat, Florian Feichtmeier,
Jessica Egger, Jessica Schalllock, Katalin Kuse,
Marianne Walther, Matthias Weinzierl, Nikolai
Schreiter, Stephan Dünnwald, Tom Reiss
(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wiederge-
ben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 2.000 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmitelfähigen Bescheides zurückzusenden.

4
Zitiert & kommentiert
Von Hubert Heinhold

frankreich

5
Phantasma der Einheit
Der Schriftsteller Karim Miské zu Rechtsextremismus in Frankreich und Deutschland.
Interview von Elena Stingl und Katalin Kuse

mob

13
Die neue Normalität
Über die Alltäglichkeit von Gewalt in Chemnitz und die erschütternde Macht der Gewöhnung.
Von Celia Rothe

16
„Man wird doch noch mal sagen dürfen“
Eine Facebook-Fuge mit realen Kommentaren aus der Anonymität des Internets.
Von Pit Kühnöl

20
Rechtspopulistische Gesprächsstrategien
Eine Übersicht mit Gegenstrategien.
Von Simone Rafael

22
Wie spinnt das Volk?
Soziale Medien dienen rechtsradikale Bewegungen zur Propaganda und Rekrutierung.
Eine Analyse von Pit Kühnöl

27
Mobs aller Länder, vereinigt euch!
Demonstrierende Russlanddeutsche und die Grenzen der Toleranz.
Von Felix Balandat

29
Schwarm drüber!
Die Biene Meier und die kollektive Insuffizienz.
Von Phil Zéro

33
Zur Akzeptanz des rechten Terrors
Über die Zunahme von rechter Gewalt und warum die Behörden sie widerwillig verfolgen.
Von Maximilian Pichl

36
Einladung zur Pogromprobe
Bürgerversammlung: Wo der Mob sich findet.
Von Caspar Schmidt

40
„Bahnhöfe sind spannend und gefährlich.“
Der Politikwissenschaftler Hamun Tanin zu Alltagsmob, Fremdsein und Pegida von links.
Gespräch mit Matthias Weinzierl

44
Pedestrian Kraut Mob
Wie Musik das Straßenpublikum beeinflusst.
Beobachtungen von St. Müller

48
Der Datenmopp
*Mehr Daten für mehr Effizienz?
Oder die Weichspülung des Datenschutzes.*
Von Dirk Burczyk

54
„Die Aggressionen haben zugenommen“
Die Journalisten Robert Andreasch und Michael T. über Übergriffe vom rechten Rand.
Ein Interview von Florian Feichtmeier

58
Zombies: Sie wollen dein Gehirn
Betrachtungen zur Aktualität und Ambivalenz einer besonderen Spezies: dem Zombie-Mob.
Von Sebastian Huber

62
„Köln zeigte wie rassistisch Deutschland ist.“
Kristina Lunz von der Kampagne #ausnahmslos, zur Instrumentalisierung des Feminismus.
Ein Interview von Marianne Walther

griechenland

65
Hotspot Vial auf Chios
Auf Chios setzen sich Bewohnerinnen und Bewohner und Freiwillige für Geflüchtete ein.
Von Katalin Kuse

70
Die Karriere der Hotspots
Vom Registrierzentrum zum Abschiebeknast.
Von Naemi Gerloff

decolonizing knowledge

75
„Wissen sollte gefühlt werden.“
Grada Kilomba über alternative Produktion von Wissen in Medien, Kunst und Kultur.
Interview von Agnes Andrae

preisfrage

79
Wer ist denn „wir“?
Welche und wie viele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?
Von Michael Genderkinger

lesen

83
Innenansichten bewegter Leben
Christian Jakob *„Die Bleibenden“.*
Rezension von Christine Wolfrum

85
„Wie ein Strich durchs Leben“
Auszug aus „Die Bleibenden.“
Von Christian Jakob

nachgefragt

89
(...)
Exklusiv-Interview mit Joachim Herrmann
Von Christian Andrae

Editorial

Liebe Leute,

in Deutschland tobt der Mob. Jeden Montag ziehen tausende Rassistinnen und Rassisten durch die Straßen und grölen menschenfeindliche Parolen. Im Internet sammeln sich terabyteweise Hasskommentare. Und tausend Anschläge auf Asylunterkünfte im Jahr 2015 sprechen eine deutliche Sprache: Eine rassistische Revolte ist im Gange. Anstatt dem Aufstand entgegenzutreten, schlägt die Politik mit voller Wucht in die gleiche Kerbe. Eine Asylrechtsverschärfung folgt der nächsten, ein Abschiebezentrum dem anderen – und von links bis rechts ist zu hören, dass Geflüchtete ihr „Gastrecht“ auch mal verwirkt haben können. Wir haben uns diese Mobs genauer angesehen. Celia Rothe lebt in Sachsen, wo Übergriffe und Hass an der Tagesordnung sind. In ihrem Artikel beschreibt sie eindringlich, wie sich das Leben dort anfühlt. Wir haben den Facebook-Mob, den Zombie-Mob und eine Bürgerversammlung unter die Lupe genommen – und mit Journalisten gesprochen, die seit Jahren der fanatischen Schwungmasse vis-à-vis ausgesetzt sind. Wie sich die extreme Rechte in Frankreich derzeit aufstellt, berichtet uns der Schriftsteller Karim Miské im Interview. Wir haben ein Interview mit der Wissenschaftlerin Grada Kilomba über Rassismus und koloniale Wissensvermittlung geführt. Wie sich der Rassismus im derzeitigen Migrationsregime manifestiert, wird insbesondere in Griechenland deutlich. Naemi Gerloff und Katalin Kuse waren dort und informieren über einen der ersten zentralen „Hotspots“. Vom Hotmob bis zum Hotspot ist in der vorliegenden Ausgabe also allerhand Bedrückendes zu lesen. Auch die Bilder sind nicht verdächtig, ein Lächeln auf die Lippen zu zaubern. Doch nicht alle Mobs sind gefährlich. Phil Zéro widmet seine Glosse dem Bienenmob. St. Müller ist Straßenmusiker. Er erzählt von der erwünschten Traube, die sich häufig um ihn herum beim Musizieren bildet: den Pedestrian-Kraut-Mob. Gerne hätten wir auch in dieser Ausgabe mehr Erfreuliches beigetragen – aber angesichts der aktuellen Niederlage bleibt auch uns nichts anderes übrig, als das Elend abzubilden. Auf eine wieder bessere Zeit hofft,

Euere Hinterland-Redaktion

„Wir schaffen das!“

oder

„Schaffen wir es jetzt ab das Asylrecht?“



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
bei Pro Asyl.

Vor einem halben Jahr, bei Erscheinen der letzten Ausgabe dieses Blattes, war Deutschland euphorisiert. Die Kanzlerin hatte nach der Energiewende die Flüchtlingspolitik auf den Kopf gestellt, die Dublin-Regelung außer Kraft gesetzt und einer Million Flüchtlingen so die Einreise ermöglicht. Die Bevölkerung begrüßte den Umschwung und hieß die Flüchtlinge mit Blumen willkommen. Tausende engagierten sich bei ihrer Betreuung und selbst die Politik lockerte die Gesetze: Es gab eine Bleiberechtsregelung und Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte. Nur der Mob aus Dunkel-Deutschland grölte. Rechtsnationale Führer aus postkommunistischen Nachbarstaaten forderten eine ethnische und religiöse Homogenität in ihren Ländern. Eine österreichisch-volksparteiliche Ministerin beendete die Freiheitlichkeit der Schutzsuchenden erst durch Zäune und dann durch eine weitgehende Abschottung.

Auch in Deutschland regte sich was – einige Intellektuelle und zunehmend Journalistinnen und Journalisten bekundeten Sorgen vor einer Überforderung der Bevölkerung, warnten vor der Gefahr einer Überfremdung und einem Rechtsruck. Seit den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln hat sich der Wind gedreht. Jetzt fordern auch besonnene Journalistinnen und Journalisten härtere Gesetze und ein rasches Durchgreifen gegen kriminelle Ausländerinnen und Ausländer. Das Gastrecht sei verwirkt. Mindestens vier eilige Gesetzesnovellen haben das Asyl- und Ausländerrecht radikal verschärft, wie sehr,

werden die Betroffenen erst in einigen Monaten spüren. Was wir in Jahren mühseliger Lobbytätigkeit erreicht haben, wurde zurückgedreht, Hardliner haben durchgesetzt, was sie als Maximalforderungen nie erwartet hatten. So viel Schwung hat die Schwankenden bestärkt und an die Urnen getrieben: Die AfD hat in drei Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse erzielt – Angst reichte als Programm.

Was bleibt von dem kurzen Sommer der Willkommenskultur? Zunächst die bittere Erkenntnis, dass der Zeitgeist keine verlässliche Basis ist. Erzielte Verbesserungen müssen nicht dauerhaft sein, sondern bleiben umkämpft und müssen gegebenenfalls zurückerobert werden. Wir stellen fest, dass wir wieder unter uns sind: eine zwar gestärkte und durch neue Mitstreiter angereicherte Minderheit. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als weiterzukämpfen:

- Für den Erhalt des Asylrechts in Deutschland und Europa
- und gegen den Export des Schutzes in einen ganz sicher nicht sicheren Drittstaat Türkei.<



Neurechte Mobilmachung: Teilnehmer des völkischen Bloc-identitaire (Identitäre Bewegung) in Lille 2011

Phantasma der Einheit

Ein Gespräch mit dem französischen Schriftsteller Karim Miské über Formen des Rechtsextremismus in Frankreich und Deutschland, über Zugehörigkeit und die Kadaver der Geschichte. Von Elena Stingl und Katalin Kuse



SEULE
DÉFEND

Ton abstention
LES ENCOURAGE
Rappelle-leur
QUE TU EXISTES !

BOUL
L'

ON REPRENEN
EN

Plärren gegen die Menschlichkeit: Junge Anhänger des Front National während einer Kundgebung der Partei in Paris am Ersten Mai 2015. Leider mit immer mehr Rückenwind: Bei den Regionalwahlen 2015 erhielt der extrem rechte Front National knapp 28 Prozent der Stimmen.



D NOTRE DEST
MAINS !



Karim Miské wurde 1964 in Abidjan (Elfenbeinküste) geboren, wuchs in Paris auf und studierte Journalismus in Dakar (Senegal). Seit seiner Rückkehr nach Frankreich produzierte er zahlreiche Filme. Für die französische Tageszeitung Le monde verfasst er Beiträ. 2012 veröffentlichte er seinen ersten Roman, den Krimi Arab Jazz 2015 folgte seine zweite Publikation, der autobiographische Essay N'appartenir, zum dem wir ihn im vergangenen Februar in Paris interviewten.

Karim Miské weiß sehr genau, was Zugehörigkeit und gesellschaftlicher Ausschluss in Frankreich bedeuten. Als Sohn eines Mauretaniers und einer Französin wächst er in Frankreich auf. Von vielen wird er als Araber behandelt, der französische Großvater sieht in ihm einen Bastard und die kommunistische Mutter hält ihn zu Geduld und Widerstand an. Er hat 2015 ein Buch darüber geschrieben: *N'appartenir* (wörtlich: Nicht dazugehören). Halb Autobiographie, halb Essay. Keine Silbe Selbstmitleid. Eine Streitschrift für die Unmöglichkeit von Identität.

Für seinen ersten Roman *Arab Jazz* erhielt Miské 2012 den Großen Preis für Kriminalliteratur in Frankreich und war mit der Übersetzung *Entfliehen kannst Du nie* kurz nach den Pariser Anschlägen im November 2015 auf dem Münchner Literaturfest zu Gast. Damals schon erzählte er von den Problemherden der französischen Gesellschaft, den aufgegebenen Banlieus, der Radikalisierung einer zutiefst frustrierten, arbeitslosen Jugend und der Stimmung in Paris. Er sprach gehemmt, immer noch halb fassungslos, misstrauisch gegen das, was erst folgen würde und nicht bereit, schon Urteile zu fällen.

Die Logik des Einzelnen, des Einzelnen auch gegen den Staat, war schon immer stärker als die Logik der Gruppe

Ein Quartal später, als wir ihn Mitte Februar 2016 zu einem Gespräch im Pariser 11. Arrondissement treffen, soll gerade eine Verfassungsänderung durchgesetzt werden, die mutmaßlichen Terroristinnen und Terroristen die französische Staatsbürgerschaft entziehen kann. Sie enthielt keine Vorschläge für eine ernsthafte Unterstützung in den trostlosen Banlieus, in denen die Attentäter der Anschläge im letzten Herbst aufwuchsen; keine Debatte über die politische Vereinnahmung des Begriffes Terrorismus, ganz zu Schweigen von der Erforschung von Gründen für Terrorismus im eigenen Land. Frankreich befindet sich noch immer im Notstand, der der Polizei beinahe uneingeschränktes Vorgehen und Eingreifen erlaubt. Die Regierung ist nach ihrer dritten Umbildung innerhalb von drei Jahren und dem umstrittenen Rücktritt der Justizministerin Christiane Taubira im öffentlichen Ansehen geschwächt wie nie. Taubira, die vor zwei Jahren die Ehe für Homosexuelle in Frankreich - marriage pour tous - gesetzlich verankerte, trat aus Protest gegen den Gesetzesentwurf der Regierung zurück. Am anderen Ende des politischen Spektrums erhält Marine Le Pens rechtsextremer Front national (FN) nicht nur kontinuierlichen Zulauf - in den

französischen Regionalwahlen 2015 kam die Partei auf ein Rekordhoch von knapp 28% aller Wählerinnen- und Wählerstimmen - sondern ernennt sich bereits selbst zum Thronfolger der verdorbenen etablierten Parteien. Tous pourris (alle verfault), so Le Pens wirksamer Slogan. Miskés Zurückhaltung ist passé.

Herr Miské, gibt es einen französischen Mob? Worin ähneln, worin unterscheiden sich die aggressiven, radikalisierten Menschenmengen in Frankreich und Deutschland im Jahr 2016?

Karim Miské: Phänomene dieser Art, Demonstrationen wie die von Pegida, solche Gruppenaggressionen, das gibt es in Frankreich zur Zeit eher nicht, zumindest nicht, dass ich wüsste. Pegida-artige Demos würden hier im Moment auch gar nicht funktionieren. In Frankreich besetzt der FN das Feld schon zu lange.

Seit Jahrzehnten gibt es eine Partei, an die sich die Franzosen mit ihren Ressentiments wenden können, und die weiß, wie sie sich Gehör verschafft.

Der einzige Ort in Frankreich, wo es kollektive Aggression nach Art des

Mobs noch am ehesten gibt, ist Calais, die aufgegebene Zone am Ärmelkanal, in der tausende Flüchtlinge unterwegs nach England festsitzen und für die sich weder die Franzosen, noch die Engländer richtig verantwortlich zeigen. Calais im Norden der Normandie, in der Nähe des französischen Portals zum Eurotunnel, ist eine der ärmsten Gegenden des Landes: Es gibt dort wesentlich mehr schwangere Minderjährige als im übrigen Frankreich, keine Industrie mehr, nichts mehr - die französische Version des amerikanischen White Trash. Und dann sehen die Leute die Flüchtlingscamps, in denen Tausende in Hütten, im Schlamm leben, und es kommt ihnen vor, als ob all das Elend der Welt hier zusammenlaufe. Der FN kommt hier auf 50%.

[Anmerkung der Interviewerinnen: Anfang Februar gab es in Calais Versammlungen und Demonstrationen von ultrarechten Splittergruppen, die sich Pegida France nennen - Patriotes Européens Contre l'Islamisation de l'Occident - und der sich um die 150 Menschen anschlossen.]

Gibt es also in Frankreich deshalb keinen Mob, weil der FN das rechtsextreme Feld bereits für sich einnimmt und es daher unter den Leuten ein viel geringeres



Erkennungszeichen Schwarz-Gelb: *Die Identitäre Bewegung hat die klassische NS-Ideologie mit einer modernisierten Form des Ethnopluralismus ersetzt.*



Stumpf ist Trumpf: *Die Ideologie der Identitären mag aufgefrischt daherkommen, die Frisuren nicht immer.*

Mob-Bedürfnis gibt?

Karim Miské: Dass es in Frankreich, abgesehen von Calais, mobähnliche Versammlungen eher nicht gibt, hat nicht nur mit dem FN zu tun, sondern auch mit der politischen Geschichte des Landes. Die Logik des Einzelnen, des Einzelnen auch gegen den Staat, war schon immer stärker als die Logik der Gruppe. Deshalb auch der vehemente antikomunitäre Diskurs in Frankreich [*frnz. anticommunitariste hier bezogen auf Religionsgemeinschaft, frnz. communauté religieuse*]. Wenn hier von Gemeinschaft die Rede ist, denken die Leute vor allem an Religionsgemeinschaften. Und gegen Religionsgemeinschaften wird gerade zur Zeit sehr passioniert der französische Laizismus ins Feld geführt. Unter Berufung auf den Laizismus sagen sehr viele Menschen von sich, sie seien keine Rassisten, nur den Islam könnten sie einfach nicht ertragen.

Was es in Frankreich also, anders als den Mob, schon gibt, und immer mehr vorkommt, sind Übergriffe und Gewalttaten von Einzelpersonen:

die Beschädigung von Moscheen etwa. Das hat sehr zugenommen und wird nicht selten von den Tätern mit dem Laizismus gerechtfertigt. Die Hauptopfer der Islamophobie in Frankreich, der geplanten und spontanen Gewalttaten Einzelner, sind vor allem verschleierte Frauen. Sie sind am exponiertesten, am sichtbarsten, und werden am häufigsten angegriffen.

Die Grande Dame des FN, Marine Le Pen, achtet zwar peinlich genau darauf, dass diese Gewalt nicht mit ihrer Partei assoziiert wird; um als politische Partei ernst genommen zu werden, darf der FN nicht mit Straftaten einzelner in Verbindung gebracht werden. Aber natürlich schürt der FN die Aggression der Leute und arbeitet mit den plakativsten Klischees. Die Partei spricht sich nicht erst seit der Flüchtlingskrise gegen Migranten aus; früher unter Jean-Marie Le Pen äußerten sich die Ressentiments vor allem als antisemitische; heute, unter seiner Tochter Marine Le Pen, verfolgt die Partei eher eine antimuslimische, proisraelische Linie. Es läuft aufs selbe hinaus: Der FN spielt mit den schlechten Gefühlen der Leute, nimmt sie für sich ein. Dem FN gelingt es so – anders als rechtsextremen Parteien in Deutschland, zumindest im Moment noch [*Anmerkung der Interviewerinnen: Zu beachten sei hier das Datum des Interviews: 16.02.16*] – all die Heterogenität des Spektrums und die Widersprüchlich-

keiten rechtsextremer Positionen zu bündeln und zu vereinigen. Der FN beantwortet die Sehnsüchte und Frustration der Leute mit dem Phantasma der Einheit.

Ist Ihr Buch *N'appartenir*, in dem Sie soziale Identität als immer schon zerklüftete beschreiben, ein Manifest gegen dieses Phantasma?

Karim Miské: Manifest würde ich nicht sagen... eher ein Gegengift. Gegen die Vergiftung mit dieser vorgeblichen Einheit. Auch wenn es in meinem Buch um Nicht-Zugehörigkeit geht, würde ich die Zugehörigkeit zu irgendeiner Art Einheit nicht völlig abstreiten; wer kommt schon ganz ohne Zugehörigkeit aus? Staatszugehörigkeit etwa. Aber, worum es mir eigentlich geht, ist zu akzeptieren, dass man selbst immer viele ist. Auch zum Beispiel hat jeder Mann etwas

Feminines. Wenngleich man es nicht wirklich definieren kann, was dieses Feminine ist, ist man durchzogen von Vielheit. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich Deutsche, Franzosen, Libyer, Senegalesen, oder was auch immer sein. Und wir müssen es auch nicht sein können. Haben wir nicht auch

immer Sehnsüchte, die das Dazugehören überschreiten? Die Idee des Buches ist es, jedem seine eigene Vielfältigkeit zurückzugeben. Gerade die Idee der Zugehörigkeit ist es ja auch, die die Logik des Mobs bedient: Ich bin Deutscher und deshalb habe ich das Recht, diejenigen anzugreifen, die keine Deutschen sind, oder dem Aussehen nach nicht. Die Gewalt scheint geradezu gleichursprünglich mit der Idee der Zugehörigkeit zu sein. Jede Identität ist ein Verbrechen. Die angebliche Tatsache, etwas bestimmtes zu sein, verleiht zugleich das Recht, das Andere anzugreifen. *N'appartenir* ist der Versuch, das zu erzählen: wie sich Gewalt durch Identität artikuliert, und zugleich Sehnsüchte nach der Überschreitung von Zugehörigkeit existieren. Aber nicht durch eine theoretische Abhandlung oder einen akademischen Essay. Das ist nicht mein Stil. Sondern mit kleinen Geschichten, die ich selbst erlebt habe, oder die mir andere Leute erzählt haben, zum Beispiel nachdem ich erste Entwürfe von *N'appartenir* auf unserer wöchentlichen Lesebühne *Pitch me* vorgelesen habe. [*Anmerkung der Interviewerinnen: Pitch me findet montags in einem Pariser Bistro im 11. Arrondissement statt und ist eine offene Lesebühne, ein literarisches, musikalisches, cinematographisches Rendezvous, wie Miské selbst es nennt.*] Die Erzählung von der Entstehung meines Selbst hat den Zuhörern ihre eigenen Ge-

Katalin Kuse
*ist Umweltwissen-
schafterin und
studiert Literarisches
Schreiben in
Hildesheim.*

Elena Stingl
*ist Literaturwissen-
schafterin und lebt
in München.*

Nathanael
Charbonnier
*lebt und arbeitet als
Fotograf und
Redakteur des
französischen Radio-
senders France Info
in Paris. Er foto-
grafiert regelmäßig
politische Versamm-
lungen in Frank-
reich und anderen
europäischen
Ländern, unter
anderem des
französischen Front
National und der
Lega Nord in Italien.
Auf Instagram und
Twitter finden sich
seine Bilder unter
dem Namen ilnoir.*

schichten ins Gedächtnis gerufen, die sie mir nach den Lesungen erzählt haben und die oft gar nichts mit meinen zu tun hatten. Sie haben sich identifiziert mit etwas, das nicht identisch war. Nach solchen Erlebnissen muss ich sagen: Ich glaube an die Literatur. Nicht an irgendein Heilsversprechen, auch nicht daran, dass die Literatur die Welt retten kann. Aber immerhin den Alltag. Sie hilft den Leuten vielleicht, die Komplexität der Welt ebenso hinzunehmen, wie die der eigenen Geschichte. Beides kann man nicht auf das Augenscheinliche reduzieren. Was den Menschen, die sich dem Mob anschließen, vielleicht nicht so gut gelingt, ist, ihre eigene Komplexität zu akzeptieren, genauso wenig wie die Komplexität einer Gesellschaft, die für alle lebenswert ist.

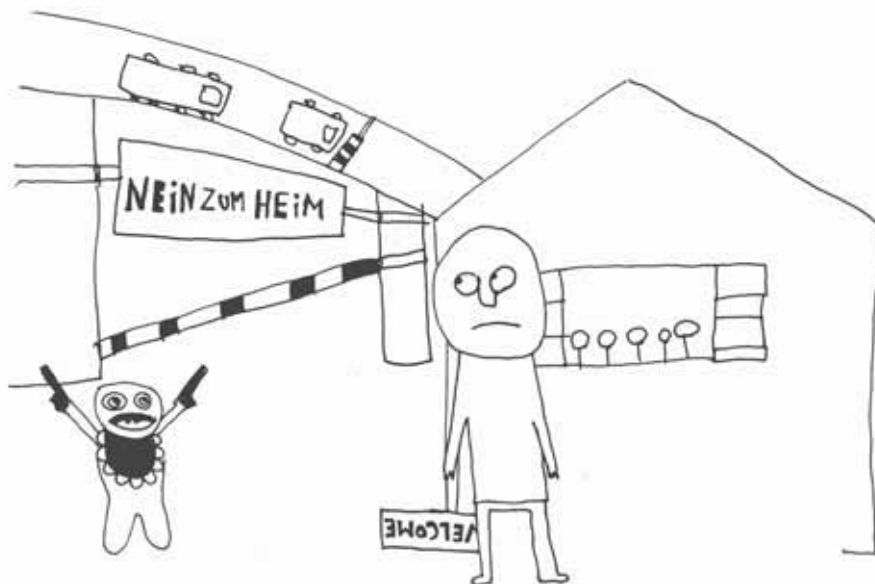
Apropos Zugehörigkeit: Die Menschen, die sich dem deutschen Mob anschließen, berufen sich ja ganz explizit darauf, das eigentliche, das richtige Volk zu sein – *wir* sind das Volk – und das gerade aufgrund ihrer vermeintlichen Außenseiterposition. Sie fühlen sich abgedrängt vom politischen Mainstream und meinen deshalb umso besser zu wissen, worum es eigentlich geht, was Deutschsein wirklich ist und wie es politisch eigentlich laufen müsste. Wie stellen sich Ihnen, von Frankreich aus gesehen, diese neuesten Entwicklungen von Mob und Rechtsextremismus in Deutschland dar?

***Den Menschen ihre eigene Geschichte
wegzunehmen, das ist brutal***

wegzunehmen, das ist brutal. Diese kollektive Ablehnung des Schlechten als Übeltat falscher Regierungen, zu glauben ferner, das alles sei ja ohnehin passé, sobald man sich eines politischen Systems oder einer bestimmten Regierung entledigt, das ist sehr gefährlich. In Deutschland zeigt sich, glaube ich, gerade, dass es eben nicht passé ist, nur weil es der Vergangenheit angehört.<

Karim Miské: Ich habe den Eindruck, dass gerade in Ostdeutschland etwas zurückschlägt, das zu schnell verdrängt wurde: die Zeit des Sozialismus. Selbst wenn man die Ideologie, den Totalitarismus ablehnt, kann man doch nicht sagen, dass die Leute in Ostdeutschland ausschließlich unterdrückt wurden. Sie haben ja trotzdem ein Leben gelebt, haben in der DDR Kinder groß gezogen, sich verliebt, einen Alltag gehabt. Diesen Teil der deutschen Geschichte kann man den Leuten unter Berufung auf eine falsche Ideologie nicht einfach absprechen. Hin und her gepeitscht zwischen den politischen Systemen des 20. Jahrhunderts wurden die Geschichten der Leute übergangen, als hätten sie gar nicht richtig existiert, Falsches erlebt, weil sie im falschen System gelebt haben. Als wäre das, was sie selbst erlebt haben, genauso wie das Böse und Schlechte des falschen, alten Regimes, ein Kadaver der Geschichte. Den Menschen ihre eigene Geschichte

Die neue Normalität



In Sachsen vergiftet der Hass die Leute und zerklüftet das Zusammenleben der Menschen. Gewalt, Beschimpfungen, niederträchtige Übergriffe passieren ständig und überall. Das Schlimmste: man gewöhnt sich daran. Von Celia Rothe

Als Jugendliche habe ich mich oft gefragt, wie das eigentlich passieren konnte - in den dreißiger Jahren. Dass so viele Menschen nicht rechtzeitig gehandelt haben. Dass sie nicht geflohen oder untergetaucht sind. Rechtzeitig. Bevor es zu spät war.

Heute kenne ich die Antwort: Es gibt keinen bestimmten Zeitpunkt. Der Hass nimmt schleichend Überhand. In kleinen Stücken. Das haben die vergangenen Jahre in Sachsen gezeigt. Wie ein Geschwür durchdringen hier braune Gedanken die sozialen Schichten. Hoffnung? Die gibt es. Und sie stirbt zuletzt. Immer wieder höre ich den Satz: „Es kommen auch wieder bessere Tage. Du wirst sehen.“ Ich sehe, dass wir langsam hineinwachsen in unsere neue, braune Realität.

Offene Gewalt?
In Chemnitz ganz normal

Das klingt jetzt wahrscheinlich alles sehr kryptisch. Die Gedanken überschlagen sich und ich muss mich beeilen, alles schnell aufzuschreiben. Solange es mich noch wundert. Denn wenn ich nicht aufpasse,

wundert mich überhaupt nichts mehr. Ich wohne in Chemnitz. Und ich wundere mich nicht mehr darüber, dass ein Bekannter von mir aus Ägypten an einem frühen Abend mitten in der Stadt, umgeben von vielen verschiedenen Leuten, unter Anwesenheit der Polizei, zusammengeschlagen wird. Ich gewöhne mich daran, dass einem Freund von mir jeden Abend aufgelauert wird. Er ist Syrer, und jeden Abend lässt er sich von einem Mann, den er nur vom Sehen her kennt, bedrohen und schlagen. Er hat Angst, sich zu wehren oder sich der Polizei anzuvertrauen. Er hat Angst, dass ihm die Polizei nicht helfen wird. Ich habe aufgehört, mich darüber zu wundern, dass der 15-jährige Sohn einer engagierten Bekannten vor einer brüllenden Meute Männer davonläuft, die seinen Personalausweis haben will, um auf diese Weise zu erfahren, wo seine Mutter wohnt, um ihr mal richtig einzuheizen. Er flüchtet nach Hause. Sie sehen ihn im Hauseingang verschwinden. Er hört sie grölen: „Aha! Hier wohnt also die Flüchtlingsschlampel!“

Gewöhnung an den Hass

Es sind eigentlich nur noch und überall in Sachsen diese Geschichten, die wir uns schon gar nicht mehr

erzählen. Geschichten, die wir nach einigen Wochen sogar wieder vergessen, weil sie ständig abgelöst werden von neuen, ähnlichen Geschichten. Stück für Stück gewöhnen wir uns. Und dann passiert genau das: Es ist zu spät. Wir haben nichts rechtzeitig unternommen und eigentlich weiß auch keiner wirklich, was wir denn unternehmen sollten.

Was können wir denn tun?

Zunächst stellt sich die Frage: Wer? Wer von meinen Nachbarn, Arbeitskolleginnen, Arbeitskollegen, Facebook-Freundinnen und -Freunden, Verwandten, welche der großen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Institutionen der Stadt vertreten denn überhaupt noch die Ansicht, dass Fremdenhass und Faschismus schlicht nicht tolerierbar sind? Das zweite Problem: Was? Was könnten wir denn wirklich noch tun? Und wie? Klar, können wir den Menschen auf den Straßen oder auf der Arbeit sagen, was wir denken und für richtig halten und aus welchen Gründen wir ihre Haltung kritisieren. Aber das wird sie erstens nicht interessieren und zweitens nicht überzeugen. Sie wollen nicht überzeugt werden.

Nach 1989 – oder wie eine Gemeinschaft zerreißt

Im Gegenteil. Durch die gesellschaftlichen Prozesse, die wir in den letzten Monaten beobachten können, haben neue Sinngemeinschaften eine neue Qualität in sozialen Gruppen hervorgebracht. Wie ist das zu verstehen? Wenn man Pessimistin wäre, könnte man behaupten, dass unser soziales Zusammenleben zumindest im Osten, in Sachsen seit 25 Jahren von einem komplexen Defizit geprägt ist. Die Jahre nach der politischen Wende von 1989 waren geprägt von der Angst um den Arbeitsplatz. Vom Anpassungsdruck an ein neues politisches und gesellschaftliches System, das vor allem vom Einzelnen zu fordern schien, sich gegen die anderen, mit denen er sich bislang in einem kollektiven Verband befunden hatte, durchzusetzen. Leistungssystem. Hinsichtlich der Aufdeckung der Machenschaften der Staatssicherheit war es geprägt vom Misstrauen, also von der Frage, wer wen wann als nächstes entlarvt oder wer wann von wem über Jahre bespitzelt worden ist. Wenn man Pessimistin wäre, könnte man feststellen, dass unsere heutige Gesellschaft durch nicht viel mehr zusammengehalten wird als durch Arbeit einerseits und durch Konsum andererseits. Was verbindet uns sonst noch? Welchem übergeordneten Sinnzusammenhang fühlen wir uns verantwortlich? Für den Einzelnen geht es darum, Leistung zu zeigen und persönliche Sicherheiten zu schaffen.

Neue Sinngemeinschaften

Die Qualität der neuen Sinngemeinschaften gehen über die Bereiche Familie und Arbeit weit hinaus. Diese Arten von Gemeinschaft nehmen die individuelle Existenz wieder in ein Kollektiv auf. Ein Kollektiv, das am Ende mehr ist als die Summe seiner Teile. Das fühlt sich wahrscheinlich so ähnlich an wie vor der Wende. Als das soziale Leben zwischen Arbeit und Familie, Brigadeorganisationen und Subotnik am Samstag stattgefunden hat. Das ist das Einerseits. Das Andererseits ist ein altes Bild. Eines, in dem eine Gruppe sich über einen gemeinsamen Feind konstituiert.

Emanzipation der Unmündigen

Also belehren können wir die Wutbürgerinnen und -bürger, die Pegida-Anhängerinnen und -Anhänger jedenfalls nicht. Nicht zuletzt auch, weil sie um ihre extreme Einstellung wissen. Wenn sich ein 15-Jähriger vor mich hinstellt und mir ins Gesicht schaut, während er sagt: „Euch müsste man alle an die Wand stellen! Das nächste Mal bring ich meinen Totschläger mit!“ Dann weiß er, dass das krasse Sätze sind. Sätze wie diese kann man noch nicht lange einfach öffentlich sagen. Der Tabubruch ist jung. Und der 15-Jährige weidet sich daran, sie einfach auszusprechen und zu wissen, dass er einer wachsenden Gruppe angehört, die ihm dafür applaudieren würde.

Triumph der Unmündigen

Für mich wirkt das wie ein Triumph – von Menschen, denen bislang keine eigene politische Haltung, keine eigene Urteilskraft zugetraut worden ist oder denen nicht zugehört worden ist. Menschen, die sich eben anzupassen hatten an ein neues Politik- und Wirtschaftssystem, in dem der Einzelne nur ein Leistungsträger ist – solche Sätze klingen für mich wie ein Schrei nach Emanzipation aus der Unmündigkeit.

Aber ist das zu viel psychologisiert? Ich weiß es nicht. Seit Monaten quält mich die Frage, was hier eigentlich passiert und warum? Mich anzuschauen und solche Sätze zu sagen, laut genug, damit auch andere sie hören. Für mich ist das eine unmissverständliche Machtdemonstration.

Sachsen: Sonderfall oder Anfang?

In den vergangenen Tagen jonglieren sämtliche Medien immer wieder zwei Städtenamen: Clausnitz und Bautzen. Im Fall von Clausnitz ist es ähnlich wie

mit Heidenau. Niemand hat von diesem Ort jemals vorher gehört und plötzlich ist er allen ein Begriff. Ich könnte diesen Ortsnamen noch viele weitere hinzufügen: Einsiedel, Döbeln, Thalheim, Schneeberg, Crottendorf. Sie alle haben eine Farbe und die ist braun.

Clausnitz. Die Absurdität kennt keine Grenzen. Der inzwischen abgesetzte Leiter der Asylunterkunft ist AfD-Mitglied. Eine laut schreiende Menge ist um den Bus versammelt und bewirkt mit ihrem aggressiven Gebrüll, dass die Menschen im Bus Panik bekommen, dass sie sich nicht trauen auszusteigen. Ein Polizist schnappt sich einen Jungen und zerrt ihn aus dem Bus – die Menge draußen jöhlt, die wachsende Verzweiflung der Frauen, die im Bus zurückbleiben, der fassungslose Dolmetscher. Eine Situation, die mich mit Ohnmacht erfüllt – ich weiß einfach nichts mehr dazu zu sagen. Ich habe keine Worte dafür, keine Hoffnung. Sind solche Menschen bekehrbar? Was macht sie zu solchen Monstern? Was ist ihnen passiert? Was müsste passieren, damit sie aufhören?

Gipfel der Ohnmacht

Der Gipfel der Ohnmacht ist erreicht, als ich das Statement des Busfahrers höre: „Die wollten wieder nicht aussteigen, weil ihnen die Einrichtung nicht gut genug war“. Der Kommentar des Bürgermeisters von Clausnitz war, dass die Bürgerinnen und Bürger nur vor Ort gekommen waren, um zu schauen, wer da im Bus sitzt und dass er sehr froh darüber sei, dass die Asylbewerberinnen und Asylbewerber eigentlich ganz nette Menschen seien, die das alles inzwischen ganz gut verkraftet hätten. Der Polizeipräsident erklärte zu den Vorfällen sinngemäß, dass die Businsassen, die Menge vor dem Bus damit provoziert habe, dass sie mit den Handys gefilmt und eine Frau und ein Junge den Stinkefinger gezeigt hätten. Gegen die Bürgerinnen und Bürger von Clausnitz läge nichts vor. Gegen einige der Businsassen seien jedoch Strafmaßnahmen notwendig. Ich höre und sehe mir diese Pressekonferenz an und denke: „Das kann doch nicht wahr sein! Wieso reagiert denn niemand?“

An Orten wie Clausnitz organisieren sich die Bewohnerinnen und Bewohner seit einiger Zeit in Initiativen. Sie heißen „Döbeln wehrt sich“, „Einsiedel sagt Nein zum Heim“, „Freigeist Schneeberg“.

Heißgetränke für die Aufpasser von Einsiedel

Zum Beispiel Einsiedel. Einsiedel ist ein Vorort von Chemnitz. „Speckgürtel“ sagt man mancherorts dazu. Da wohnen Leute, die es geschafft haben. Sollte man

meinen. Ist aber nicht so. Einsiedel – da gibt es ganz hinten im Wald, am Ende des Ortes ein ehemaliges Pionierlager. Nach der Wende war es eine überbetriebliche Ausbildungsstätte. Dann stand es einige Monate leer. Seit September 2015 war klar, dass die Stadt dort eine Flüchtlingsunterkunft einrichten will. Das könnte ein schöner Platz sein. Die Rechnung wurde allerdings ohne die Einwohnerinnen und Einwohner gemacht. Die sagen „Nein zum Heim“ und sperren wochenlang die Zufahrtsstraße ab. Als ich mit ein paar Freundinnen und Freunden dahin fahre, stoppen sie unser Auto. Es ist wie eine Grenzkontrolle: Etwa eine Minute lang schauen sie von außen in den Wagen, scannen durch unsere geschlossenen Fenster unsere Gesichter. Denn es ist klar, wer dort durchfahren will, möchte sich von der angespannten Lage ein eigenes Bild machen – einziger Zielort nach der Durchfahrt kann nur das Gelände sein, danach kommt nichts mehr. Und wer nicht einmal die Fenster öffnet oder anhält und einen Becher Kaffee mit den Einsiedlern trinkt, gehört nicht zur neuen Sinngemeinschaft, zur neuen Gesinnungsgemeinschaft.

Die Absperrung ist gesäumt von zwei Ständen, an denen Leute stehen, Glühwein verteilen an die Aufpasserinnen und Aufpasser. Sie sehen aus wie ganz normale Mütter und Väter, arbeitende Mittelschicht und Rentnerinnen und Rentner.

Ist das vorstellbar? Vielleicht.

Chemnitz ist nicht wahnsinnig bekannt, aber dennoch hat diese Stadt zumindest manchmal in der Kulturschicht von sich reden gemacht. Zum Beispiel als sich Ende der 70er-Jahre die Künstlergruppe Clara Mosch gründete. Eine Gruppe von Bildenden Künstlern – Carlfriedrich Claus, Gregor Torsten Schade (später Kozik), Michael Morgner, Thomas Ranft – mit der Gründung von Clara Mosch wollten sie ein Zeichen gegen die ideologische Schere im Kopf setzen. Sie erklärten den Menschen im Spannungsfeld zwischen Widerstand und Leiden zu ihrem großen Thema.

Vor ein paar Wochen wird mir von verschiedenen Seiten zugetragen, dass einer dieser Künstler ein vehementer Unterstützer von „Einsiedel sagt Nein zum Heim“ sein soll. Ist das vorstellbar? Eine neue Art des Protests, eine neue Art des Widerstands – Widerstand gegen die Menschlichkeit – zum Erhalt eines Wohlstands, der nun einmal nicht für alle reicht? Vielleicht.<

Celia Rothe
arbeitet kunst- und
kulturschaffend in
Chemnitz, war
zuvor Deutsch- und
Geschichtslehrerin
an einer Chemnitzer
Oberschule und
Sozialbetreuerin in
einer Erstaufnahme-
einrichtung für
Geflohene. Im
September 2015
gründet sie die
Initiative
Willkommens-
dienst, der
seitdem mit
durchschnittlich 50
Ehrenamtlichen
täglich am Chemnit-
zer Hauptbahnhof
ankommende
Flüchtlinge zur
Erstaufnahmeein-
richtung begleitet.
Die Initiative wurde
am 4. März 2016
mit dem Friedens-
preis der Stadt
Chemnitz ausge-
zeichnet.

„Man wird doch noch mal sagen dürfen“

eine Facebook-Fuge

Dumpfbacken-Parade deluxe: Auf dem Blog „Lookismus gegen rechts“ haben Eifrige zwischen 2014 und 2015 Bilder von Menschen gesammelt, die auf Facebook mit ihrer Menschenfeindlichkeit herauszustechen wussten. Manchmal brechen sich die Profilbilder der Hassgestalten scheinbar mit ihrer Nachricht, manchmal liegt alles auf Linie.

Ob in den Kommentarspalten von politisch rechten oder linken Facebook-Seiten, ob auf den Seiten von Tierschützern oder bürgerlichen Zeitungen: Überall kotzt sich eine ressentimentgeladene Schwungmasse kräftig aus. Immer gleich tönt sie alle an. Es schreiben dort Menschen, die sich in der Anonymität des Internets oder in der Sicherheit ihres Freundeskreises wännen – oder einfach keinen Hehl aus ihrer Gesinnung machen. Warum auch? Die rhythmische Neukombination der Fragmente legt die Struktur sowie die Ideologie deutscher Kommentarspalten-Apologetik offen. Eine Facebook-Fuge aus realen Kommentaren, in Form gebracht von Pit Kühnühl.

„Ich bin ganz bestimmt nicht rechts. Ich bin weder rechts, noch links. Ich habe viele ausländische Freunde. Aber man wird doch noch mal sagen dürfen. Ich bin noch mit Begriffen wie Zigeuner, Mohrenkopf, Neger und Judennase aufgewachsen. Schlechtes Gewissen? Nö, warum auch? Man wird doch noch mal sagen dürfen. Zigeuner, Neger, Kanake, Schwuchtel, Schlitzaugentante. Schlampe. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Und ich werde weiterhin Zigeunerschnitzel sagen, weil mir von den Gutmenschen noch keiner erklären konnte, was daran diskriminierend sein soll. Außerdem finde ich, gehören zu einer Diskriminierung immer Zwei – vor allem der, der sich diskriminiert fühlt! Man wird doch noch mal sagen dürfen. Erst wurde in Berlin Weihnachten abgeschafft und dann die Zigeunersoße umbenannt. Wer nimmt auf unsere Kultur Rücksicht? Und wenn man was sagt, ist man direkt rassistisch. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Wer nimmt auf unsere Kultur Rücksicht? Keine Leberwurst mehr, kein Schnitzel. Ich habe Angst. Man wird doch nochmal sagen dürfen.

Ich bin ganz bestimmt kein Antisemit.

Ich habe ja nichts gegen die Juden. Ich wüsste gar nicht, wie ich einen Juden diskriminieren könnte. Ich sage entschlossen, dass nicht alle Juden schlecht sind, aber sie profitieren vom Antisemitismus. Schauen Sie mal nach den reichsten Menschen der Welt. Die meisten von ihnen sind Juden. Ist das gerechtfertigt? Man wird doch nochmal sagen dürfen. Die instrumentalisieren den Holocaust. Ich denke eher, die Zahlen sind nach oben geschönt worden, um uns immer wieder und immer wieder den Demutsspiegel hinzuhalten. Man wird doch noch mal sagen dürfen.

**Und wenn man was sagt, ist man
direkt rassistisch**

Kriegstreiber, Mörder. Apartheidregime. Schurkenstaat. Holocaustkeule. Weltregierung. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Was habe ich als Deutscher denn mit Auschwitz zu tun? – Ich kann mir nicht vorstellen,

dass Leute aus der Mitte der Gesellschaft vermehrt antisemitisch sind. Tatsache ist, dass der Antisemitismus vor allem unter jungen Muslimen verbreitet ist. Wir haben die Probleme importiert. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Zionisten und alle, die Israel lieben,

sind keine Juden. Man wird doch nochmal sagen dürfen. Israel ist die Schaltzentrale der Welt. Alle großen Konzerne werden von Juden geleitet. Facebook, Google, Wikipedia – das ganze Internet gehört den Juden. Man wird doch noch mal sagen dürfen.

**Das ist schlicht und einfach die
Wahrheit**

In Auschwitz wurde niemand vergast. Das ging technisch gar nicht. Das gaukeln die euch immer wieder vor. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Lügenmedien. Es gibt keine Pressefreiheit. Wenn man weiß, wer diese Sender in der Hand hat, erklärt sich das von selbst. Diese sogenannte Demokratie ist einzig auf die Kulturzerstörung Deutschlands ausgelegt. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Das ist weder jüdenfeindlich, noch beleidigend. Das ist schlicht und einfach die Wahrheit. Man wird doch noch mal sagen dürfen.

Ich bin ganz bestimmt nicht islamfeindlich.

Ich kenne viele Ausländer. Ich habe viele türkische Freunde. Ich habe viele Arbeitskollegen verschiedener Herkunft, die menschlich super eingestellt sind und echt fleißig sind. Aber der Islam ist die Hirtenreligion eines pädophilen Kriegstreibers. Wann werden alle unsere Frauen Kopftücher tragen müssen? Deutschland schafft sich ab. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Ich muss mir in meinem Heimatland die Moscheen vor die Haustüre bauen lassen. Und wenn die Eltern es nicht mögen, dass die Kinder mit einem Kanaken spielen, ist man gleich rechts. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Die gründen gerade den ersten muslimischen Gottesstaat auf deutschem Boden. Mohammedanisches Mittelalter. Sarrazin war ein Prophet. Deutschland schafft sich ab. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Die Vertreter der Muslime drängen an die Schaltstellen der Macht. Und am Tage X ist es soweit: Wir sind eine Minderheit. Die Scharia wird ausgerufen. Deutschland schafft sich ab. Man wird doch noch mal sagen dürfen.

Deutschland schafft sich ab

Ich bin ganz bestimmt nicht fremdenfeindlich.

Ich bin weder linksextrem, noch rechtsextrem, ich bin Gemeinderat auf der Liste der Linken. Ich bin kein Ausländerhasser. Ich habe viele ausländische Freunde. Aber dieses verfluchte Zigeunerpack. Nisten sich richtig schön ein im Schlaraffenland Deutschland und klauen und betrügen. Schwarzafrikaner verticken hemmungslos Drogen im Stadtgebiet. Es dreht sich nur ums Geld. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Die scheißen bei einem auf die Treppe. Die klauen Kinderspielzeug. Die haben doch alle iPhones und schlafen bis nachmittags. Die betatschen Babies, die in der Kutsche liegen. Die

Ich möchte nicht in die rechte Ecke gedrängt werden

nutzen unser System aus. Die belästigen Kinder. Bestimmte Gruppen bekommen jedes Jahr ein Kind, um sich so den Aufenthalt zu erschleichen. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Wirtschaftsasylanten.

Wirtschaftsflüchtlinge. Asylmissbrauch. Schmarotzer. Scheinasylanten. Steuergelder abschöpfen. Halbwilde. Fremder Buschmann, afghanischer Haschischbauer, tunesischer Menschenschmuggler, tschetschenischer Messerwerfer. Man wird doch noch mal sagen dürfen.

Die nimmt eh kein Arbeitgeber. Schwarzarbeiter. Drogenhändler, Hehler. Schmarotzer, Verbrecher, Drogendealer. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Als Frau kann man in Chemnitz nicht alleine ins Zentrum gehen, man wird belästigt oder es wird einem die Handtasche geklaut. Ich habe es selbst im TV gesehen. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Die holen nur auf den Ämtern das Geld ab, das wir erarbeitet haben. Und uns wird Hartz IV gekürzt. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Weltsozialamt. Die Armut auf der Welt geht uns solange nichts an, solange unser Volk dem Tode geweiht ist. Alles auf unsere Steuern. Man wird doch noch mal sagen dürfen. In Hamburg demonstrieren derzeit einige Dutzend von Negriden, die das Weihnachtsgeschäft von vielen ehrbaren Händlern zerstören. Und wer interessiert sich denn für uns? Was ist mit unsere Rente? Die Immobilienpreise fallen. Deutschland quillt über. Denkt eigentlich mal jemand an

unsere Kinder? Man wird doch noch mal sagen dürfen. Natürlich haben Menschen mit unterschiedlicher Staatszugehörigkeit, Alter, Geschlecht unterschiedliche Rechte. Man darf niemals Dinge aus Rücksicht auf irgendeine Minderheit tun. Man wird doch noch mal

sagen dürfen. Da war kein Wort von Fremdenfeindlichkeit zu vernehmen, es wurden wahre Fakten vorgetragen. PS: Ich bin kein NPD Anhänger. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Ich bin weder rechts noch links.

Ich möchte nicht in die rechte Ecke gedrängt werden. Ich bin kein Nazi. Aber nur die NPD spricht von der Rückkehrpflicht von Fremden in ihre Heimat. Eine echte konservative Mitte gibt es in diesem Land nicht. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Wer sagt eigentlich, dass es gut ist, dass die Asylanten sich integrieren? Umso schwerer fällt es Ihnen doch, wieder zu gehen. Grenzen dicht machen. Ab zurück nach Afrika. Sollen sie sich dort Würmer aus dem Dreck buddeln. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Linksrüne Weltverbesserer und Gutmenschen auch abschieben. Die wollen Kinder für Schwule, Moscheen und Multikulti. Diese Heuchlerbande unterwandert das Christentum. Man wird doch nochmal sagen dürfen. Gutmenschen. Nestbeschmutzer. Antideutsches Lumpenpack. Linksfaschistische Zechpreller. Vaterlandsverrat nenne ich das, in anderen Ländern wird man dafür hingerichtet. Die sollte man des Landes verweisen oder in den Steinbruch schicken! Man wird

doch noch mal sagen dürfen. Adoptionsrecht für Homosexuelle? Da werden die Kinder doch auch schwul. Schämt euch schwul zu sein. Euch sollte man enthaupten. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Wenn einem die Argumente ausgehen, dann beschimpfen wir die Leute, die gegen Asylanten sind, einfach mal als Nazi. Nazikeule. Nazikeule. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Deutschland erwache aus deinem Koma. Ein bisschen mehr Nationalstolz bitte. Unsere Heimat, unser Volk. Der Westen ist schon total durchseucht. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Integrationsunwillige. Deutschenfeindliche Orientalen. Dreckskanaken. Scheiß Kanaken. Abschaum. Abgeschoben gehören die. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Zigeunerpack. Elendiger Abschaum. Ekelhaftes Gesocks. Scheiß Multikulti. Scheiß Zigeuner. Asoziale. Solch Pack hat einfach keine Daseinsberechtigung. Ab in den Flieger und weg. Was ist daran rechts? Man wird doch noch mal sagen dürfen.

**Linksrüne Weltverbesserer und
Gutmenschen auch abschieben**

Ich bin wirklich nicht rechts.

Ich bin nicht in der NPD. Ich bin ein ganz normaler besorgter Bürger. Aber ich wünsche mir so sehr die Zeit wieder, die unsere Großeltern hatten, da gab es noch Ordnung in diesem Land. Und dieses Pack hatte damals das bekommen, was es verdient hat. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Ich würde die alle ausweisen. Und das sofort. Und wer nicht will: erschießen. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Wir sind das Volk. Wird Zeit, dass wir wieder nachts durch unsere Reichshauptstadt laufen. Aber ohne Anmeldung. Die Heime werden noch brennen. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Wir brauchen wieder einen Führer. Dann wird alles besser. Wir sind das Volk. Man wird doch noch mal sagen dürfen. Steinigen sollte man das Pack. Untermenschen. Erschießen. Strick über die Laterne und aufhängen. Gleich die Hände abhacken. Kastrieren, aber ohne Betäubung. Verbrennen. Erschießen oder deportieren, das elende Dreckspack. Alle zum Duschen in die Kammer stecken. Stirb!

Nein, nein. Ich bin ganz bestimmt nicht rechts. Aber man wird das doch wohl mal sagen dürfen..."

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Sein Auge ist blau.<

Pit Kühnöl
*ist Politikwissen-
schaftler und ärgert
sich darüber, dass er
vor lauter Volk gar
keine lustigen
Katzenbilder mehr
auf Facebook sieht.*

Rechtspopulistische Gesprächsstrategien

Wer in Sozialen Netzwerken kommentierend unterwegs ist, begegnet ihnen überall: Es gibt eine ganze Reihe rechtspopulistische Gesprächsstrategien, deren Ziel es ist, einen vernünftigen, sachlichen Austausch zu Themen wie Geflüchtete, Rechtsextremismus oder Minderheitenschutz unmöglich zu machen. Gehen Sie diesen Strategien nicht auf den Leim und stecken Sie Ihre Zeit in sinnvolle Diskussionen. Eine Übersicht von Simone Rafael.

Strategie 1: Themenhopping



Ein Posting, diverse Streitthemen – unmöglich, darauf vernünftig zu reagieren. Haben Sie gegen eine „Baustelle“ argumentiert, kommt der Poster mit der nächsten Provokation.

Gegenstrategie?

- Entweder: Auf ein Thema festnageln und nur dieses diskutieren
- Oder: Strategie benennen, Störer ausbremsen („Sie wollen hier mit ihren vielen Thesen doch nur die Diskussion stören. Auf Ihren Post antworten wir nicht, wir diskutieren zu Thema xy“).

Strategie 2: Propaganda-Spam



Rechtsextreme und Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten haben viel Zeit und sind beseelt von der Verbreitung ihrer Ideologie: Das heißt auch „Copy & Paste“.

Paste“-Spam, entweder ganz viele Postings in einer Diskussion, oder immer die gleichen Postings auf ganz vielen Seiten.

Gegenstrategie?

- Entweder: Entlarven: Nachfragen (da kommt meist nicht mehr viel)
- Oder: Don't feed the Troll: Einmal den Rassismus, die Menschenfeindlichkeit oder Abwertung des Absenders benennen, dann ignorieren.

Strategie 3: Politisierung unpolitischer Diskurse



Eben haben Sie noch über z.B. Kochrezepte diskutiert. Doch dann kommt ein Beitrag wie „Einen guten deutschen Lebensmittelladen findet man doch gar nicht mehr, überall nur noch die mistigen Türkenbuden.“ Aktuelle Variante: An allem sind Geflüchtete Schuld.

Gegenstrategie?

- Entweder: Rassismus benennen und abweisen: „Das ist verallgemeinernd und abwertend rassistisch, das möchten wir nicht in unserem Gespräch haben“ (gegebenenfalls auch auf Diskussionsregeln / AGBs verweisen), danach zum Gespräch zurückkehren.

- Oder: Falsche „Fakten“ zurückweisen und widerlegen („Also, bei uns gibt es viele verschiedene Lebensmittelgeschäfte.“ „Die Geflüchteten sind nicht daran schuld, dass Sie keinen Sport mehr machen können – es sind deutsche Politiker, die sie in Turnhallen unterbringen.“)

Strategie 4: Pseudowissenschaft / Falsche „Fakten“



Wenn „Studien“ oder „Statistiken“ zitiert werden, bekommen rassistische Thesen den Eindruck des objektiv Beweisbaren. Zudem macht es das Dagegenargumentieren schwer.

Gegenstrategie?

- Nachfragen: Gibt es einen Link, eine Quelle, wer hat die Studie gemacht?
- Prüfen: Wie seriös sind die Autorinnen und Autoren, welche Intention hatte ihre Befragung, sind die Daten richtig interpretiert?
- Wenn Ihnen gerade Gegen-Zahlen fehlen oder die Zeit zur Prüfung fehlt: Benennen Sie, was sie stört („Die Fragestellung klingt schon rassistisch.“ „Wer wurde denn hierfür befragt?“)

Strategie 5: Whataboutism



Rassistinnen und Rassisten zünden Flüchtlingsheime an? Ja, aber was ist mit Linksextremen, die Autos anzünden? Whataboutism ist die Relativierung einer Aussage durch eine Gegenaussage, die eigentlich nichts mit der Ursprungsaussage zu tun hat – denn dass es z.B. neben rechtsextremem Gewalt auch „Ausländer-kriminalität“ oder linksextreme Gewalt gibt, macht nichts von allem besser oder weniger schlimmer. Und eines ist auch nicht die Begründung für das andere.

Gegenstrategie?

- Wer so antwortet, mit dem ist ein Gespräch nicht möglich. Nicht provozieren lassen.
- Fehlenden Zusammenhang benennen, beim eigentlichen Thema bleiben.

Strategie 6: Der Shitstorm



Aktuell enorm beliebt: Rechtspopulistische Seiten schießen sich auf ein Thema, eine Institution, einen Akteur ein – und überfluten die Kommunikationsplattformen mit Vorwürfen, Anschuldigungen und schlechten Bewertungen auf Facebook oder Google.

Gegenstrategie?

- Ruhig bleiben. Es ist nicht Ihr Umfeld, Ihre Kundschaft oder Besucherinnen und Besucher, die durchdrehen, weil sie Geflüchtete unterstützen – sondern dies geschieht durch gezielte Aufrufe auf rechtspopulistischen oder rechtsextremen Seiten (sieht man z.B. daran, dass der Shitstorm oft erst Monate nach dem Start einer Aktion kommt).
- Online einfach durchstehen: Je nach Temperament, Linie und Kapazität die Shitstorm-Beiträge löschen oder stehen lassen. Sinnvoller, als alle einzelnen Postings zu bearbeiten (Zeit!), ist ein einleitendes Statement, das die Position darlegt.

Strategie 7: Personalisierte Lügen



„Die Cousine des Bruders meiner Kollegin arbeitet im Flüchtlingsheim, und da hat...“ Lügen über angebliche Kriminalität, skandalöse Sozialleistungsbezüge oder unverschämtes Verhalten von Geflüchteten oder Migranten wirken besonders glaubwürdig, wenn sie als „persönliches Erleben“ vorgetragen werden.

Gegenstrategie?

- Weitere Quellen einfordern („Gibt es dazu auch einen Pressebericht?“)
- Nachprüfen vor Teilen: Polizei, Amt oder angeblich betroffenes Unternehmen fragen, auf der Internetseite Mimikama.at recherchieren, Tools wie die Google-Suche oder die Google-Rückwärts-Bildersuche nutzen, um herauszufinden, ob das „Erleben“ aus dem Internet kopiert wurde, eventuell sogar aus dem Zusammenhang gerissen (z.B. schon Jahre alte Katastrophen-Bilder als aktuelle Bilder von Geflüchteten).

Strategie 8: „Bürgerlicher“ Rassismus



„Ich bin kein Rassist, aber...“, „Nennen Sie mich nicht rassistisch, nur weil ich...“, „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“: Menschen wollen gern Rassistisches, Islamfeindliches, Rechtsextremes, Demokratiefeindliches oder Menschenverachtendes sagen, aber sie möchten ihre bürgerliche Fassade wahren und nicht als Rassistinnen und Rassisten, Islamfeinde, Nazis oder Menschenfeinde bezeichnet werden.

Gegenstrategie?

- Ihnen sagen, dass sie es trotzdem sind oder dass sie es sein können, auch wenn sie das gar nicht wollten – und ihnen bestensfalls erklären, wieso („Sie verallgemeinern über alle Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes / Anhänger einer Religion.“ „Wenn sie sagen, das Asylrecht gehöre abgeschafft, heißt das, dass die Menschen aus Kriegsgebieten dort sterben sollen.“ „Wenn Sie der Meinung sind, die Grenzen sollen dicht sein, heißt das Schießbefehl auf Familien an der Grenze.“)

Strategie 9: Nazis rufen „Nazis raus“ / Täter-Opfer-Umkehr



Diskreditierung des Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und GMF als undemokratisch gibt es in den Varianten

Opferrhetorik:

- Ist das Eure Meinungsfreiheit, wenn hier meine Kommentare gelöscht werden?
- Wer wird denn von „Lügen presse“, „Meinungsdiktatur“ und „Political Correctness“

unterjocht, zensiert, verboten – wir Rechtspopulistinnen, Rechtspopulisten und Nazis, sind entweder
a) die „wahren“ Opfer oder die
b) „wahren“ Demokratinnen und Demokraten.

Tabubrecher-Rhetorik:

- Sonst traut sich ja keiner, was zu sagen!
- Darüber wird nie berichtet!

Linksextremismus

- Die „Gutmenschen“ sind alle selbst Extremisten, nicht wir.

Nazis

Die „Gutmenschen“ sind die wahren Anti-Demokraten, weil sie Nazis, Sexisten, Rassisten etc. nicht (unkommentiert) zu Wort kommen lassen.

Gegenstrategie?

Vorwurf abweisen und erklären, dass...

- man qua Meinungsfreiheit alles sagen darf, was Grundgesetz und / oder Diskussionregeln entspricht, nur eben nicht Volksverhetzung, Holocaustleugnung, Beleidigung und abwertende Diskriminierung und Gewaltaufrufe – zum „Opfer“ von „Zensur“ machen sich Teilnehmer_innen selbst, weil sie sich daran nicht halten.
- keine_r extrem ist, wenn er oder sie sich für demokratische Kultur und Menschenrechte einsetzt, sondern empathisch und vernünftig.
- es keine „Tabus“ gibt, nur weil Medien oder Politik die Welt nicht gemäß der eigenen Weltansicht interpretieren.

...und dann wenden Sie sich wieder den freundlichen Menschen zu, die an einer wirklichen Diskussion interessiert sind.

Simone Rafael

ist Journalistin und unter anderen Chefredakteurin des Portals www.netz-gegen-nazis.de, wo dieser Text ursprünglich erschien.

Wie spinnt das Volk?



Montag in Dresden, Alltag auf Facebook. Filterblasen und Echokammern, Hetze und gezielte Agitation. Soziale Medien als Propagandainstrument und Rekrutierungsumfeld für rechtsradikale Bewegungen. Eine Analyse von Pit Kühnöl.

Heidenau, Freital, Clausnitz und Bautzen. Pegida und AfD. Die geifernden Massen, die im Internet wie auf der Straße ihren tumben Hass gegen das Fremde, gegen „die da oben“ oder gegen neue Lebenswirklichkeiten zur Schau stellen, ähneln immer mehr jenem klassischen Lynch-Mob, der mit Fackeln und Mistgabeln auf die Jagd geht: Sie sind völkisch, rassistisch und antisemitisch, gewaltbereit, unreflektiert und voller imaginierter Sorgen. Sie sind sich bürgerlich fühlende Rechtsradikale. Theodor Adorno beschrieb in einem Vortrag über die „Aspekte des Rechtsradikalismus“, den er 1967 an der Wiener Universität hielt, genau diesen Typ Mensch. Seine Analysen sind heute nicht weniger treffend wie damals, lediglich das Repertoire der technischen Möglichkeiten hat sich für den Mob erweitert.

Heimelige Volksgemeinschaft

Das ideologische Grundprinzip jedes Rechtsradikalismus ist nach Adorno die Idee der Volksgemeinschaft. Jene mythisch aufgeladene Verbindung, die all die „Wir sind das Volk“-Kra-
keelenden von den verschwörungstheoretischen Montagsmahnwachen, über Pegida bis zum gewaltbereiten Mob vor sächsischen Flüchtlingsunterkünften und Reisebussen für sich beanspruchen. Jene herbeifantasierte Schicksalsgemeinschaft, die alles Fremde ausschließen und alles Widerstrebende auslöschen möchte. Diese heimelige Gemeinschaft des Volkes aber sei stets vom nahenden Untergang bedroht, fürchten die Rechten: Jüdische Bankiers und amerikanische Firmen würden gute deutsche Firmen gefährden; Horden terroristischer und sexistischer junger muslimischer Männer mit Smartphones würden sich aufmachen, das Abendland zu vernichten.

Ja, die Rechtsradikalen haben viel Angst. Sie fürchten nicht nur das Fremde von außen, sie fürchten genauso das Fremde im Inneren, das es wagt, die völkischen Ideale nicht bedingungslos zu teilen: Andersdenkende, Homosexuelle, Feministen und Feministinnen, „Volksverräter“, „Gutmenschen“ – und natürlich Intellektuelle. „Weil sie ohnmächtig gegen Geist sind, wenden sie sich gegen die Geisträger“, sagte Adorno in seinem Vortrag. Den Rechtsradikalen sind Vernunft und Rationalität suspekt, sie lassen sich stattdessen von Gefühlen und Emotionen leiten. Doch die vorherrschenden Gefühle der Rechten, der „besorgten

Bürger“ scheinen bloß die tiefe Furcht vor allem Neuen und der Hass auf alles Fremde zu sein. Rationalität kennt der Rechtsradikalismus ausschließlich in der Wahl seiner Propagandamittel. Wie schon der Faschismus, so setzt auch der heutige Rechtsradikalismus auf die neusten Techniken – wie eben auf soziale Medien. Diese rational geführte Propaganda ist Mittel, um die Massen zu verführen und einzuspannen. Sie ist die eigentliche Substanz dieser Politik, so Adorno, denn dem Faschismus geht es nur um Macht und das Erreichen dieser Macht, um sonst nichts. Jede auf den Facebook-Seiten der Rechten geteilte Horrortory, jede Lüge und jede Übertreibung ist Mittel zur Bewegung der Massen, Mittel auf dem Weg zur Macht. Mittel zur Rekrutierung neuer Massen, die ihre oben genannten „Emotionen“ dann auf der Straße ausleben.

Aus dem Netz auf die Straße

Dem sich über soziale Medien organisierenden Mob ist man zum Beispiel in Form von Hooligan- und Neonazi-Bürgerwehren begegnet, die sich nach den

Silvester-Übergriffen über Facebook verabredeten und gewalttätig durch Köln zogen. Man sah diesen Mob nach der erfundenen und im Internet verbreiteten Geschichte über die angebliche Vergewaltigung des Mädchens Lisa aus einer russischsprachigen Familie in Berlin,

als bundesweit einige tausend Wutbürgerinnen und Wutbürger auf deutsch und russisch gegen Flüchtlinge demonstrierten. Man sah ihn bei den Ausschreitungen vor der Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Freital im Sommer 2015 und man sieht ihn bei den paranoiden Europäerinnen und Europäern, die allmontäglich durch Dresden marschieren.

Doch dies sind nur aktuelle Beispiele. Begonnen hat die durch Facebook organisierte Mobilisierung des rassistischen Mobs schon Mitte 2013. Damals schossen in vielen Orten, in denen Unterkünfte für Flüchtende und Asylsuchende geplant wurden, Facebook-Gruppen aus dem Boden, die gegen die ankommenden Menschen hetzten. In der sächsischen Kleinstadt Schneeberg gelang es der NPD, Neonazis aus ganz Deutschland, sowie hunderte Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zu einem Fackellauf zu mobilisieren. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Facebook-Seite „Schneeberg wehrt sich“, die sich als Plattformen für rassistische Hetze und zur organisatorischen Koordination bewies.

Das Gerücht über die Flüchtenden

Das übliche Propagandainstrument zur Mobilisierung dieser Massen ist das Gerücht über die Flüchtenden. In all seinen nur erdenklichen Formen wird es geteilt, weiterverbreitet und geglaubt. Das Repertoire der Mythen reicht von den Klassikern der vergewaltigten und raubenden Horden bis zu den absurdesten Geschichten über Bordell-Gutscheine, Grabschändungen und archaische Schlachtrituale. Das Ganze natürlich immer verwoben mit dem festen Glauben, dass Polizei, Politik und Medien die „wahre“ Wahrheit immer zurückhielten, wenn es um Straftaten von Flüchtlingen ginge.

Doch diejenigen, die alles, was die von ihnen so bezeichnete „Lügenpresse“ von sich gibt, für erstunken und erlogen halten, neigen ironischerweise auf der anderen Seite dazu, jedes Wort ungeprüft zu glauben, das auf dubiosen Nachrichtenplattformen, Facebook- oder „VK“-Seiten (dessen russisches Pendant) veröffentlicht wird. Sie glauben auch gerne den Behauptungen auf den Profilen von Einzelpersonen und teilen fleißig deren Posts. Dieses krankhafte Misstrauen den etablierten Medien gegenüber und der unreflektierte Glaube an alles andere, wird durch die sozialen Medien selber allerdings noch verstärkt.

Davonschweben in der Filterblase

Dass es schon immer ein enormes Potenzial an menschenfeindlichen Einstellungen und rassistischen Ressentiments in der deutschen Bevölkerung gab, bis weit hinein in die sogenannte Mitte der Gesellschaft, verdeutlichen nicht nur die seit Jahren geführten Heitmeyer-Studien oder die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung. Durch Facebook werden diese Ansichten erstmals allgemein sichtbar. Und durch Facebook und andere soziale Medien nehmen sie zu.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann hat in den 1970er Jahren die Wirkung der Medien auf die Meinungsäußerung untersucht. Ihren Ergebnissen nach äußern sich Menschen zu bestimmten, vor allem zu moralischen Themen nicht, wenn sie sich medial bedingt in der Minderheit glauben. Sie nennt dies die Schweigespi-

rale. Doch im Internet schreien alle ihren Hass heraus, dort fühlt sich der Mob nicht mehr in der Minderheit. Dies ist zum einen realen Gründen geschuldet: So führt die allgegenwärtige, aber fragwürdige Rhetorik in der Flüchtlingsdebatte, die vor Krieg und Leid fliehende Menschen mit Naturkatastrophen vergleicht, zu einer allgemeinen Entmenslichung der Flüchtenden und somit schwindender Empathie ihnen gegenüber. Vor allem, da dieser rassistische Jargon nicht mehr nur auf die Bierzeltreden rechter Politikerinnen und Populisten beschränkt ist, sondern sich bis weit in die Rhetorik des politisch angeblich linken Lagers zieht.

Das Aufbrechen der Schweigespirale hat zum anderen aber auch durch die sozialen Medien selbst verursachte Gründe: die sogenannten Filterblasen und Echokammern. Filterblasen entstehen durch bestimmte Algorithmen, mit denen etwa Facebook berechnet, mit welchen anderen Profilen oder welchen Seiten am häufigsten interagiert wird –

und lediglich deren Meldungen werden angezeigt. Dadurch sehen die Nutzer nur noch bestimmte Inhalte, nämlich jene, die dem eigenen Weltbild entsprechen und die eigene Meinung wiederholen. Doch nicht nur diese Filter beeinflussen die wahrnehmbaren Inhalte. Die persönlichen, selbstgewählten Entscheidungen jeder Nutzerin und jedes Nutzers wirken sich noch intensiver auf die Möglichkeiten der eigenen Meinungsbildung aus. Welche Seiten man auf Facebook abonniert, welchen Personen man auf Twitter folgt, in welchen Gruppen man sich mit Gleichgesinnten vernetzt, all das bestimmt die Inhalte, die zu einem durchdringen und all das bestimmen, was man glaubt zu wissen. Gerade in Zeiten, in denen mit der wachsenden Abneigung klassischen Medien gegenüber eine immer stärker spezialisierte und immer schlechter recherchierte Nachrichtenauswahl konsumiert wird, potenziert sich dieser Effekt.

Gefangen in der Echokammer

Der durch Filterblasen und eigene Entscheidungen immer einseitiger informierte Mensch nimmt keinerlei andere Meinungen mehr wahr, außer seiner eigenen. Er schwebt in seiner Blase aus der Realität. Dieser Mensch tauscht sich nur noch mit denen aus, die ebenfalls dieselben Ansichten teilen – er fühlt sich nicht mehr alleine mit seinem menschenfeindlichen Weltbild, er fühlt sich als Teil einer imaginierten

Mehrheit, er wird Teil einer homogenen und uniformen Masse. Und diese homogene Masse, in der sich das Individuum auflöst, ist nun mal – wie es Gustave Le Bon in seiner „Psychologie der Massen“ beschreibt – primitiv-barbarisch, ohne Vernunft und ohne die Fähigkeit, Kritik anzunehmen. In dieser Masse werden dieselben Meinungen tausendfach reproduziert, hallen widerspruchslös von den anderen zurück, verfestigen sich und werden zur absoluten Wahrheit erklärt. Das, was zuerst nur ein Vorurteil war, wird so in der eigenen Überzeugung zum unumstößlichen Faktum – zum Ressentiment. Jede Kritik an diesen imaginierten Fakten aber verstärkt diese Überzeugung noch, denn jede Gegenrede gilt dieser rein reflexhaft handelnden, von dem Glauben an Verschwörungen durchdrungenen Masse als Beweis dafür, dass etwas verheimlicht wurde. So hört das in der Masse untergegangene Individuum nur noch das Immergleiche, immer lauter werdend, wie in einer Echokammer. Keine andere Meinung, keine Vernunft vermag mehr dort einzudringen.

Diese Echokammern machen es neonazistischen und rechtsradikalen Gruppen leicht, ihre Weltsicht zu verbreiten. Sie bieten den perfekten Raum, um jene Menschen, die zwar rassistische und völkische Prädispositionen, aber bisher noch keine gefestigte rechtsradikale Ideologie hatten, dort abzuholen, weiter zu radikalisieren und schließlich zu mobilisieren. Dort können sich Menschen mit den entsprechenden Ideologien vernetzen und Aktionen vorbereiten. Dort sehen die Menschen, dass sie ihren Hass auf alles Fremde ungestraft ausleben können und trauen sich so auch eher, ihn, zum Teil gewalttätig, auf die Straße zu tragen. Die sozialen Medien werden so Propagandainstrument und Rekrutierungsumfeld gleichermaßen.

Dabei handelt es sich aber nicht um ein von rechten Gruppen gelenktes Phänomen, sondern um ein von ihnen geschickt ausgenutztes strukturelles Problem sozialer Medien. Doch in einer Gesellschaft mit schwindender Medienkompetenz und mit weit in die sogenannte Mitte reichenden menschenfeindlichen Einstellungen haben sie leichtes Spiel.<

Pit Kühnöl
*ist Politikwissen-
 schaftler und ärgert
 sich darüber, dass er
 vor lauter Volk gar
 keine lustigen
 Katzenbilder mehr
 auf Facebook sieht.*



Alles bleibt deutsch, auch das Russisch: Russlanddeutsche werfen sich ins Zeug für die Anerkennung als Deutsche unter den Deutschen in Nürnberg.



CSU hoch im Kurs: „Bis zur letzten Patrone“ werde sich die Berliner Koalition gegen die Zuwanderung in Sozialsysteme wehren, versprach Seehofer 2011. Das wird nicht vergessen.

Mobs aller Länder, vereinigt euch!

Russlanddeutsche demonstrieren seit Januar gegen Flüchtlinge. Das stellt die Freundinnen und Freunde von Toleranz und Vielfalt vor ein Problem. Von Felix Balandat

Der Antifaschismus der Mitte mag klare Feindbilder. Sei es Die Rechte, Pegida oder mittlerweile auch die AfD: Wenn die üblichen Verdächtigen den Volkswillen auf die Straße tragen, sind Trillerpfeifen und „Bunt statt braun“-Schilder auf der Gegenseite vorprogrammiert. Doch die Welt ist kompliziert. Antisemitinnen und Antisemiten gibt es auch unter Linken. Ottonormalmenschen zünden Flüchtlingsunterkünfte an und Nazis sehen mittlerweile aus wie Antifas. Kaum etwas zeugt so sehr von der Sehnsucht nach einfacheren Zeiten, als die bei den meisten Medien übliche Bebilderung der täglichen Polizeimeldungen über vermutlich „rechtsmotivierte“ Straftaten. Aber Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln sind bei Neonazis heutzutage nun wirklich nicht mehr en vogue, ein paar Landstriche im Osten Deutschlands ausgenommen. Die breite Täterpalette wird auf den gemeinen, bierseligen Skinhead der 90er-Jahre reduziert, den es so eigentlich gar nicht mehr gibt. Dass aber mitunter selbst von Diskriminierung betroffene Bevölkerungsgruppen Ressentiments hegen und nun auch auf der Straße pflegen, bringt die Freundinnen und Freunde von Toleranz und Vielfalt in die Bredouille.

Paternalismus von links

Seit Januar macht eine Bevölkerungsgruppe von sich reden, die hierzulande normalerweise selten öffentlich wahrgenommen wird. In zahlreichen Städten haben russischsprachige Menschen gegen die üblichen Probleme (Merkel, lüsterne Flüchtlinge) und für die „sichere Heimat“ demonstriert. Auslöser war die, wie sich schnell herausstellte, erfundene Geschichte eines Mädchens aus einer russischsprachigen Familie in Berlin, das von „südländisch“ aussehenden Männern vergewaltigt worden sei. Vor allem in Süddeutschland

demonstrierten die aufgebrachten Bürgerinnen und Bürger. Mit Parolen wie „Merkel muss weg“, „Lügenpresse“ und „Meine Heimat bleibt deutsch“ fanden hunderte Russlanddeutsche den Schulterschluss mit alten Bekannten von Pegida und AfD. Dass natürlich auch urdeutsche Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten und Neonazis zugegen waren und zum Teil auch wichtige organisatorische Hilfe leisteten, können einige Akteure „gegen rechts“ nur als Verführungs- und Täuschungsaktion verstehen.

Die Nürnberger „Allianz gegen Rechtsextremismus“, bestehend aus kommunalen Gebietskörperschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen, schrieb in einer Pressemitteilung, dass bei den Demonstrationen, die unter dem Motto „sichere Heimat“ stattfinden, „Befürchtungen und Ängste unserer russischsprachigen Mitbürgerinnen und Mitbürger von einschlägig bekannten rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen für ihre menschenverachtende Propaganda missbraucht“ werden. Die sogenannte stille Post in sozialen Netzwerken werde instrumentalisiert und „Menschen egal welcher Herkunft werden getäuscht“. Was an Gerüchtenetzwerken wie dem russischen Facebook-Pendant „VK“ instrumentalisiert werden kann, ist fraglich. Schließlich ist die Funktionsweise von Social Media klar: Informationen sollen möglichst schnell und einfach, möglichst breit gestreut werden. Viel schwerwiegender ist jedoch der paternalistische Ton, in dem über die sogenannten „Mitbürgerinnen und Mitbürger“ (warum sind sie keine normalen Bürgerinnen und Bürger?) gesprochen wird. Russlanddeutsche scheinen nicht so ganz auf der Höhe zu sein, weswegen findige Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten sie so leicht täuschen (wie soll dieses Täuschen denn eigentlich aussehen?) und missbrauchen können.



Eine Runde Mitleid: „Ängste russischsprachiger Mitbürgerinnen und Mitbürger“ würden von „rechtsextremen Gruppierungen missbraucht“ – diagnostiziert die Nürnberger „Allianz gegen Rechtsextremismus“.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus objektiviert sie somit und nimmt sie nicht ernst, spricht ihnen also die subjektive Entscheidungsfähigkeit zum Ressentiment ab.

Steilvorlage für rechts

Felix Balandat
ist Journalist, er lebt
und arbeitet derzeit
in Nürnberg.

Normalerweise kommt auch der bürgerliche Antifaschismus heute nicht mehr auf die Idee, rechte Wutbürgerinnen und Wutbürger als Opfer eines von einer kleinen Gruppe ausgeheckten Täuschungsmanövers zu verstehen. Es sei denn, das Ressentiment äußert sich innerhalb einer Gruppe, die aufgrund des Geredes von Vielfalt und Toleranz eigentlich erklärmaßen dem bunten demokratischen Schoß angehören muss, da sie sich von dem, was „deutsch“ sein soll, unterscheidet. Wenn der Kampf gegen rechts darin besteht, die bloße Differenz zu idealisieren, kann dieser eben schwer Kritik an Vertreterinnen und Vertretern einer solchen als fremd ausgemachten Gruppe üben. Vielmehr übernehmen dann Akteure wie die „Allianz gegen Rechtsextremismus“ die Logik von Pegida & Co: Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger müsse man ernst nehmen. Was passiert, wenn man versucht, „eventuell vorhandene Ängste in einem demokratischen Dialog ruhig und sachlich zu besprechen“, wie die „Allianz gegen Rechtsextremismus“ schreibt, zeigte eine vom Integrationsrat der

Stadt Nürnberg einberaumte Veranstaltung, die sich an Russlanddeutsche richtete. Einlassvorbehalte gab es nicht, um Leute, die erst am rechten Rand stehen, nicht zu verschrecken, sagte der Geschäftsführer des Integrationsrates, Friedrich Popp, dem Bayerischen Rundfunk. Natürlich nutzten stadtbekannte rechte Akteure wie Rainer Biller die Steilvorlage und störten die sogenannte Dialogveranstaltung durch Zwischenrufe, bis sie hinausgeworfen wurden. Wie der Bayerische Rundfunk feststellte, verließen aber auch viele Russlanddeutsche aus Solidarität mit Biller & Co den Saal. Ein Antifaschismus, der Aufklärung und Emanzipation ernst nimmt, muss jedoch Kritik da üben, wo sie notwendig ist. Bei Menschen, egal welcher Herkunft.<

Schwarm drüber!

Die Biene Meier und die kollektive Insuffizienz. Von Phil Zéro.



Hatten Sie schon einmal einen Schwarm? Willy hatte einen. Nicht nur Willy von der Klat-schmohnwiese, sondern auch Willy II. aus dem Hause Hohenzollern, seines Zeichens letzter Deutscher Kaiser und König von Preußen. Der erstgenannte Willy, die lustige dicke Drohne aus der

beliebten Kinderserie „Biene Maja“, verfügte nicht nur über limitierte avionische Fähigkeiten und weder über Kameras noch Lenkwaffen; er existierte in der Urversion der Geschichte auch überhaupt nicht. Ihn ersannen die Macherinnen und Macher der auf Betreiben des ZDF in Japan angefertigten Coverver-

sion der Insektensaga 1975 hinzu, um dem jungen Publikum die unbeschwerte Heiterkeit eines ulkigen Duos auf den Fernsehschirm zu zaubern.¹ Wilhelm II. war zum Zeitpunkt der Originalausgaben der beiden Maja-Schmöker hingegen eine ziemlich zeitgenössische Realität, die sich gerade einer großen Bedrohung seines Volksapparats ausgesetzt sah. Wie passend, dass ihm ein gewisser Waldemar Bonsels in zwei illustren Bänden (erschieden 1912 bzw. 1915) eine literarische Legitimation des Kampfes für das Vaterland gegen Erbfeinde und Volksschädlinge lieferte, schwanger von der Glorifizierung bedingungsloser Unterordnung und der unreflektierten Dummheit der Massen, Pardon, Schwarmintelligenz.

Ein zentraler Denkfehler der augenblicklich wiedererstarkten Mär von der kollektiven Intelligenz besteht jedoch darin, dass diese nur funktioniert, wenn es keine Hierarchie gibt. Im realen „Superorganismus“ eines Bienenstaates etwa übernimmt im Gegensatz zu Bonsels Bienenblödsinn nicht die Königin eine autoritäre Führungsrolle. Im Gegensatz zu besorgten Bürgerinnen und Bürgern stehen reale Honigbienen nicht hierzulande mit Pappschildern an nächtlichen Straßenecken und skandieren „Wir sind das Volk“. Sie zünden auch keine Asylunterkünfte an oder meinen, dass sie zusammen in ihrem Online-Netzwerk durch die Kraft des Kollektivs endlich alle Komponenten einer Weltverschwörung aufdecken und eine „Lügenpresse“² entlarven.³ Sie verbringen ihre Zeit vielmehr damit, die Larven der zentralen Gebärmaschine „Königin“ aufzuziehen, anstatt für ihr Oberhaupt „Helene VIII.“⁴ oder in der Realität Wilhelm II. in einen Krieg gegen Andersartige zu ziehen.

In manchem Schwarme scheint das Glück zu liegen (fast Aristoteles)

Bienenschwärme handeln eher kommunistisch im Sinne einer positiven Kollektiv-Utopie (nicht der eines totalitären Systems), sie bilden keine Eigenbrötleransammlungen. Prinzipiell sollte man die dezentrale biologische „Funktionalität“ eines „Stammes“ von chitinpanzerbewehrten Schwarmtieren nicht mit einer angeblich gesteigerten Intelligenz oder dem erhöhten Durchblick einer Zusammenrottung von Primaten verwechseln, welche als Kollektiv glühenden Herzens irgendwelchen *ex cathedra* vorgegebenen Parolen der Abgrenzung nacheifern und daraus Selbstbewusstsein zu generieren versuchen.

Zwar beschreibt Aristoteles in seiner Summierungstheorie, einem frühen Vorläufer der heutigen Schwarmin-telligenzidee, auf den Menschen angewandt, dass ein Kollektiv oftmals bessere Entscheidungen treffen würde als eine Autorität (Politik, 3. Buch, 11. Kapitel): „Dass aber die Entscheidung eher bei der Menge als bei der geringeren Zahl der Besten [den aristoi] zu liegen habe, das scheint zu bestehen und sich verteidigen zu lassen, ja vielleicht sogar wahr zu sein. Denn die Menge, von der der einzelne kein tüchtiger Mann ist, scheint doch in ihrer Gesamtheit besser sein zu können als jene Besten; (...) Denn es sind viele, und jeder hat einen Teil an Tugend und Einsicht. Wie sie zusammenkommen, so wird die Menge wie ein einziger Mensch, der viele Füße, Hände und Wahrnehmungsorgane hat und ebenso, was den Charakter und den Intellekt betrifft.“ Doch diese Sicht der Dinge kann aus einer heutigen Warte nicht bedenkenlos übernommen werden. Es gibt ihn nämlich, den ziemlich groben Unterschied zwischen einem „Schwarm“, der ein möglichst sinnvolles Zusammenleben ermöglichen will, und einem aggressiven „Mob“.

¹ Die Metamorphosen des Manga sind mannigfaltig. So hieß etwa die hierzulande als „Saber Rider und die Star Sheriffs“ beliebte Weltraum-Westernserie im Original „Sei Jūshi Bismaruku“, also Sternens-Musketier Bismarck. Aus Gründen, die man nur mutmaßen kann, wurden der Titel und die Story für

den Vertrieb in den USA und Europa verändert. So sterben auch die „Deathcullas“ aus dem Original – biestige Böslinge, die die Menschheit bedrohen, in der Light-Version nicht mehr; wenn sie erschossen werden, sondern kehren als „Outriders“ nur in ihre eigene Phantomzone zurück.

² Der Terminus „Lügenpresse“ ist nicht gerade taufrisch. Bereits weit vor 1848 bezichtigten sich katholische und protestantische Geistliche gegenseitig der „Lügenschrift“. Ab der Märzrevolution begann dann die Benutzung des Schmähworts „Lügenpresse“ im deutschen Sprachraum, gerne gegenüber französi-

schen und jüdischen Publikationen. Im 1. Weltkrieg trat das Wort in den Dienst der in die Defensive geratenen Reichskriegsrechtfertiger, von da an war es alsbald ein Evergreen der Volksverblendung, den schließlich auch gerne Hitler und Goebbels in ihr Repertoire aufnahmen, um marxisti-

Mündigkeit versus Lumpenproletariat

Die Bezeichnung „Mob“ stammt im Übrigen vom lateinischen „mobile vulgus“, dem wankelmütigen gemeinen Volke.⁵ Zudem sind seit Aristoteles auch einige Hektoliter die Ströme Europas herabgeflossen und sein Alltag in der Polis lässt sich mit unserer heutigen Gesellschaft nur schwer vergleichen. So resümiert der zeitgenössische Philosophieprofessor Henning Ottmann hierzu denn auch: „In Massen verlieren die Einzelnen ihre Individualität und ihr Verantwortungsgefühl. Sie werden emotionalisiert und zu Taten gedrängt, zu denen sie sich als Einzelne nicht hinreißen lassen würden. Aristoteles hat allerdings weniger die Massen der modernen Massenpsychologie vor Augen als eine sich in Volks- und Gerichtsversammlung geordnet und diszipliniert artikulierende Bürgerschaft.“ (Henning Ottmann: Geschichte des politischen Denkens. Die Griechen. Von Platon bis zum Hellenismus, Bd. I/2, Stuttgart/Weimar 2001, S. 194).

Wirklich gefährlich wurde es historisch schon häufig, wenn ein solches mobeskes Kollektiv sich eine politische Agenda zulegt. So urteilte der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Eric Hobsbawm, u.a. Professor der University of London und Gastdozent in Stanford, von Tony Blair anno 1998 zum „Companion of Honour“ erhoben: „Der Revolutionismus des ‚Mobs‘ war primitiv“. Und auch ein gewisser Karl Marx selbst unterschied bereits ganz klar den Aufstand des Proletariats gegen Unterdrückung und gesellschaftliche Missstände von der nicht zu billigenden Revolte des Lumpenproletariats. Letzteres ist nämlich zumeist unwissentlich geleitet von den Zielen einer mehr oder weniger unauffällig im Hintergrund stehenden Autorität und eben meist nur zu dumm, dies in seiner kumulierten Blödsinnigkeit zu begreifen. Oder um es mit

Terry Pratchett auszudrücken (aus „Mummenschanz“): „Da der Intelligenzquotient einer Gruppe dem IQ des Dümmersten geteilt durch die Anzahl der Gruppenmitglieder entspricht, wusste später niemand zu sagen, was überhaupt geschehen war.“

Zurück zur Brummliesel

Aber was war nun eigentlich geschehen in der Welt der „echten“ Biene Maja, oder sollten wir lieber von der Biene „Meier“ sprechen, immerhin in den verschiedenen gängigen Schreibweisen der zweithäufigste Nachname der Deutschen und in Sachen Bedeutung gleichzusetzen mit „freier Bauer“? Ähnlich wie Kaiser Wilhelms verblendetes Volk in den frühen 10er-Jahren des 20. Jahrhunderts und des aufgewiegelten Besorgtbürger mobs der 10er-Jahre des 21. Jahrhunderts fühlte sich die brave Brummliesel von der Honigfront einer großen Bedrohung ausgesetzt – von innen und von außen gar. Da waren zum einen die Hornissen, rundweg schändliche Erbfeindwesen, die „mächtigsten und bösesten“, nicht unähnlich den Engländern oder Franzosen oder Russen oder jedem anderen Volksstamm außenrum in Wilhelms Welt anno dazumal. Oder der Eurozone und ihren vermeintlichen Blutsaugern heutzutage. Und dann gab es da auch noch die Wespen, Fremdlinge von fragwürdiger Abstammung. „Ein unnützes Räubervolk ohne Heimat und (rechten) Glauben“, das nichts anderes will, als den braven Bienen einen Dolch respektive Stachel in den Rücken zu stoßen, und ihnen unrechtmäßig den Nektar von der Wiese bzw. die Haare vom Kopfe zu fressen. Vom hirnlos hasserfüllten Kollektiv irgendwo zwischen dem „Ewigen Juden“, „Wirtschaftsflüchtlings“ und „dem Russen“ verortet.

Wohl oder eher wohl wehe dem, der nicht nur ein Reich hat, sondern auch einen Bonsels, der zum

sche, jüdische oder generell ihnen verhasste Pressezeugnisse zu diffamieren. In der DDR-Propaganda bezeichnete man damit westliche Medien, im RAF-Jargon soll es ebenfalls zuhause gewesen sein. Kurz gesagt scheint der Ausdruck „Lügenpresse“ im germanischen Sprachgebiet seit geraumer Zeit ein liebes Kind wutentbrannter

Menschen mit Gewaltpotential zu sein.

³ Larve, die, bezeichnet eigentlich, vom Lateinischen larva stammend, ein Gespenst oder eine Maske. Die Bienenlarve verliert ihre „Maskierung“, wenn sie zum erwachsenen Tier wird. Entlarven im deutschen Sprachgebrauch bedeutet eigentlich, jemandem

metaphorisch die Maske vom Antlitz zu nehmen, um die wahre Motivation des Gegenübers zu enthüllen. Bienen entlarven sich, um weiterzuleben. Menschen drohen sich mit Entlarvung, um sich gegenseitig ein erschwertes Dasein in den Raum zu stellen.

⁴ Der Name der Bienenkönigin aus der Ur-Maja war

zu jener Zeit sehr beliebt und um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. unter den zehn häufigsten deutschen Mädchennamen zu finden. Vielleicht auch dank der 1902 geborenen Helene „Leni“ Riefenstahl, zeitlebens reueunfähige Narzisstin, geriet er dann aber stark ins Hintertreffen. In jüngster Zeit ist jedoch wieder ein Aufwärtstrend

Phil Zéro
*ist freier und
 unfreier Autor;
 Radiomoderator;
 Literatur- und
 Kunstwissenschaftler
 sowie Manager einer
 Rocknrollband.*

Federkiel griff und einen braven Meier, äh, eine ehrbare Maid Maja schildert, die vorbildlich zur Maßgabe hat, keinem Insektenwesen etwas antun zu wollen, die grundanständige Gutbiene. Außer den Kolleginnen und Kollegen, die es nicht anders verdienen. Denen, die zwar ähnlich gestreift sind, aber unsäglich vom Bösen durchseucht. Die Hornissen und die indiskutablen Volksschädlinge aus der Welt der Wespen. Denen musste Einhalt geboten werden bis aufs Letzte. Und so zog denn ein Volk frohlockend in ein als gerecht und gut geglaubtes Fanal. Großzügig ließ die Autorität in Form der damaligen Soldatenbuchhandlung wie zum Danke das Werk flugs tausendfach drucken und die braven Bienen packten es sich zur Erbauung massenhaft ins Marschgepäck. Auf dass sie, auch wenn mal ein Arm oder Fuß verloren ging, noch im Schlamm der Schützengräben was Erbauliches zu lesen hatten – davon wie wichtig es sei, sich gemeinsam bedingungslos aufzuopfern für die Königin des Stocks bzw. den Kaiser am Stock.

le fin



der Kinderhelenenbenennungen zu verzeichnen. Ob das mit der Popularität der neuen deutschen Schlagerqueen Helene Fischer zu tun hat, welche, in Sibirien geboren, als Kind in die BRD übersiedelte, um schließlich das ihr zu Füßen liegende Volk mit fröhlichen Weisen zu erfreuen, ist mir nicht bekannt

⁵ Auch das Wort „Mobbing“ stammt aus dieser etymologischen Wurzel. Der Duden gibt „Kabale“ als Synonym an. Es ist zu befürchten, dass der württembergische Flüchtling Friedrich Schiller, welcher einst in Sachsen-Weimar eine neue Heimat und Staatsbürgerschaft fand, heute statt „Kabale und Liebe“ vielmehr „Randale und Hiebe“ zu Papier bringen müsste.

⁶ Glaubt man Fachleuten der Kriminologie, so ist es mithin schon schwer genug, von mehreren ehrlich bemühten Zeuginnen und Zeugen eines Vorfalls deckungsgleiche Beschreibungen zu erhalten. Man kann sich nur ausmalen, wie stark der Zerrfilter der individuellen Erinnerung wird, wenn ehemals emotionalisierte Bestandteile eines Kollektivs nach dem Scheitern der Mob-Erfahrung

re-individualisiert und vertuschungsbemüht nach ihrer persönlichen Schuld gefragt werden. Vgl. hierzu den Pontius-Pilatus-Effekt des persönlichen Waschens der Hände in Unschuld aktiv Beteiligter des Dritten Reiches. Da wird gerne gleichzeitig behauptet, man habe von nichts gewusst und doch nur Befehle ausgeführt, als optionsloser Bestandteil einer perfiden Gruppendynamik.

Zur Normalisierung des Terrors von rechts



Schöne Grüße aus Deutschland:

Anschläge auf Asylheime gehören bundesweit zum Alltag

Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung zählten 2015 mehr als 1239 Angriffe auf Asylunterkünfte sowie auf Asylsuchende. Nur in einem Bruchteil der Fälle konnten Tatverdächtige ermittelt werden – vier Urteile wurden bislang ausgesprochen. Wie konnte es zu dieser Vielzahl von Angriffen kommen? Und warum bleiben die Ermittlungen so wenig von Erfolg gekrönt? Von Maximilian Pichl.

Die rechte Szene konnte sich schon nach den Pogromen in den 90er-Jahren für einige Jahre vor Strafverfolgung sicher fühlen. Politisch sah sie sich durch den Asylkompromiss bestätigt. Rostock-Lichtenhagen wiederholte sich nun 2015 in Freital, Heidenau, Tröglitz und an vielen anderen Orten. Dass neonazistische Kader heute ohne Vermummung und in Anwesenheit der Polizei Geflüchtete und Linke jagen können, zeigt das gestiegene Selbstbewusstsein der rechten Szene. Die massiven Angriffe von Rechten auf den alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016 markieren eine weitere Eskalationsstufe. Das zunehmende Gefühl der Sicherheit verstärkt den Eindruck vieler Rechter, den Kampf um die Straße noch offensiver führen zu können.

Diese Sicherheit muss der rechten Szene genommen werden. Die Sozialisierung von rechten Gewalttäterinnen und Gewalttätern Anfang der 90er-Jahre führte zur Gründung militanter Strukturen wie dem Thüringer Heimatschutz und mündete in letzter Konsequenz in der Bildung des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). An vielen Orten – gerade auch in Ostdeutschland – verteidigen zwar antirassistische Initiativen Flüchtlingsunterkünfte, da die Polizei oft unvorbereitet ist oder nicht eingreift. Das nimmt der rechten Szene ein Stück weit das Gefühl der Sicherheit. Doch es wäre eigentlich ein breites zivilgesellschaftliches Aufbegehren gegen die erschreckende Gewöhnung an rechte Gewalttaten notwendig.

Vornehme Zurückhaltung bei der Strafverfolgung

Die zunehmende Sicherheit der rechten Szene hängt wesentlich mit der nachlässigen Strafverfolgung von rassistisch motivierten Straftaten zusammen. Die wenigen Ermittlungserfolge nach Angriffen auf Asylunterkünfte werden mitunter dadurch begründet, dass viele Täterinnen und Täter nicht zur rechten Szene zu zählen seien. Eine Untersuchung der britischen Zeitschrift *Searchlight* in Großbritannien widerlegt hingegen diese Annahme. Es handelt sich laut *Searchlight* bei den Täterinnen und Tätern in der Regel nicht um „Lone Wolves“ sondern um organisierte Netzwerke. Eine vergleichbare Analyse für Deutschland könnte wichtige Erkenntnisse liefern.

Die Ermittlungsbehörden wenden außerdem ein, dass solche Taten grundsätzlich schwer zu verfolgen seien.

Doch gerade in kleinen Gemeinden ist davon auszugehen, dass die Polizei vor Ort oder zumindest der Staatsschutz die Mitglieder der rechten Szene kennen. Und selbst unorganisierte Personen mit extrem rechten Einstellungen bewegen sich in einem sozialen Umfeld, mit dem sie sich austauschen, das sie in rassistischen Einstellungen bestätigt oder gar zur Tat ermutigt. Häufig geschieht dies sehr offen via Facebook und Twitter. Ermittlungsbehörden stellen mitunter schlicht keine umfassenden Nachforschungen an.

Die Facebook-Seiten vieler Bürgerinitiativen gegen Geflüchtete sind voll von rassistischen Kommentaren und Gewaltphantasien. Erste Ermittlungen müssen daher bei den aktiven rechten Strukturen ansetzen und zugleich aber auch erforschen, wer sich wie in den sozialen Netzwerken ablehnend gegen Flüchtlinge äußert.

Zentrale Ermittlung statt Kraut & Rüben

Unterkünfte brennen in ganz Deutschland. Es wäre daher naheliegend, dass die Ermittlungsbehörden auch

bundesweit zusammenarbeiten. Bei der Massivität der Anschläge könnte die Generalbundesanwaltschaft durchaus Ermittlungen an sich ziehen, wie sie es aktuell bei der Gruppierung „Oldschool Society“ getan hat. Die Erkenntnis, dass hunderte von Haftbefehle

gegen Neonazis nicht vollstreckt werden und möglicherweise viele im Untergrund agieren, ist Anlass genug, die Angriffe auf Flüchtlinge flächendeckend zu untersuchen – nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch zivilgesellschaftliche Institutionen, die hierfür eine entsprechende finanzielle Ausstattung zur Analyse benötigen.

Staatliche Akteure erkennen rechten Terror nicht

Doch möglicherweise fehlt nicht nur der politische Wille, sondern das Problem könnte tiefer liegen. Zentral für die Einordnung rechter Gewalt wären die Begriffe „Sicherheit“ und „Terrorismus“, die aber vorrangig durch sicherheitspolitische Apparate definiert werden, wie beispielsweise die Innenministerien oder die Polizei. Beiden Begriffen gemein ist für diese Apparate ein auf den Staat bezogenes Verständnis. Terrorismus wird oft nur dann erkannt, wenn sich dieser gegen staatliche Repräsentanten und Symbole richtet oder wie im Falle der jüngsten islamistischen

Die zunehmende Sicherheit der rechten Szene hängt wesentlich mit der nachlässigen Strafverfolgung von rassistisch motivierten Straftaten zusammen

Attentate gegen eine Zivilgesellschaft, die als Teil des Staates verstanden wird. Rechter Terrorismus richtet sich vorrangig gegen Minderheiten, die auch aufgrund fehlender Staatsangehörigkeitsrechte und Diskriminierungen aus dem Gesellschaftskorpus ausgeschlossen werden.

Außerdem erklären Ermittlungsbehörden häufig nach Gewalttaten, aufgrund fehlender Bekennerschreiben gäbe es kein Anzeichen für eine rassistische Motivation. Dies unterschlägt, dass rechte Strukturen in der Regel keine Bekennerschreiben benutzen. Der Potsdamer Politikwissenschaftler Gideon Botsch erläutert treffend, dass rechte Gruppierungen sich nicht am Motiv der Propaganda der Tat orientieren, sondern ein allgemeines Unsicherheitsgefühl produzieren wollen – was sie bei Asylsuchenden und Menschen mit nichtweißer Hautfarbe auch erreichen. Fehlende Bekennerschreiben resultieren darüber hinaus aus der völkisch-nationalen Ideologie der Täterinnen und Täter. Sie verstehen ihre Aktionen als Vollzug des imaginierten Volkswillens; als Individuen treten sie hinter die Tat zurück und damit wird sie zur Tat aller „patriotischen Deutschen“.

Rechte möchten Staat restaurieren
- nicht angreifen

Rassistischer Terror richtet sich nicht gegen den Staat, sondern möchte vielmehr die staatliche Souveränität im völkisch-nationalistischen Sinne restaurieren. Der Jenaer Soziologe Matthias Quent hat hierfür den treffenden Begriff des Vigilantismus übernommen, der im US-amerikanischen Kontext zur Analyse rechter Bürgerwehren entstanden ist. Nach Quent ist das Auftauchen des Vigilantismus ein Misstrauensvotum in die Effizienz des Staates – beispielsweise in Fragen der Grenzsicherung – und nicht in das Konzept des Staates selbst.

Als terroristischen Angriff auf den Staat verstehen staatliche Sicherheitspolitiker den Vigilantismus und rechten Terror daher nicht. Vielmehr versucht die Politik, das „Terrain demokratischer Politikgestaltung tendenziell zulasten von Freiheit und Gleichheit zu verschieben“, um vigilantistischen Bestrebungen beizukommen, so Quent.

Zeit für mehr emanzipatorische Flüchtlingspolitik

Wenn der Staat überhaupt auf rassistische Angriffe reagiert, dann meist mit vorhersehbaren Antworten: Mehr Personal für die Polizei, Strafverschärfungen oder Demonstrationsverbote. Doch der Ruf nach

Repression schädigt auf lange Sicht nicht rechte Strukturen, sondern alle emanzipatorisch gesinnten Gruppen. Die wirksamste Strategie gegen den Zuwachs rechter Bewegungen und Parteien besteht im Eintreten für eine progressive Flüchtlingspolitik und eine damit einhergehende politische Isolierung der völkisch-nationalen Kräfte. Aktuell geschieht das Gegenteil: In einer beispiellosen Eile verabschiedet der Bundestag immer neue Asylrechtsverschärfungen. Ein ernsthafter politischer Widerstand aus der parlamentarischen Opposition ist nicht erkennbar.

Durch Asylrechtsverschärfungen werden rechte Positionen integriert statt zurückgedrängt. Wie der Soziologe Alex Demirovic schon Anfang der 90er treffend feststellte, sind rechte Kräfte nicht nur die Folge einer Krise, sondern ein wirkender Faktor. Die Asylrechtsverschärfungen der jüngsten Zeit schwächen rechte Akteure nicht, sie erweitern ihre potentielle Wählerbasis. Mit einer politischen Haltung, die sich der allgemeinen öffentlichen Hysterie widersetzen würde und konsequent für Menschenrechte einträte, könnten rechte Kräfte in die Schranken verwiesen werden.<

Maximilian Pichl
ist juristischer Mitarbeiter bei PRO ASYL

Einladung zur Pogromprobe

Wer meint, auf Bürgerversammlungen ließe sich erfolgreich um Verständnis für Asylsuchende werben, kennt dieses Land und seine Leute schlecht. Am Beispiel einer Informationsveranstaltung in Ottobrunn bei München zeigt sich das Elend. Von Caspar Schmidt.

Prolog:

Monatelang marschierten Neonazis 2015 durchs sächsische Freital. Große Teile der Bürgerschaft hielten „Mahnwachen“ mit einem sinnverwandten Anliegen ab. Im Hotel Leonardo sollten Geflüchtete unterkommen. Auf Facebook-Seiten wie „Bürgerinitiative Freital“, „Freital wehrt sich – Nein zum Hotelheim“ sowie „Frigida – Unsere Stadt bleibt sauber – Freital ist frei“ machten Freitaler Geflüchtete verächtlich und drohten mit Gewalt.

Ein wütender Mob empfing bereits die ersten Flüchtlingsbusse, von einer „pogromartigen“ Stimmung sprachen Polizei und Augenzeugen übereinstimmend. Geflüchtete wurden in den darauffolgenden Wochen durch die Straßen gejagt und geprügelt – das Hotel Leonardo war zahlreichen Anschlägen ausgesetzt.

Dem verrohten Klima wusste das Land Sachsen nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil. Anstatt die Banden zu zerschlagen, organisierten Staat und Kommune versehentlich deren Vermählung auf einer sogenannten Bürgerversammlung. „Wichtig ist, dass die Kommunikation mit den Menschen vor Ort gesucht wird“, halluzinierte der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) damals noch optimistisch eine Trendwende herbei.

Wie der Mob sich findet

Doch die staatlich organisierte Zusammenkunft auf einer „Bürgerversammlung“ verschärft das Problem in der Regel eklatant. Waschechte Neonazis und der Otto-Normal-Rassist, sogenannte „besorgte Bürger“ und die in ihren Löchern vereinsamten Internet-Haterinnen und -Hater sind ansonsten schwer zu organisieren. Selbst örtliche Neonazigruppen pflegen unterein-



ander häufig Feindschaften und würden ein gemeinsames Podium nur schwer hinbekommen.

Erst durch die staatlich organisierte Bürgerversammlung entsteht der Raum, in dem die rassistische Melange zueinander findet, wo sie sich vereinen und sich übergreifend organisieren kann; wo sie ein mediales Podium bekommt, das sie aus eigener Kraft nicht annähernd herzustellen im Stande wäre.

„Erfolg sieht anders aus“, räumte auch Innenminister Ulbig nach der Informationsveranstaltung in Freital ein, nun deutlich weniger optimistisch. Gründlich ausgebuht wurde der Innenminister im überfüllten „Kulturhaus Freital“. Zeuginnen und Zeugen berichteten später von tumultartigen Szenen und einem entschlossenen Mob. Nach Veranstaltungsende wirft ein Neonazi beim Herausgehen jubelnd die Arme in

die Höhe. Die Veranstaltung war ohne Frage ein Sieg über die mageren zivilisatorischen Restbestände in Sachsen und Freital.

Dorfgemeinschaft entkonsolidieren statt vereinen

Umso völkischer das Umfeld – und Unorte wie Freital sind völkische Hochburgen – umso irrer ist der Glaube, eine staatlich organisierte Zusammenrottung der Bevölkerung vor Ort könne sich irgendwie für und nicht gegen Geflüchtete wenden. Falls der Staat kein Interesse an brennenden Flüchtlingslagern hat, darf er nicht den Rahmen für die Verabredung von Neonazis und anderen Rassistinnen und Rassisten organisieren.

Aber nicht nur in Freital zeigt man sich von der Idee beseelt, die Bürgerschaft in Flüchtlingsfragen einzubeziehen. Wenn Staat und Kommunen etwas aus den

Pogromen von 92/93 gelernt hätten, so ist allenthalben zu hören, dann sei es mithilfe von Bürgerbeteiligungen die Bevölkerung bei der Einrichtung neuer Lager „mitzunehmen“ bzw. „abzuholen“. Dass das Ergebnis in der Regel scharf rechts ausschlägt, sei im Folgenden am Beispiel der Gemeinde Ottobrunn bei München nacherzählt.

Ottobrunn bei München entstand im Wesentlichen nach der Ansiedlung der aus den Ostgebieten nach 1945 ausgewiesenen Deutschen. Zuvor gab es außer ein paar Häuschen, Rüstungsindustrie und einem Außenlager des KZ-Dachaus nicht viel zu entdecken. Ökonomische Grundlage Ottobrunns sollte lange Zeit die Rüstungsindustrie bleiben. Allein die ehemalige NS-Rüstungsschmiede Messerschmitt (ab 1969 Messerschmitt-Bölkow-Blohm) zählte Ende der 80er-Jahre in Ottobrunn etwa 10.000 Beschäftigte und war die größte Arbeitsstätte der 20.000-Seelen-Gemeinde. Ottobrunn ist im Bundesvergleich heute eine wohlhabende Ortschaft mit einem hohen Anteil akademisch gebildeter Menschen.

Ausgangslage: Privatisierung des Elends

Eine Hochrechnung hat ergeben, dass der ehemaligen Flüchtlingskolonie Ottobrunn bis Ende 2016 insgesamt 572 Geflüchtete zugewiesen werden sollen. Das entspräche etwa 2,7 Prozent der derzeitigen Bevölkerung. Bürgermeister Thomas Loderer (CSU) wurde deshalb aktiv und spähte zur Ausschreibung einen Platz zwischen Sportpark, Industriezentrum und Autobahnauffahrt aus und bot es der flüchtlingsorientierten Dienstleistungsbranche an.

Den Zuschlag zur Miete des Fleckchens bekam das Architekturbüro Ehret + Klein. Die Starnberger Refugee-Newbies haben eine Holzhausserie für Geflüchtete entworfen, die von ihrer Ausgründung „Feel Home“ betrieben werden soll. 13 Häuser sollten es sein – für 416 Geflüchtete.

Nicht gegen Holzhäuser in brandschatzenden Zeiten, nicht gegen die Privatisierung des Elends, sondern gegen Häuser für Geflüchtete am Haidgraben überhaupt formierte sich eine Ottobrunner Bürgerinitiative. Am 13. Januar 2016 wollten Bürgermeister Loderer, Polizeihauptkommissar Armin Ganserer und Landrat Christoph Göbel (CSU) nun auf einer Bürgerversammlung für den Neubau werben.

Vorhang auf:

„Landschaftspark mit Menschen zupflastern“

Anders als in Freital ließen die Menschen im dicht gefüllten Wolf-Ferrari-Haus den Landrat, den Bürgermeister und die Starnberger Geschäftsleute artig vortragen. Anders als in Freital lauteten die Wortmeldungen auch nicht: „Die Kannibalen werfen ihren Müll aus dem Fenster!“ In Ottobrunn läuft das subtiler.

Prof. Dr. rer. nat. Dietrich Schwägerl bringt mit seiner Wortmeldung den Vogel des Jahres 2016 gegen Geflüchtete in Stellung: den Distelfink.¹ „Ödlandreste“ wie am Haidgraben seien für diese bedrohte Vogelart existenzielle Nahrungsgrundlage, erklärt der Professor hintersinnig. Anhaltender Applaus.

Ein weiterer Bürger beschreibt seinen vermeintlichen gesellschaftlichen Aufstieg: Er habe es sich hart erarbeitet, nicht mehr in Neuperlach sondern in Ottobrunn wohnen zu dürfen. Und jetzt bekomme er „etwas viel Schlimmeres als Neuperlach vor die Tür gesetzt“. Ottobrunn dürfe nicht „unseren Landschaftspark mit fremden Menschen zupflastern“. Lauter Beifall.

Eine „Kronzeugin“ meldet sich zu Wort. Sie habe selbst einmal in einem „Helferkreis“ für Flüchtlinge gearbeitet und wisse daher genau, dass „die uns nicht akzeptieren“. Und gleichzeitig „verarmen unsere Senioren. Das ist auch nicht sozial gerecht“. Was sich da scheinheilig als soziale Frage heranwanzelt, ist nichts anderes als die aktuelle NPD-Parole: „Das deutsche Volk zuerst.“

Ungebrochene Traditionslinien

Den Schutz „unserer“ Tiere dem Schutz von „anderen“ Menschen voranzustellen, ist im Übrigen die menschenverachtende Seite deutscher Heimatschutztradition. Auf der gleichen ideologischen Grundlage sorgten sich die Nationalsozialisten peinlich genau um Rothirschbestand, Artenvielfalt und ihren Schäferhund, während sie Menschen in Öfen verheizten.

Entmenschlichung ist ein weiteres Merkmal einer nationalsozialistischen Traditionslinie. Wenn Menschen zu „Asphalt“ insinuiert werden, mit denen „unser“ Landschaftspark zugepflastert wird, dann ist Vorsicht geboten: Jedem Pogrom ging seit jeher eine sprachliche Entmenschlichung voraus.

Der Mietpreisspiegel werde rapide fallen, die Kriminalität steigen, nachts könne man nicht mehr auf die Straße gehen – das und Ähnliches ist an diesem Abend in Dauerschleife zu hören. Der Mob hat sich eingeschwungen. Die Mitglieder der kleinen Gruppe „Helferkreis Asyl Ottobrunn/Hohenbrunn“ versinken immer tiefer in ihren Stühlen.

Innerer Friede der Gemeinde bedroht

Nach etwa drei Stunden nimmt ein Mitglied des Helferkreises allen Mut zusammen: „Wir müssen auf die Menschen zugehen“, fordert er die Versammlung zur Offenheit gegenüber Geflüchteten auf. Es folgen Johlen und Zwischenrufe. Die „Volksgemeinschaft“ hat sich konstituiert, da ist für Menschlichkeit kein Platz mehr. Wer zuvor noch unschlüssig war, ist spätestens nach diesen Stunden geballten Ressentiments auf Linie gebracht.

Die Debatte um hilfsbedürftige Menschen wird in Ottobrunn nicht anders behandelt als die Frage, wo die Riesen-Stinke-Müllhalde errichtet werden soll, die zudem Feuer spucken und kleine Kinder fressen kann. Wenige Tage nach der Veranstaltung wird Bürgermeister Loderer den Zeitungen vermelden, dass die Siedlung doch deutlich kleiner ausfallen wird als geplant. Um den „inneren Frieden der Gemeinde“ zu gewährleisten, so Loderer.

Epilog: Was bleibt, ist Mist

Bürgerinformationsveranstaltungen zu Asylunterkünften gehen in diesem Land notwendig nach hinten los. In der Bürgerversammlung stellt sich eine in anderen

Bereichen stellenweise noch tabuisierte menschenfeindliche Haltung als öffentliche Konsenshaltung dar. Gleichzeitig wird das Pogrom geprobt, der Rückhalt in der Bevölkerung im Falle von Übergriffigkeiten gegenüber Geflüchteten abgeklopft.

Überdies vermittelt eine solche Veranstaltung den Eindruck, bei der Unterbringung von Geflüchteten ginge es um eine Frage, die im basisdemokratischen Diskurs entschieden wird. Wenn über das Leben von Geflüchteten in dieser Gesellschaft basisdemokratisch entschieden würde, dann lebten Asylsuchende in ehemaligen, alten Kasernen in Deutschlands Einöden oder kämen gleich an den Grenzzäunen um. Wer unter diesen Umständen Basisdemokratie fordert, nimmt die Barbarei wissentlich in Kauf.

Das zentrale Problem bleibt allerdings das Zusammenkommen reaktionärer Kräfte. Örtliche AfD- und NPD-Kader, die ansonsten keine nennenswerte Verbreitungsplattform hätten, können sich auf Bürgerversammlungen in Szene setzen, sich mit Internet-Hassgestalten und völkischen Teilen der Bürgerschaft überhaupt erst verabreden und verbrüdern. Zu gewinnen gibt es dort für antirassistische Politik nichts.

Ob in Freital, Berlin-Hellersdorf, Tröglitz oder Ottobrunn (in spe): Auch wenn sich das Auftreten der örtlichen Bürgerinnen und Bürger in der Form unterscheidet, so bleibt das Ergebnis der Bürgerversammlungen in der Regel das Gleiche: Dem lieben Frieden zuliebe wird die regionale Abschottungspolitik gegen Geflüchtete verstärkt.<



Caspar Schmidt
Ist freier Journalist und Intellektueller und verfasst regelmäßig Polemiken für die Hinterland und vertreibt sich ansonsten gerne im Münchner Westend seine Zeit.

¹ Vogelliebe wird in Ottobrunn großgeschrieben. So gibt es heute, wo ehemals das Außenlager des KZ-Dachau in Ottobrunn lag, eine Zaunkönig-, Drossel-, Grasmücken- und Zeisigstraße. Direkt daneben erinnern Straßennamen an die „tragische“ deutsche Geschichte. Nämlich rufen eine Pommern-, Ostpreußen- und eine Sudetenstraße die „Vertriebenen“ aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in Erinnerung. Mehr gerade zum Thema Sudetendeutsche und Co. ist in der in Hinterland #22, „Hotzenplotz' Erben“ nachzulesen (<http://www.hinterland-magazin.de/pdf/22-40.pdf>)



**„Bahnhöfe sind für mich immer
spannend und gleichzeitig
auch gefährlich“**

Hamun Tanin ist nicht nur Politikwissenschaftler sondern auch ein ausgesprochener Überlebenskünstler. Er und Matthias Weinzierl sprechen über ihre Erlebnisse mit dem Mob, Pegida von links, Eins-zu-Eins-Betreuung, die Büchse der Pandora und gute Satire.

Matthias: Hamun, bevor wir loslegen, möchte ich noch die Standard-Dumpfbacken-Fragen abarbeiten, denn du hast einen Migrationshintergrund und da ist das ja quasi Pflicht. Also: Woher kommst du? Wie lange bist du schon da und wie gefällt es dir hier?

Hamun: Das Licht der Welt habe ich im sogenannten Schurkenstaat und auch schon als Terrornest bezeichneten Afghanistan erblickt und bin seit knapp 23 Jahren in Deutschland. Seit 2009 lebe ich in Bayern.

Du kannst ja schon sehr gut Deutsch, wie mir auffällt.

Danke, du auch. Was in Bayern nicht immer selbstverständlich ist.

Danke.

Bitte.

Wo warst du vor Bayern?

In NRW, im Siegerland.

Wie schön.

Um die Ecke, im Sauerland, wurde der Film „Antichrist“ von Lars von Trier gedreht, und es ist genau so düster dort wie im Film.

Wie alt bist du?

33 Jahre.

Du bist also als relativ kleiner Pimpf hierhergekommen.

Genau.

Einstieg abgeschlossen. Wo begegnet dir also der Mob in deinem Alltag?

Wenn ich am Münchner Ostbahnhof aus- und umsteige, treffe ich zu

bestimmten Uhrzeiten auf einen Mob, umgeben von einer bestimmten Atmosphäre und einem bestimmten Geruch. Aber auch in der Düsseldorfer Altstadt und auf der sympathischen Wiesen in Rosenheim gibt es den Mob. Es erinnert daran, was Elias Canetti in *Masse und Macht* beschreibt. Wenn ich an Bahnhöfen bin, ist es für mich immer spannend und gleichzeitig auch gefährlich.

Was meinst du mit gefährlich?

Da tummeln sich schwer einzuschätzende Menschen, die möglicherweise Drogen oder Alkohol zu sich genommen haben. Und dort sind ja nicht nur Ausländer. Auch deutsche Staatsbürger (*lacht*), die für mich eine große Gefahr bedeuten. Die Bundespolizei ist ebenso ein Mob für mich. Früher war es ein Mob, weil es immer diese Pass-Kontrollen und damit verbundene Erniedrigungen gab.

Du kommst vom Land. Gibt es hier häufiger Anfeindungen als in der Großstadt?

Ein Beispiel. Ich bin einen Gehweg entlanggelaufen, wo Jugendliche saßen. Als ich am nächsten Tag den selben Weg gelaufen bin, stand an dieser Stelle auf einer Tafel geschrieben: „Hau ab Kanake.“ Mir war sofort klar, von wem das stammt. Diese Art rassistischer Erfahrung mache ich auf dem Land.

Das ist ja eine Eins-zu-eins-Betreuung.

Ja genau. Was bedeutet das für mich? Ich entwickle Hass- und Rachegefühle. Und wie sollte ich damit umgehen? Wenn ich diese Person immer wieder sehe, denke ich mir: „geh sterben“ oder „ich kann dir auch dabei helfen, dass du stirbst.“ So ungefähr ist dieses

Verteidigungsgefühl, das aus einer Gefahr-Perspektive herauswächst.

Diese Rachegefühle spielen sich ja eher in deinem Kopf ab. Wenn du das zu dir sagst, dann hat das für den anderen erst einmal keinerlei Auswirkungen. Aber wie bekommt man diesen Ärger eigentlich wieder los?

Wenn du im Exil lebst, als Ausländer und Fremder ist das permanent da, das bekommst du nicht raus. Nicht nur in Bayern, auch insgesamt in Deutschland oder woanders. Das ist ein Kampf, den du aufgenommen hast, oder den deine Eltern dir in die Schuhe gesteckt haben. Damit musst du nun rumlaufen.

Ich erlebe gerade einen unglaublichen Flashback. Ich fühle mich sehr an die 1990er erinnert, da war es auch so, dass man sich in einer allgemeinen Bedrohungssituation befunden hat. Es ist eine Belastung, die Nachrichten zu verfolgen: wir hören ständig von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, Migranten und Asylbewerber. Das Debattenklima ist unterirdisch. Ich empfinde auch eine permanente Anspannung, die ich nicht loswerde. Das muss in deiner Situation doch unerträglich sein.

Schon, weil ich persönlich betroffen bin, dazu Politikwissenschaft studiert habe, in der Politik arbeite und ich mich in diesen Dreck reinbegeben habe. Ich finde das Ping-Pong-Spiel zwischen den etablierten Parteien, deren Politikern und den Rechtsradikalen gefährlich. Sie spielen sich die Bälle zu, wie ein eingespieltes Team und zerstören so die demokratischen Grundfesten dieses Landes. Die Opfer sind: Die Zivilgesellschaft, die Flüchtlinge, die Schutzsuchenden und Menschen, die sich für Flüchtlinge

einsetzen. Wir hatten natürlich auch die Phase, als Menschenmen-gen an den Bahnhöfen geklatscht haben - die empfand ich übrigens auch als Mob. Da wird geklatscht und gleichzeitig sterben Menschen auf der ganzen Welt. Das passt nicht zueinander.

Wie sehen denn Strategien dagegen aus? Wir erleben das ja auch im Flüchtlingsrat. Es gibt Anschläge und regelmäßig bekommen wir Schmäh- und Pöbelbriefe. Eine Strategie war, dass Schauspieler der Münchner Kammerspiele diese Beleidigungen - ähnlich wie bei den Hate-Poetry-Veranstaltungen - öffentlich vorgelesen haben. Dann habe ich mich neulich mit dem Kabarettisten Frank-Markus Barwasser unterhalten - der sagt, dass angesichts der momentanen Situation das Kabarett an seine Grenzen stößt und er keine Lust mehr hat, witzig sein zu müssen angesichts dieser katastrophalen Rahmensituation. Er hat das Gefühl, keinen Schritt weiterzukommen. Dieses Gefühl teile ich. Du kommst ja ebenfalls aus einer künstlerischen Ecke. Gibt es Ventile, die du nutzen kannst?

Hinterland ist für mich so ein Ventil, die Sache zu verarbeiten. Es ist schon so, dass es Möglichkeiten geben muss, die Wut rauszulassen. Es muss uns klar sein, dass es hegemoniale Strukturen gibt, die Rassismus und die Angst vor den Fremden aufrecht erhalten. Das gehört leider zu einer Demokratie dazu. Und zugleich müssen wir dafür kämpfen, das demokratische Zusammenleben und die Auseinandersetzung mit Angriffen auf die Demokratie kritischer zu sehen. Egal wie wir das verarbeiten, ob künstlerisch, politisch oder aktivistisch. Wir müssen das tun, sonst können wir nicht überleben.

Aber das wie. In Kreisen der Erreichbaren, heißt es: aufklären und Fakten gegen Vorurteile sprechen lassen. Andererseits gibt es Kreise und Personen, da können wir uns auf den Kopf stellen und werden keinen Millimeter Bewegung erreichen. Du bist ja auch in der Landespolitik sehr aktiv. Wie gehst Du denn mit dieser Art von Mob um? Denn was die letzten Monate aus der bayerischen Staatskanzlei zu hören war, und auch im bayerischem Landtag, ist ja nur die Speerspitze der Polemiken in Bayern.

Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion im Landtag ist für mich auch ein Mob, ein gefährlicher. Es ist eine Tragödie - klassisch

die Homophobie der Fremden, die nehmen wir wahr, die Homophobie in unserer eigenen Kultur nicht

griechisches Format. Gleichzeitig hatten auch die antiken Schriftsteller Hoffnung. Weil mit jeder Tragödie, die zu Ende geht, immer auch ein Hoffnungsschimmer zu erkennen ist. Das muss uns am Leben halten.

Wenn ich politische oder künstlerische Aktionen starte, habe ich die Hoffnung, damit Menschen zu erreichen. Ich denke das auch egoistisch und sage mir: ich mache das Alles, damit es für mich erträglich wird. Als ich zum Beispiel in Griechenland war, um bei einem Dokumentarfilm über junge Flüchtlinge mitzuwirken, die dort hängen geblieben sind, da sagte mein Vater zu mir: „Weißt du überhaupt was du machst? Weißt du überhaupt, was für Kräfte da

aktiv sind? Die zermalmen dich. Für die bist du überhaupt extrem unbedeutend und Du kannst auch überhaupt nichts ändern.“ Aber natürlich hat der Film Menschen erreicht, als er gezeigt wurde. Ein Hoffnungsschimmer.

Vor zwei, drei Jahren gab es eine nennenswerte Bewegung von Flüchtlingsprotesten. Da haben Leute, die in den Unterkünften mit einer Duldung festsäßen, angefangen, ihre eigene Stimme zu entdecken, Protestaktionen zu machen. Sehr radikal und im Nachhinein auch erfolgreich. An so etwas ist mittlerweile nicht mehr zu denken. Würden Flüchtlinge heute an einem öffentlichen Platz protestieren, würde der Mob sie niederbrüllen, da bin ich mir ziemlich sicher.

Flüchtlingsprotesten wurden zum Beispiel von der bayerischen Staatsregierung besonders leidenschaftlich abgelehnt. Es war die Rede von: Wir lassen uns nicht erpressen. Das war dann die lautere Botschaft, die

vernommen wurde, und nicht die der Flüchtlinge, die rufen: Wir wollen raus aus den Lagern, wollen arbeiten und in Freiheit leben. Andererseits hat sich gezeigt, dass Proteste und Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit möglich sind. Ich denke da auch an die Sklavenaufstände auf Haiti und in den Quilombos in Brasilien. Sie wurden niedergeschlagen, ihre Idee der Gerechtigkeit wurde später zerstört. Dennoch waren sie Wegbereiter gegenwärtiger Menschenrechtskonzepte.

Inzwischen gibt es auch einen importierten Mob. Russlanddeutsche etwa. Als das Gerücht ging, einem dreizehnjährigen Mädchen wäre etwas angetan worden, kam es in Regensburg Anfang 2016 zu

Demonstrationen und Kundgebungen gegen Flüchtlinge. Auch die neu ankommenden Menschen sind unter Garantie nicht ausschließlich weltoffene und liberale Geister. Was sagst du dazu?

Ja, die Homophobie der Fremden, die nehmen wir wahr, die Homophobie in unserer eigenen Kultur nicht. Das ist nach Köln ganz deutlich geworden. Gleichzeitig bekomme ich mit, wie Migranten, die schon lange hier leben, nun die Flüchtlinge, die gerade erst ankommen, als Konkurrenz ansehen. Auf dem Arbeits-, dem Bildungs- und Wohnungsmarkt. Viele Migranten versuchen, die besseren Deutschen zu sein. Die Mitglieder dieser Migranten-Communities sind eigentlich nie ganz angekommen. Sie wurden selbst nicht respektiert und versuchen heute, einem diffusen Weltbild zu entsprechen.

Jetzt bist du aber trotz allem hier irgendwie angekommen. Fühlst du dich dennoch fremd?

Ankommen und sich wohl fühlen, das sind emotionale Angelegenheiten. Von den Institutionen wird das Rationale bestimmt. Die Leute, die hier ankommen, schließen zum Beispiel Freundschaften. Aber das ist alles auf emotionaler Ebene. Die rationale ist die institutionelle Ebene, und das ist viel stärker und lässt keine Emotionen zu. Es ist zu kalt.

Du hast hier Familie und Freunde. Wird dieses emotionale Geflecht durch die rationale institutionelle Ebene überschattet: wenn sich dort die Koordinaten zu deinen Ungunsten verschieben, bedroht es dein emotionales Geflecht auf existenzieller Weise? Ist das die Hintergrundmusik zu deinem Leben, die du nie abschalten kannst?

Ich glaube schon, dass viele Migranten, Flüchtlinge und Menschen im Exil das so durchleben. Natürlich gibt es auch eine andere Facette des Fremdseins: Das Verstauen der Gefühle in einer Büchse der Pandora. Wer solch eine Büchse vollstopft, verkommt am Ende noch zum emotionalen Zombie. Die Nicht-Akzeptanz in der Gesellschaft, die Nichtverarbeitung der eigenen Traumata führt zu den Protesten der Russlanddeutschen und den Anschlägen in Paris beziehungsweise Brüssel. Erkenntnisse der Wissenschaft besagen: Die zweite und auch die dritte Generation der in den 50er und 60er Jahre Eingewanderten sind nicht wirklich angekommen. Sie schweben zwischen zwei Kulturen. Sie werden von falscher Seite angesprochen und für ihre Zwecke missbraucht. Die Demokratie muss gestärkt werden, damit sie größere Anziehungskräfte auf diese Leute ausübt. Leider haben wir heute eine andere Realität: Wir produzieren Terroristen und religiöse Analphabeten, die sich gegen uns selbst wenden.

Ich schließe die Leute so lange aus, bis sie sich von mir distanzieren und dann wundere ich mich.

Bei den Aktivisten und Flüchtlingshelfern müssen wir auch aufpassen. Damit meine ich die Vereinfachung, wie auch die Demonstrationen für Flüchtlinge in München. Oder das Geklatsche an den Bahnhöfen. Das finde ich keine Gegenbewegung, sondern würde ich als Pegida von links bezeichnen, weil es ein auf sich bezogenes Geklatsche ist. Natürlich bringe ich Wasser und Schlafsäcke. Das wäre aber eigentlich Aufgabe des Staates. Also muss ich den Staat kritisieren. Dann muss ich da reingehen, wo es eigentlich weh tut. Aber das wird nicht gemacht. Denn wenn ich da angreife, wo es

weh tut, dann tue ich mir selbst weh und das möchte ich ja nicht.

Kann Satire helfen?

Nur wenn es ekelhafte Satire ist, eine, die dich zum Stolpern bringt. Als wir das Bavarian-Taliban-Projekt gemacht haben, wurde es für uns ungemütlich. Sobald du es gemütlich hast, bist du kein (Überlebens-)Künstler mehr. Bei guter Satire muss man lachen und an diesem Lachen fast ersticken.



Pedestrian Kraut Mob

Was eine Gruppe professioneller Straßenmusiker beim Musizieren so alles beobachtet und wie sie ihre Gelegenheits-Zuhörer beeinflussen. Von Steffen Müller

Auch wenn es uns zuallererst darum geht, unseren Lebensunterhalt durch Musizieren zu bestreiten, bemerken wir doch immer wieder eine gewisse Macht, eine Narrenfreiheit bei unserem künstlerischen Tun. Gemessen an den zuweilen recht einfachen popkulturellen Mitteln, die wir verwenden, ist es mir manchmal sogar ein wenig peinlich, welche Aufmerksamkeit wir durch unsere Musik auf uns ziehen. Gleichzeitig macht es aber auch einfach Spaß. Trotzdem: Man muss schon eine Neigung dazu spüren. Dem Autor dieser Zeilen liegt das vergleichsweise eher weniger. Ich bin bei unseren Auftritten zwar im Mittelpunkt des Geschehens, falle dort aber nicht weiter auf, denn ich kann mich meist hinter meinem Instrument, einem Kontrabass oder einem Banjo verstecken. Meine Funktion ist es, gemeinsam mit dem Akkordeonisten und dem zweiten Kontrabassisten für Rückhalt, die richtige akustische Kulisse und Stabilität zu sorgen, damit die Kollegen weiter vorne Ihren Job zuverlässig erfüllen können.

Die Hauptfiguren in der ersten Reihe sollten für ihre Aufgabe hingegen den natürlichen Hang besitzen, gerne im Mittelpunkt zu stehen, von sich, ihren Ansichten und Talenten (die nicht gezwungenermaßen echten Sinn und Zusammenhang ergeben müssen) felsenfest überzeugt. Und hundertprozentig stehen sie hinter dem, was sie da tun oder können es zumindest perfekt vortäuschen. Wenn einen die eigene Sozialisation schon zum Alphonse hat werden lassen und man dann auch noch zu Exaltiertheit neigt, ist das eine gute Voraussetzung. Auch Schlagfertigkeit ist von großem Nutzen.

Unser Anliegen:
eine Menschenmasse anzuziehen
und auszunehmen!

Diese „charismatischen Figuren“ sind wichtig für unsere Hauptanliegen: eine Menschenmasse anzuziehen und auszunehmen! Und sie sind wie dafür gemacht. Ein studierter klassischer Geiger als (zuweilen singender) Showmaster (er selbst versteht seine Funktion als Dompteur), ein frauenaffiner Soulsänger hinter dem Klavier und verschiedenen Schlaginstrumenten, befähigt in verschiedene Rollen populärer afroamerikanischer Musiktradition zu schlüpfen (zugegebenermaßen aber auch in recht profane zeitgenössische Popmuster, ohne die es leider nicht geht), und ein weiteres Unikum: Schlagzeuger, Entertainer, Sänger, Mundharmonikaspieler und Schauspieler in Personalunion. Dazu noch zwei oder drei der oben beschriebenen zuverlässigen Begleitmusiker – fertig ist das potentielle Handmade-Auftragsmodell, ganz ohne Social Media.

Diese drei Frontleute, die sozialpsychologisch und kulturell allesamt einen völlig unterschiedlichen Hintergrund mitbringen, bilden den sichtbarsten Teil unseres Unternehmens: einem Pop-Mashup-Straßentheater! Rein wirtschaftlich gesehen profitieren wir von der Tatsache, dass dem Globus derzeit eine Ressource ganz sicher nicht ausgeht, nämlich Menschen. Das heißt für uns: Eine amorphe und bunt durcheinander gewürfelte Menschenmasse, die sich aus allen möglichen Individuen zusammensetzt, die in Fußgängerzonen flanieren gehen, etwas Zeit mitbringen und

vielleicht nicht so genau wissen, wonach sie eigentlich suchen, für die es jedoch, unbewusst oder bewusst, eine Option ist, unterhalten zu werden.

Unsere Mittel sind dabei hauptsächlich Musik und Schauspiel, wesentlich ist aber auch das Entertainment. Alles was wir dabei tun, kommt aus unserer eigenen empirischen Publikumsforschung oder ist weitergegebene Erfahrung und Wissen um den gerade passenden Effekt, der einem die nötige Aufmerksamkeit verschafft. Musik spricht alle Menschen an. Wohlklang wird überall auf der Welt gleichermaßen verstanden. Das bestätigt uns unser Arbeitsalltag. Dort begegnen wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen jeglicher Herkunft, Kopftuchträgerinnen, scharenweise jungen italienischen Tourist_innen, reichen Schnöseln und Clochards, fotoknipsenden Asiat_innen, Menschen, die die Kamerafunktion ihrer Handys an uns ausprobieren, Leuten die mal was mit Medien machen wollen und uns interviewen, junge Nerds, alte Nerds, Freunde und Leute, die, wenn auch nicht zu Freunden, zumindest zu bekannten Gesichtern werden.

Es reicht nicht, sein Instrument zu beherrschen

Als der Autor dieser Zeilen vor Jahren anfang, die Straße zur Bühne zu erklären, erkannte er bald, dass es dort nicht ausreicht ein Musikinstrument auf gehobenem Niveau zu beherrschen. So blieb der Ertrag hinter den Erwartungen zurück, obwohl mich hochqualifizierte Musiker begleiteten. Es wurde erst ab dem Zeitpunkt besser, als mich ältere, professionelle Kollegen osteuropäischer Herkunft abwarben, die zu Hause teils in Orchestern arbeiteten und zugleich jahrelange Erfahrung als Straßenmusiker besaßen. Jetzt erst lernte ich, dass Sprache, also Ansagen zwischen den Musikstücken, die etwas über das gerade Gehörte – oder noch zu Hörende – erzählen, eine wichtige Ergänzung zur Musik bilden. Die Abwechslung von Musik und Sprache hält die Leute auf jeden Fall bei der Stange. Helge Schneider zum Beispiel, der erst als reiner Jazzmusiker arbeitete, konnte aus verbalen Intermezzi zwischen seinen Klavierimprovisationen schließlich seine breite humoristische Ader zu voller Blüte entfalten, als ihm auffiel, dass die Leute im Publikum nach oder während seinen Ansagen immer so komisch kichern.

Eine Gruppe von Lauschern ist ein Publikum

Der Klang lockt Menschen an, dies ist der erste Schritt. Der zweite, schwierigere ist, diese Masse näher zu bitten und zu halten und mit der Musik, der Show und den Worten dauerhaft in den Bann zu ziehen. Und der dritte Schritt ist für uns natürlich, diese Masse dazu zu bewegen uns Geld zu geben. Richtig dafür ins Zeug legen muss man sich immer. Unser Ziel ist es, dass sich eine „crowd“, also eine Menschenmenge, ein Gedränge oder ein Auflauf, in eine „audience“ (lat. audire im Sinne von „lauschen“), ein Publikum verwandelt. Auch das gelingt, wenn man nach einer reizüberfüllten Show mit viel Bewegung und Publikumsteilnahme ruhigere, klassische Töne anschlägt.

Applaus nach Rezept

Anscheinend besteht in weiten Teilen der Bevölkerung eine ständige Bereitschaft, Teil einer sich hingebenden Menschenmenge zu werden und sich buchstäblich zu etwas bewegen zu lassen. Einfachstes Beispiel ist der Applaus. Es scheint ein instinktives Klatschen zu geben, wenn ein Stück vorbei ist. Wer hat nicht schon einmal nach dem Genuss einer Live-Performance geklatscht, auch wenn einem diese inhaltlich vielleicht gar nicht so zugesagt hat? Einfachstes Rezept: Ein nach und nach lauter werdendes Musikstück endet mit einem bombastischen Schlussakkord in Dur – die Leute werden unmittelbar danach frenetisch applaudieren. Ein Stück, das allmählich immer leiser wird, erntet im Gegensatz dazu erst einmal verhaltenen Applaus. Es klappt nahezu immer! Manchmal hat man das Gefühl, es mit einem Organismus zu tun zu haben, einer Art Erweiterung des eigenen Körpers, der die gewünschten Ergebnisse liefert, wenn man ihn nur richtig behandelt und ernährt.

Dass sich Menschaufläufe bilden und mit wie viel Frechheit man den Leuten begegnen kann, wenn man sie erst einmal begeistert hat, erstaunt mich regelmäßig aufs Neue. Zum Beispiel wenn unser Sänger immer wieder laut in das Handy eines telefonierenden Zuschauers brüllt. Im Allgemeinen wird das mit Lachern quittiert – sowohl von Seiten des Opfers als auch der Menge. Überhaupt lässt sich das Publikum gerne im diktatorischen Befehlston anbrüllen: „Hiergeblieben!“ „Ruhe jetzt!“ „Wir sind hier nicht zum Spaß!“ Ein zuweilen martialisches Auftreten scheint die Menge nicht zu stören, sie genießt es geradezu. Da fragt man sich manchmal, ob es auch okay wäre jemanden zu verprügeln.

Wer sich selbst disqualifiziert, wird Teil der Show

Da wir in Fußgängerzonen auftreten, kann sich immer alles schlagartig ändern. Das Wetter gehört dabei noch zu den berechenbarsten Ereignissen. Von Menschen gemachte Aufmerksamkeits-Machthaber übernehmen ungefragt das Ruder: Kirchenglocken und Blaulicht-sirenen. Und oftmals begegnet uns dann auch der wahre Mob in Gestalt betrunkenen Horden Fußballfans und Oktoberfestbesucherinnen und Besucher, oder Jungesellinnen- und Jungesellenabschiede mit Ghettoblaster. Da sich solche Gestalten durch Ihr Verhalten jedoch meist selbst disqualifizieren, werden sie automatisch Teil der Show. Doch auch wir können uns von außen betrachtet in einen für andere unliebsamen Mob verwandeln: Einzelne Straßenmusikerinnen und Straßenmusiker, die uns den Platz streitig machen wollen, sind schon alleine dadurch eingeschüchtert, dass wir immer mindestens zu viert sind.

Das Verfolgen politischer Absichten über die künstlerische Message hinaus ist innerhalb unserer Gruppe hin und wieder Thema. Dass das mitunter zu Skurrilitäten führen kann, haben wir jedoch auch schon erlebt. Zur Zeit der Demonstrationen auf dem Taksim Platz in Istanbul 2013 wurden wir eingeladen, bei einer Kundgebung in München zu spielen. Das Interessante daran war, dass sich die Menschenmenge, die vor uns Platz nahm, um uns zu lauschen, nach einiger Zeit lautstark türkische (oder kurdische?) Freiheitskampfpapieren rief, wir aber kein Wort von all dem verstanden.

Die für uns mitunter angenehmste Seite der Zuhörer ist natürlich der Applaus. Aber auch andere Formen der Zustimmung zu ernten ist angenehm, vor allem, wenn mal wieder ein grölender Mob Fußballfans vorüber zieht, wir jedoch gerade ein akustisch ruhigeres Umfeld benötigen. Dann wird das gewonnene Publikum zu einer Schutzzone und lässt sich, vor allem, wenn es im Idealfall schon zuvor zum Mitsingen motiviert wurde, bereitwillig zu einer gemeinsamen Geste dirigieren, die da lautet:
Dompteur: „All together: Psssst!“
Publikum: „Sssshhh....!!!“

St. Müller
*ist Jazzmusiker,
macht seit 14 Jahren
in unterschiedlich-
sten Formen
Straßenmusik und
lebt und arbeitet
hauptsächlich in
München.*
konnexionbalkon.com
sankt-mueller.net



Der Datenmopp

Effizient wie ein neuer Wischmopp saugt das kürzlich in Kraft getretene Datenaustauschverbesserungsgesetz eine Flut verschiedenster Daten von Geflüchteten auf. Wird damit tatsächlich Verwaltungshandeln und Integration erleichtert? Den Irrglauben, allein mit der richtigen IT-Lösung alle Herausforderungen im Umgang mit Schutzsuchenden quasi automatisiert meistern zu können, hinterfragt Dirk Burczyk

Das Anfang Februar dieses Jahres in Kraft getretene Datenaustauschverbesserungsgesetz führt zur effizienteren Verwaltung von Geflüchteten zwei neue Instrumente ein: das sogenannte „Kerndatensystem“ und den „Ankunftsnachweis“, der via QR-Code den Zugriff auf das Kerndatensystem durch Behörden herstellt. Damit ist eine neue Qualität in der „Verdatung“ von Asylsuchenden erreicht, die vor wenigen Jahren noch undenkbar schien. Von der aktuellen Adresse bis zur Bildungskarriere wird alles zentral gespeichert und ist für zahlreiche Behörden abrufbar.

Das Kerndatensystem enthält deutlich mehr Daten als bislang im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst wurden (siehe Kasten). Zugleich können nun Behörden direkt auf Daten zugreifen, die sie bislang nur auf Anfrage erhielten. Um wenigstens formal den Datenschutzanforderungen zu genügen, haben die jeweiligen Behörden nur Zugriff auf diejenigen Daten, die für

Bislang im Ausländerzentralregister (AZR) gespeicherte Daten:

- *speichernde Stelle*
- *Speicheranlässe*
- *Angaben zur Person*
- *Angaben zum Ausweispapier*
- *letzter Wohnort im Herkunftsland*
- *freiwillige Angaben zur Religionszugehörigkeit und*
- *Staatsangehörigkeiten von Ehemännern und Ehefrauen und Lebenspartnerschaften.*

Der neue sogenannte „Kerndatenbestand“ umfasst jetzt zusätzlich:

- *Fingerabdrücke*
- *Größe und Augenfarbe*
- *Seriennummer des Ankunftsnachweises*
- *begleitende Kinder und Elternteile mit vollständigen Namen*
- *Staat, aus dem die Einreise in die Bundesrepublik erfolgte*
- *Anschrift im Bundesgebiet*
- *Bundesland, auf welches die Verteilung erfolgt ist*
- *freiwillige Angaben zu Telefonnummern und Email-Adressen*
- *zuständige Behörden im Aufnahmeverfahren/ zu ständiges Jugendamt*
- *Nachweis der Gesundheitsuntersuchung mit Ort und Datum*
- *durchgeführte Impfungen mit Ort und Datum.*





ihre Aufgabenerfüllung erforderlich sind, und die jeweils gesondert gespeichert werden (siehe Kasten).

Wer beispielsweise auf welche Daten zugreifen kann:

1. Gesundheitsämter:
erfolgte Impfungen und durchgeführte Untersuchungen im Rahmen der Seuchenprävention
2. Erbringer von Sozialhilfe sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz:
Gesundheitsdaten, Daten zum Stand des Asylverfahrens, zu Sprachkenntnissen, zu Bildungsabschlüssen, zum Besuch eines Integrationskurses
3. Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter:
weitgehend die gleichen Zugriffsrechte wie unter 2, bei ihnen fallen lediglich die Gesundheitsdaten weg
4. Jugendämter: *im Rahmen ihrer Zuständigkeit Daten zu Minderjährigen, lediglich der Zugriff auf Daten zum Bildungsstand bleibt ihnen verwehrt*

Grund für die Schaffung des neuen Kerndatenbestands waren wesentliche Effizienzverluste durch untereinander nicht kompatible Datenverarbeitungsprogramme der beteiligten Behörden. So mussten zum Beispiel häufig von der Bundespolizei bereits registrierte Asylsuchende beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch einmal registriert werden. Ziel war deshalb die „medienbruchfreie“ behördenübergreifende Kommunikation, die sich einfacher und schneller über ein neues zentrales Datensystem als über eine konsolidierte IT-Infrastruktur der Behörden herstellen lassen sollte. Ob allerdings die datenschutzrechtlich erforderliche Aktualisierung der Daten (beispielsweise bei einem Umzug etc.) bei einer solchen Vielzahl von Behörden und Daten funktionieren wird, kann bezweifelt werden.

Neu: Der fälschungssichere Ankunftsnachweis

Damit die Behörden die Identität und die zugehörigen Datensätze der Asylsuchenden sicher feststellen können, erhalten diese einen fälschungssicheren „Ankunftsnachweis“ mit Lichtbild, Angaben zur Person und einem QR-Code. Zusätzlich werden die Fingerabdrücke über die Asyl-Fingerabdruckdatei des BKA zentral erfasst.

Der Ankunftsnachweis, in den Medien irreführend auch als „Flüchtlingsausweis“ bezeichnet, gilt zunächst für sechs Monate und kann dann zweimal um jeweils drei Monate verlängert werden. Mit diesen für ein

Übergangspapier relativ langen Fristen sollen die Ausländerbehörden entlastet werden. Derzeit vergehen bis zu zehn Monate zwischen Einreise und Asylantragstellung beim BAMF.

Nach EU-Recht sind diejenigen, die einen Asylantrag stellen, nach drei, spätestens sieben Tagen zu registrieren. In Deutschland erhalten sie dann die „Aufenthaltsgestattung“. Derzeit vergehen aber mehrere Monate bis zur formalen Antragstellung beim BAMF. Der Aufenthalt gilt zwar auch so als gestattet, aber die Betroffenen sind eben nicht im Besitz der Aufenthaltsgestattung.

Der Berliner Flüchtlingsrat spricht deshalb von einem „zweigeteilten Asylverfahren“ – eines mit Gestattung, eines mit Ankunftsnachweis. Unklar sind die Rechtsfolgen. Dem Wortlaut nach knüpfen einige

Regelungen (Asylbewerberleistungsgesetz, Zugang zu Integrationskursen) an den Besitz einer Aufenthaltsgestattung an; andere an den gestatteten Aufenthalt (v.a. Fristen für das Ende der Residenzpflicht, Arbeitsmarktzugang). Bei der in Länderhoheit geregelten Schulpflicht gibt es mal diese und mal jene Regelung.

Wollte man für die betroffenen Menschen (und im Übrigen auch für die Behörden) Rechtssicherheit herstellen, müsste man entweder eine gesetzliche Klarstellung vornehmen oder das Naheliegendste tun: unmittelbar nach Stellen des Asylgesuchs formal den Asylantrag registrieren und die Geflüchteten mit einer Aufenthaltsgestattung ausstatten. Im März, Wochen nach Inkrafttreten des Datenaustauschverbesserungsgesetzes, wurde vom Bundesinnenministerium ein Entwurf zur gesetzlichen Klarstellung auf den Weg gebracht.

Oberstes Ziel: Die Optimierung von Verwaltungsverfahren

In diesem Zusammenhang aufschlussreich ist ein Blick auf die Reformprozesse der öffentlichen Verwaltung, die mittlerweile auch Asyl- und Ausländerbehörden erreicht haben. Gemeint ist damit der Umbau der klassischen, gern als behäbig und unflexibel verspotteten Verwaltung, deren wesentlicher Zweck die Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen und die Rechtswahrung der Bürgerinnen und Bürger war, hin zu einem Verwaltungsapparat, der sich in erster Linie an betriebswirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten orientiert.

Die wichtigste Vokabel bei der Vorstellung seines Konzepts: Produktivität

Für den entsprechenden Umgestaltungsprozess des BAMF und damit des gesamten staatlichen Aufnahme- und Asylsystems, konnte sich Bundesinnenminister Thomas de Maiziére wohl niemand Besseren aussuchen als Frank-Jürgen Weise, der das BAMF seit September 2015 leitet. Seit 2004 ist er auch Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA). In den Medien häufiger als Manager denn als Behördenleiter bezeichnet, realisierte er eine grundlegende Strukturreform: Die Bundesagentur für Arbeit sollte fortan nach dem Konzept des sogenannten New Public Management wie ein Unternehmen arbeiten, das sich als Dienstleister versteht. Aus Bürgerinnen

und Bürgern, die ihre rechtlichen Ansprüche wahrnahmen, wurden Kundinnen und Kunden. Und auch die Beschäftigten der BA hatten sich daran zu

gewöhnen, dass ihre Arbeitsleistung zur Effizienzsteigerung nun an vorher festgelegten Kennzahlen (Arbeitsvermittlungen, Quote verhängter Sanktionen bis hin zur Leistungskürzung auf null etc.) gemessen wurde.

Und so ist Weises wichtigste Vokabel bei der Vorstellung seines Konzepts „Produktivität“. Diese fehle im BAMF, bei den Beschäftigten und in den Prozessen. Die Unternehmensberatung McKinsey hat die Abläufe mit dem Ergebnis analysiert, dass das Asylverfahren theoretisch an einem Tag erledigt werden könne. Das ist zwar offensichtlich Unsinn, weil die Glaubwürdigkeit und Kohärenz von Angaben im Asylverfahren nicht an einem Tag überprüft werden können, aber sei´s drum. Dass Asylentscheidungen „nicht unter Druck getroffen werden“ sollten, so Weise im Innenausschuss des Bundestages, ist an dieser Stelle eine groteske Aussage, wenn den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugleich aufgegeben wird, statt drei zukünftig fünf Entscheidungen pro Tag zu fällen. Für ihre Beratungsleistungen für das BAMF erhielten McKinsey, Ernst & Young GmbH und Roland Berger GmbH bislang gut 11,5 Mio. €.

Erwünschte Nebenwirkung: Frühzeitige Aussonderung

Im Mittelpunkt der Überlegungen der neuen Hausspitze im BAMF (und der Beraterfirmen) steht die Effizienzsteigerung der Verfahrensabläufe unter dem Titel „Identitätsmanagement“. Ein Feldversuch fand mit dem sogenannten „Heidelberger Modell“ statt: Ab

Oktober 2015 wurden Asylsuchende nicht mehr wie bislang lediglich mit einer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende ausgestattet und dann ohne jede Registrierung auf die Kommunen verteilt. Stattdessen wurden sie zunächst verschiedenen „Bearbeitungsstraßen“ zugeordnet: Asylsuchende „mit guter Bleibeperspektive“ (Kategorie A), Asylsuchende aus „sicheren Herkunftsländern“ (Kategorie B), aus „übrigen Herkunftsländern“ mit längeren Zeiten für Informationsbeschaffung im Asylverfahren (Kategorie C) und Dublin-Fälle (Kategorie D). Personen aus den Kategorien B und D sollen möglichst noch aus dem Registrierzentrum abgeschoben werden, während alle anderen auf die Kommunen verteilt werden. Dieses „Clustering“ setzt eine frühzeitige und sichere Identifizierung voraus und für die weitere „Fallbearbeitung“ die umfassende Verfügbarkeit der Daten für alle beteiligten Behörden. Technisches Rückgrat dafür ist der neue Kerndatenbestand im AZR und die Einführung des Ankunfts nachweises.

Zwar ist es unbestreitbar, dass den Mängeln der Verfahrensbearbeitung im BAMF, nur durch Personalaufstockung, kurzfristig nicht mehr beizukommen war. Die Missstände im deutschen

Asylsystem sind auch nicht erst mit dem massiven Anstieg der Asylsuchendenzahlen im vergangenen Sommer offensichtlich geworden. Lange Wartezeiten zwischen Antragstellung und Asylanhörung, eine Verfahrensdauer von einem Jahr und mehr zumindest bei einzelnen Herkunftsländern, personelle Unterausstattung des BAMF waren schon seit Jahren bekannt.

Die politische Bewertung dieser Umgestaltung des deutschen Asyl- und Aufnahmesystems ist allerdings nicht so einfach: Eine schnellere Registrierung und Unterbringung ist einerseits sowohl im Sinne der Länder und Kommunen, die ihre Mittel so gezielter einsetzen können, als auch im Sinne der Betroffenen. Andererseits bedeutet es für Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftstaaten oder diejenigen, die über einen sicheren Drittstaat eingereist sind, dass sie tatsächlich innerhalb von zwei bis drei Wochen mit ihrer Abschiebung rechnen müssen. Zeit, sich zu orientieren, Hilfe und Beratung zu organisieren bleibt da kaum, jede Form der Integration ist politisch nicht gewollt.

Datenschutz war gestern
– heute ist Flüchtlingskrise

Ob dieser Fokus auf eine (Informations-)Technisierung aber überhaupt zu den erwünschten Verfahrensbeschleunigungen und besseren Integrationsaussichten führen wird, ist nicht ausgemacht. Eines ist jedoch schon abzusehen: massive datenschutzrechtliche Konflikte. Zu Recht bemerkte der Verwaltungsrichter Hans Hermann Schild in einer Sachverständigenanhörung des Bundestags, die vorgesehenen Änderungen „zeugten von einem ungebrochenen Glauben, mit Hilfe der EDV alle Probleme lösen zu können“. In der Entstehungszeit des Gesetzes über das Ausländerzentralregister (AZRG) Anfang der 80er Jahre „wäre die Aufnahme der meisten nun geplanten Informationen auf blankes Entsetzen gestoßen“.

Erschreckend ist nicht nur die Vielzahl der erhobenen und für lange Zeit gespeicherten Daten. Die Erfassung im Kerndatensystem beschränkt sich keineswegs nur auf Asylsuchende. Es werden auch all jene Daten erfasst, die bei unerlaubter Einreise oder unerlaubtem

Aufenthalt festgestellt werden, ohne ein Asylgesuch zu stellen. Der eklatante Widerspruch zum AZRG, das einen „nicht nur vorübergehenden Aufenthalt“ voraussetzt, hat im Gesetzge-

bungsverfahren zum Datenaustauschverbesserungsgesetz nicht interessiert.

Auch bleiben die Daten keineswegs nur während des Asylverfahrens gespeichert, sondern lange über den Zeitpunkt der Anerkennung hinaus. Löschrufen hat der Gesetzgeber nicht im Detail geregelt, sondern überlässt sie einer Verordnung der Bundesregierung – die pauschale gesetzliche Löschrufen sieht ein Löschen der Daten erst zehn Jahre nach Einbürgerung, bei Ausreise oder Tod vor.

Dennoch war der Widerstand der Datenschutzbeauftragten allenfalls verhalten. Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Andrea Voßhoff, erkannte in ihrer Stellungnahme an den Innenausschuss zwar richtig, „ein solch massiver Ausbau eines zentralen Registers [ist] insbesondere vor dem Hintergrund der Grundsätze der Datenvermeidung und der Datensparsamkeit besonders kritisch zu betrachten.“ Es bestünden aber „auch unter Berücksichtigung der aktuellen Situation [...] keine grundlegenden Bedenken gegen den Gesetzentwurf im Ganzen.“ Irgendwie halte sich alles noch gerade so in den Grenzen des Datenschutzes, Kritik äußerte sie allenfalls an Details.

Noch deutlicher als die Bundesdatenschutzbeauftragte formulierte es eine Landesdatenschutzbeauftragte in einem dem Autor vorliegenden Schreiben: „Hätten wir vor zwei Jahren, als andere Rahmenbedingungen herrschten, Gelegenheit gehabt, zu einem derartigen Entwurf Stellung zu nehmen, hätten wir dies sicherlich gerne und kritisch getan. Derzeit erscheint es uns aber unter den gegebenen äußerst schwierigen Bedingungen für die Ausländerverwaltung (...) nicht angemessen, eine grundlegende Kritik zu üben.“ In einer Situation, in der wesentliche Prinzipien des Datenschutzes für eine ganze Bevölkerungsgruppe aus vermeintlichen Effizienzgründen suspendiert werden, schweigen die Datenschutzbeauftragten, um nicht ins politische Abseits zu geraten.

Daten für Geheimdienste frei Haus

Wie in der aktuellen Debattenlage nicht anders zu erwarten, wird auch die Sicherheitssau mal wieder durchs Dorf getrieben – jeder arabische Geflüchtete ist heutzutage schließlich auf die eine oder andere Art ein Sicherheitsrisiko. Zukünftig sollen die Daten aller Asylsuchenden zur Prüfung von Sicherheitsbedenken an die Geheimdienste des Bundes sowie das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt übermittelt werden. Diese können die übermittelten Daten speichern und nutzen, soweit es „zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben“ notwendig ist – eine unbestimmte Generalklausel, die zu Missbrauch geradezu einlädt. Der automatisierte Zugriff der Geheimdienste auf die AZR-Daten bleibt zwar in der Theorie beschränkt, kann aber mit dieser Regelung de facto umgangen werden. Außerdem darf nun auch das Bundeskriminalamt automatisiert auf die AZR-Daten zugreifen, somit nicht allein auf die der Asylsuchenden, sondern aller Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

Ob das ganze Vorhaben die versprochenen „Effizienzgewinne“ überhaupt bringen wird, bleibt abzuwarten – die mittlerweile gemeldeten Fortschritte bei der (Nach-)Registrierung Asylsuchender gehen sicherlich auch auf das Konto der im Februar und März stark gesunkenen Zahl von Ankünften. Im Ergebnis sind die Betroffenen aber in erster Linie noch stärker als bislang schon Objekte staatlicher Datensammlung und Verwaltung, während der Schutz des auch für sie geltenden Rechts auf informationelle Selbstbestimmung auf der Strecke bleibt.<



Dirk Burczyk
ist Referent für
Innenpolitik der
Fraktion DIE LINKE
im Bundestag.

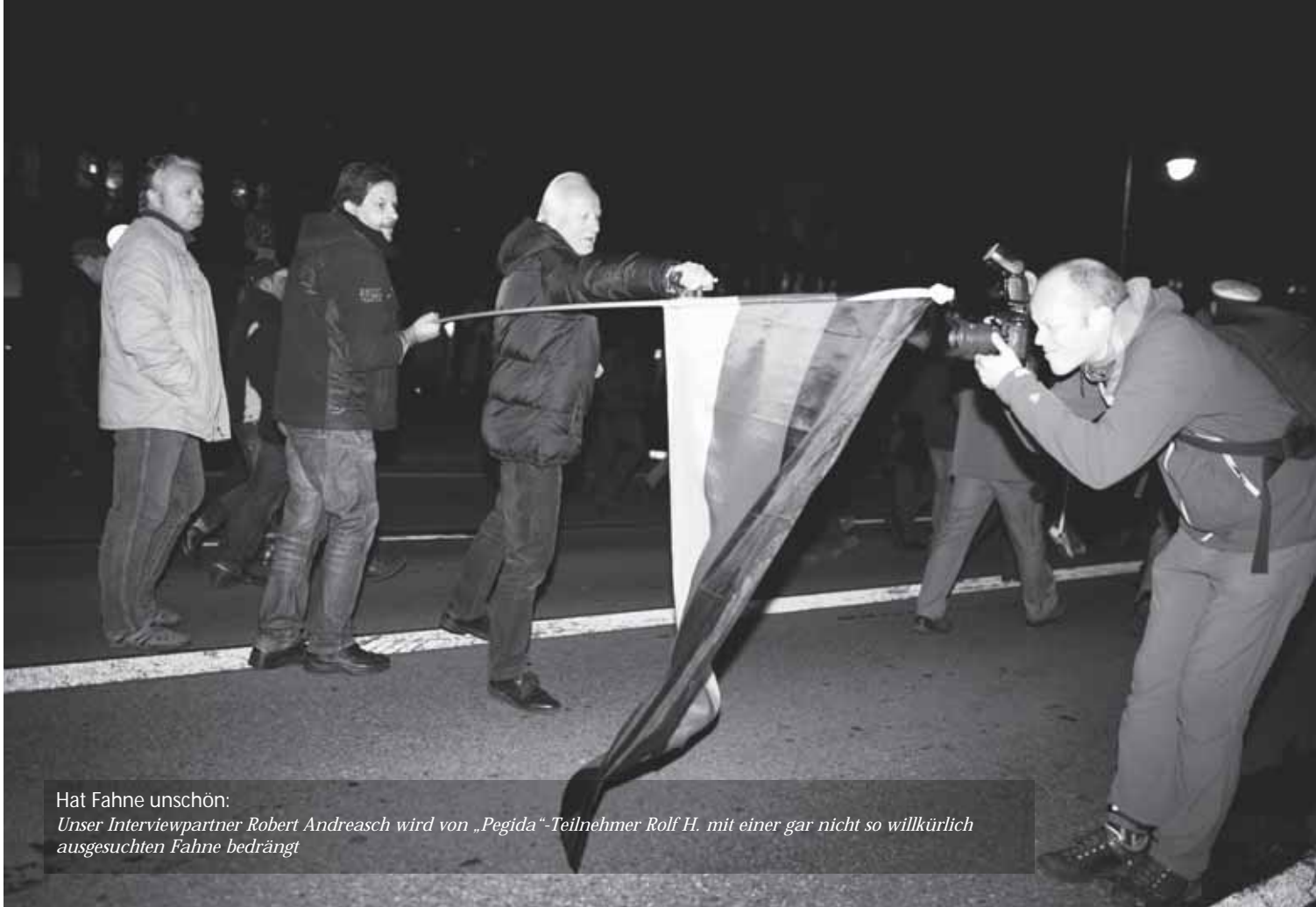


Bist du deppert?:
„Pegida“-Tante sieht sich vom Münchner Merkur in ihrem Wahn bestätigt.

„Die Aggressionen gegen uns haben bundesweit zugenommen“

Würden kritische Journalistinnen und Journalisten extrem rechte Veranstaltungen nicht regelmäßig begleiten, läge vielerlei des menschenfeindlichen Treibens im Dunkeln. Robert Andreasch von der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (a.i.d.a) dokumentiert seit Jahren extrem rechte Kundgebungen, Versammlungen und Veröffentlichungen in Bayern. Bei seiner Arbeit begegnet Andreasch häufig Michael T., der für seinen Blog „24mm-Journalism“ tagesaktuell und auf Englisch über rassistische Kundgebungen berichtet. Im Kontakt mit den Rechten setzen sich die beiden Journalisten regelmäßig Anfeindungen aus. Florian Feichtmeier traf sich mit ihnen zum Gespräch.

Fotos: Michael T. // 24mmjournalism



Hat Fahne unschön:

Unser Interviewpartner Robert Andreasch wird von „Pegida“-Teilnehmer Rolf H. mit einer gar nicht so willkürlich ausgesuchten Fahne bedrängt

Bei der Dokumentation von nazistischen Kundgebungen steht ihr mit den Rechten häufiger nahezu Nase an Nase. Kommt es dabei auch zu Übergriffen?

Michael T.: Übergriffe gibt es häufiger. Sie bewegen sich im Rahmen von Beschimpfungen über geschnippte Zigarettenstummel, Kamera verdecken bis hin zu Tritten oder Schlägen.

Was war der härteste Übergriff, an den du dich erinnern kannst?

Robert Andreasch: 2008 gingen nach der Beerdigung des bayerischen Neonaziführers Friedhelm Busse im niederbayerischen Patriching 40 Neonazis auf mich und Polizeibeamte los und haben mir dabei mehrere Rippen gebrochen. Am 1. Mai 2013 brach ein Block hessischer

Neonazis aus dem Aufmarsch des Freien Netz Süd in Würzburg aus und griff mich massiv am Straßenrand an.

Wie sah es da mit der Strafverfolgung aus?

Robert Andreasch: Im ersten Fall kannte ich viele der Täterinnen und Täter. Weil die einzelnen Tritte und Schläge aber nicht hätten zugeordnet werden können, stellte die Staatsanwaltschaft bis auf einen Fall alle Strafverfahren ein. In Würzburg erteilte die Polizei mir einen Platzverweis, das war's.

Michael T.: Gegen Rolf H. beispielsweise, gegen einen regelmäßigen Teilnehmer bei „Pegida“-München, habe ich Anzeige erstattet, weil er mich in den Oberschenkel trat. Das

Ermittlungsverfahren läuft noch. Bisher wurde ich nur zu einer Zeugenaussage vorgeladen. Ansonsten gab es eine Vielzahl dieser Attacken, die nicht verfolgt wurden oder wegen einem sogenannten Mangel öffentlichen Interesses eingestellt wurden.

Du hast bereits inkognito an Veranstaltungen teilgenommen. Was ist das für ein Gefühl, allein unter Neonazis zu sein?

Robert Andreasch: Ich habe auch an internen Veranstaltungen der Szene teilgenommen, ja. Selber hab ich mich dabei zum Beispiel als interessierten Bürger ausgegeben. Ich kenne ihre Ideologie, ich lese ihre Zeitschriften und Online-Publikationen, von daher wusste ich, was auf mich zukommt. Höchsten



Haben Haare schön:

Nazi-Hooligans bedängen Fotografen beim Aufmarsch des „Widerstand Ost West“ in Frankfurt am Main. Die Polizei hat die Augen zu



Hat Pfefferspray:

Neonazis laufen durch die Leipziger Südstadt, die Polizei geht gegen Journalistinnen und Journalisten mit Pfefferspray vor



Übersicht:
Unser Interviewpartner Michael T. bei der Arbeit

Respekt habe ich vor der lebensgefährlichen Recherche Thomas Kubans (*Anm.: Journalist des Dokumentarfilms „Blut muss fließen“*). Solch ein hohes Risiko bin ich nie eingegangen.

Wie reagiert die Polizei auf deine Pressearbeit?

Robert Andreasch: Manche Polizeikräfte akzeptieren die Anwesenheit von Medien gar nicht oder nur sehr widerwillig. Kommt es zu Attacken auf uns Journalistinnen oder Journalisten, reagiert die eingesetzte Polizei vielfach gar nicht. In einigen besonders nervigen Fällen gehen die Beamtinnen und Beamten sogar gegen die Presse vor, der sogenannte Provokationen unterstellt werden.

Das passiert mittlerweile fast allen, die sich direkt ein Bild von Versammlungen machen wollen, von den bei den Rechten verhassten Fachjournalistinnen und -Journalisten bis zu TV-Kamerateams.

Ist das Verhalten der Polizei von Region zu Region unterschiedlich?

Michael T.: Der Unterschied zwischen Bundesländern, Regionen und aber auch Einheiten ist gewaltig. Besonders unangenehm fällt regelmäßig das Dachauer Unterstützungskommando (USK) auf. Getuschelte Aussagen im Vorbeigehen wie: „Der kann ja gar nicht fotografieren, der gibt ja nur Informationen an den Gegenprotest weiter und twittert“, hört man von deren Seite regelmä-

ßig. Allgemein wirken bayrische Polizeikräfte auf Demonstrationen oft aggressiv, ob nun gegen Gegenprotest oder Journalistinnen und Journalisten gerichtet.

Wie ist das denn in anderen Bundesländern?

Michael T.: In anderen Bundesländern ist man mit anderen Situationen konfrontiert. Die sächsische Polizei ist meiner Meinung nach bekannt für den häufigen Einsatz von Tränengas und Pfefferspray. Dort findet aber, zumindest meiner Erfahrung nach, eher selten eine direkte Konfrontation zwischen Medien und Polizeikräften statt. In Hessen gibt es Einheiten, die gezielt verhindern wollen, dass Fotos von Mehrzwek-

kwerfern (Anm.: Gerät zum Verschießen von Gummigeschossen und Tränengaskanistern) gefertigt werden. Dann fragen sie schnell nach dem Presseausweis oder treten einem aus Versehen wortwörtlich auf die Füße.

Also gab es auf dich bereits Übergriffe seitens der Polizei?

Michael T.: Ja, die gab es. Bei einer Demonstration von „Pegida“-München zum Beispiel wurde mir angedroht, mir meine Kamera abzunehmen, weil ich wissentlich Polizeibeamte fotografiert haben soll. Bei Drohungen bleibt es aber nicht immer. Im Januar wurde ich am Rande einer „Pegida“-Demonstration trotz vorgehaltenem Presseausweis abgedrängt und geschlagen. An einem Montagabend im November 2015 zog ein Gruppenführer der Bereitschaftspolizei am Band von meinem Presseausweis, das verdreht war – und würgte mich so. Er behauptete dann, mein Ausweis sei eine Kopie gewesen und wollte mich in den Gegenprotest drängen.

Werden die Presseausweise dann von Polizei, Behörden oder Veranstaltern überhaupt noch ernst genommen?

Robert Andreasch: Der Begriff Presseausweis ist nicht geschützt, deswegen kannst du ja mittlerweile auch bei Amazon und Co. eine entsprechende Plastikkarte kaufen. Die alleinige Orientierung an so einem Ausweis ist aber nicht nur deshalb falsch: Seriöse journalistische Arbeit ist meines Erachtens nach nicht von einem nachgewiesenen Monatseinkommen oder einem festen Arbeitsvertrag abhängig. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen

können nicht mehr von den Veröffentlichungen leben und berichten gewissermaßen nebenberuflich, andere sind teilweise für ehrenamtliche Projekte mit sehr hohem journalistischen Anspruch tätig. Sollen die alle von der Berichterstattung vor Ort ausgesperrt werden?

Hat sich denn das Verhalten der Polizei im Zuge des aktuellen Rechtsrucks verändert?

Robert Andreasch: Seitdem Pegida, AfD und Co. gezielt das Feindbild Lügenpresse schüren, haben die Aggression gegen uns bundesweit zugenommen. Abgesehen von einigen wirklich engagierten Ausnahmeerscheinungen bei der Polizei hat sich seitdem, wie ich finde, auch das Polizeiverhalten zum Negativen hin geändert.

Wie ist die Zusammenarbeit mit den Journalistinnen und Journalisten der bürgerlichen Medien?

Robert Andreasch: Ich verdiene mein Geld ja auch mit Beiträgen für die bekannten Medien und Sender, kenne dadurch viele Beschäftigte in den Redaktionen und vor Ort. Journalismus ist – aufgrund der ökonomischen Situation und Konkurrenz – natürlich schon ein ziemliches Haifischbecken geworden und immer wieder mal versuchen welche, sich dreist bei der Arbeit anderer für die eigene Karriere zu bedienen. Mit den allermeisten Kolleginnen und Kollegen gibt es aber einen fairen Austausch und gute Kooperation.

Was würdest du angehenden Kolleginnen und Kollegen in dieser

Arbeit raten?

Michael T.: Sie sollen sich gut überlegen, ob sie sich der Gefahr wirklich aussetzen wollen. Ein Angriffsziel für Neonazis zu werden, ist gerade bei Neueinsteigerinnen und Neueinsteigern gegeben. Sie können Situationen eventuell noch nicht ganz überblicken und handeln möglicherweise leichtsinnig.

Robert Andreasch: Mein Tipp wäre: Geht auch zu den Ereignissen, die nicht so groß in der Diskussion und von den bekannteren Medien unbeobachtet sind. Das ist für eine umfassende Recherche und zutreffende Analyse unerlässlich. Und: Die ökonomische Verwertbarkeit ist meist mau, aber wenn was Spannendes passiert, hat mensch es exklusiv!

... und es wären mehr Medienvertreterinnen und -Vertreter auch bei kleineren Anlässen zugegen...

Robert Andreasch: Ja. Bei den meisten rechten Veranstaltungen sind nach wie vor relativ wenige Medien direkt vor Ort – wo es ja auch wirklich oft unangenehm ist aufgrund der feindseligen Stimmung. Ich wünsche mir von den Redaktionen genauso wie von den Kolleginnen und Kollegen, dass neben der schnellen, tagesaktuellen Berichterstattung von Ereignissen auch der Wert langfristiger Reportagen, Recherchen und Analysen geschätzt würde.

Ein gutes Schlusswort. Vielen Dank euch beiden für das Interview.<

A.I.D.A.

Antifaschistische Informations- und Archivstelle München:

www.aida-archiv.de
24mmjournalism.com

Michael T. hat zusammen mit zwei Kollegen kürzlich das Crowdfunding-Projekt „Chasing Hope - Overcoming Europe's Border Fences“ ins Leben gerufen. Sie wollen Geflüchtete entlang ihrer gesamten europäischen Reiseroute begleiten.

Zombies: Sie wollen dein Gehirn

Ruhelose Wiedergänger unter uns. Wer sie sind und wer sie fürchtet. Gedanken zur Aktualität und Ambivalenz einer besonderen Spezies, dem Zombie-Mob. Von Sebastian Huber.



Viel Gehirn braucht man nicht dafür, Flüchtlinge mit Zombies zu vergleichen, wie es jüngst ein Security des berühmten LAGESo tat und anschließend seine Sachen packen durfte.

Zombies sind aber sehr viel vielschichtiger. Viel komplexer, als solch eine Diffamierung zuließe. Einige Zombies sind grau. Einige sind dunkler. Manche sehen ziemlich scheußlich aus. Manche fast sogar menschlich. Die meisten sind eher träge und lahm. Einige wenige können, zum Erschauern der Verfolgten, ziemlich schnell rennen. Was aber alle Zombies, den ganzen Mob an unterschiedlichsten Varianten, vereint, ist, dass sie höchst ambivalent sind. Viel schwieriger zu fassen als es jeder abwertende, homogenisierende Vergleich zulässt.

Zombies – Wesen aus unbekannten Welten

Wir kennen Zombies vor allem aus Hollywood, als genuin amerikanisches Phänomen. Ursprünglich kommen sie aber aus Afrika. Westafrika, um genauer zu sein. Auch wenn das Wort ‚zombi/zonbi‘ der haitianischen Folklore entspringt, sich mit dem Kreolischen aber auch auf das Festland nach Louisiana begab und hier soviel bedeutet wie ‚lebender/wiederkehrender Körper‘, gibt es auch weitere Wege, die das Wort zurückgelegt hat. Auf Kikongo (Kongo) bedeutet ‚zumbi‘ Fetisch, während man mit ‚nzambi‘ in Angola gar Gott meint. Kurzum, Zombies konnten als Konzept nur in Amerika entstehen, weil sie auf den aus Afrika entrissenen Seelen beruhten, die durch Gewalt auf einen anderen Kontinent verfrachtet wurden und dort (wenn sie denn überlebten) als ökonomische Produktionsmittel, als wiederkehrende



Körper, herhalten mussten. Bei jeder Folge *The Walking Dead*, jedem Klick in Zombievideospielen, auf jeder Seite eines Zombieromans sollte man sich das einmal bewusst machen.

Sklaven mit Zombies zu vergleichen, macht Sinn, denn beide sind ja tot. Zumindest sind sie sozial tot. Orlando Patterson beschreibt dieses Phänomen in seinem Buch *Slavery and Social Death* ziemlich gut:

„being socially dead means that a slave has no binding moral relations with anyone else: he is alienated from his ancestors, community, family, clan, city; he cannot make contracts or meaningful promises, except at the whim of his master; even if he acquires a family, it can be broken up at any time. The relation of pure force that attached him to his master was hence the only human

relationship that ultimately mattered. As a result [...] the slave's situation was one of utter degradation”

[sozial tot zu sein heißt, dass ein Sklave keinerlei moralische Beziehungen hat: er ist von seinen Vorfahren, seiner Gemeinschaft, seiner Familie, seinem Klan, seiner Stadt entfremdet; er kann keine Verträge abschließen und keine zuverlässigen Versprechen machen - außer im Rahmen der Launen seines Besitzers; selbst wenn er eine Familie gründet, kann sie jederzeit wieder zunichte gemacht werden. Die Beziehung der rauen Gewalt, die ihn an seinen Herrn band, war also die einzige menschliche Beziehung, die letztlich zählte. Daraus folgt, dass die Situation des Sklaven, die einer äußersten Degradierung war.] (meine Übersetzung; zitiert nach Graeber Seite 170).

Das Utopische der Zombiefiguren

Diese historische Verortung der Zombies, als aus ihrem sozialen Umfeld entrissener Körper, hat zum einen den Effekt, dass sie gar nicht mehr so furchteinflößend sind. Aus den gruseligen, Eingeweide verzehrenden, unaufhaltsam wandelnden Körpern, die ja auch gerade so unfassbar sind, weil sie rein instinktiv handeln, werden geschichtlich bedingte Opfer. Die Angst vor den Kannibalen, den menschenfressenden Ungeheuern, die in Afrika, Amerika, Asien, im Dschungel, der Steppe oder in der Wüste anscheinend tobten (nur nicht im westlichen Europa!), entpuppt sich als Projektion von weißen Männern, die in der Zombiefigur ihre Ängste, aber gleichzeitig ihre Besitzansprüche kondensieren. Innerhalb des kolonialistischen Programms gehört die ‚Verwilderung‘ der Eingeborenen ja zur Unterjochung. Schürt man die Ängste vor den menschenfressenden Mobs, zeigt das zum einen die kulturelle Unterlegenheit (Kannibalen essen nicht nur *rohes* Fleisch, sondern auch noch ihresgleichen, eine doppelte Abkehr von der Kultur) und rechtfertigt somit die Besitznahme von Land und Menschen. Diese Stigmata reichen aber nicht nur in die Kolonialzeit. In dem bahnbrechenden Film *Night of the Living Dead* aus dem Jahr 1968, der mitunter als der Grundstein des modernen Zombienarrativs gilt, stellt George A. Romero revolutionärerweise einen afroamerikanischen Schauspieler in den Mittelpunkt der Handlung. Dafür, dass er der einzige Charakter ist, welcher das rechte Maß an Mut besitzt, um die Zombies abzuhalten, ist das Ende des Films programmatisch für die von Romero evozierte politische Parallele zwischen Schwarzen und den Unwesen. Der Film endet damit, dass der Protagonist (Duane Jones) von einem Mob aus Polizei und Bürgerwehr für einen Zombie gehalten wird und kurzum eine Kugel verpasst bekommt.

Zombies sind demnach das Gegenteil der europäischen, weißen *ratio*. Sie sind purer Körper, die keine Grenzen kennen und nur fressen: mit Vorliebe sogar das Gehirn des westlichen Mannes. Diese Zombieifizierung der schwarzen Anderen läuft aber, wie bereits angesprochen, in zwei Richtungen. Jeglicher Versuch, die Anderen zum Anderen zu machen, sie als kulturell, physiologisch, psychologisch untergeordnet abzustempeln, geht schief. Mit den Zombies, die sich ja dadurch verbreiten, indem sie andere durch sexualisierte Körperberührungen (beißen, kratzen) zu einem von ihnen machen, schwingt auch immer eine kulturelle

Angst mit, dass eine scheinbar ‚reine‘ Bevölkerung durch sie infiziert wird. Zum anderen kehren die Körper auch wortwörtlich wieder und nehmen sich das zurück, was ihnen genommen wurde: ein Leben. Als sozial ausgegrenzte Wesen haben Zombies eigentlich nur eines im Sinne: eine Gemeinschaft zu bilden, in der alle gleich sind. Unter Zombies gibt es keine Hierarchien. Alle sind gleich, denn alle sind tot. Das, was sie wollen, ist, diese Gemeinschaft zu erweitern. Vielleicht haben sie damit ein utopisches Programm vor: Eine Gemeinschaft ohne nationale, kulturelle oder physiologische Gegebenheiten zu schaffen.

Die immer gleiche Angst vor dem Andersartigen

Es sollte mittlerweile klar geworden sein, wie kurz der Sprung vom Sklaven zum Zombie und heute vom Geflüchteten zum wandelnden Toten ist. Nicht nur ist der individuelle Flüchtling für viele verängstigte Bürgerinnen und Bürger ein Zombie. Es geht auch vor allem um die schiere Masse. Genau wie damalige Sklaven ist es heute die nicht identifizierbare Masse an Geflüchteten – ebenso entwurzelt und von außen gesehen ohne soziale Bindungen wie früher die Sklaven in Amerika. Auch der Geflüchtete ist oftmals von „seiner Familie, seinem Klan, seiner Stadt entfremdet“. Provokativ könnte man gar das Wort „master“ im vorherigen Zitat durch „state“ ersetzen. Denn die Geflüchteten sind ebenso gnadenlos von den „Launen“ des Staates abhängig und wie jüngst nur allzu gut erkennbar, gilt auch da „selbst wenn er eine

Zombies sind demnach das Gegenteil der europäischen, weißen ratio

Familie gründet [...] sie jederzeit wieder zunichte gemacht werden“ kann. Diese „Beziehung der rauen Gewalt, die ihn an seinen Herrn [Staat] bindet, ist also die einzige menschliche [politische] Beziehung, die letztlich zählt. Daraus folgt, dass die Situation der Sklaven [Geflüchteten] die einer äußersten Degradierung war [ist].“ Aus besorgter Sicht waren die Sklaven damals wenigstens noch produktiv. Heutige Geflüchtete, so die Angst, saugen den Staat aus und vernichten fleißig aufgebauten Wohlstand.

Als stimmlose Gestalten, die nicht sprechen können und unsere Tore einrennen, unser Hab und Gut auffressen wollen, ist die Figur des Zombies ein Symbol, welche der rechtsrückenden europäischen Gesellschaft gerade recht kommt, um Komplexität zu vereinfachen. Man will sich nicht mit den Hintergründen der Schwärme, dieser „Mobs“ beschäftigen, sondern sie viel leichter als unkultiviertes Anderes abstempeln, das identitätslos möglichst draußen

bleiben muss, wenn nicht gar massakriert gehört.

Zombie – ein wandelbarer schillernder Begriff

Ich glaube, dass diese geschürte Angst vor Geflüchteten, die sehr viele Parallelen zur Angst vor Zombies aufweist, bereits zu spät kommt. Wie in jedem guten Zombienarrativ, könnte man zum einen sagen, dass es nicht um die Angst vor dem fleischfressenden Anderen geht. Sie ist nur ein Subtext für die wahren Konflikte zwischen den Überlebenden. Das prägende Element vieler Zombieerzählungen ist die Neuformierung der Gesellschaft nach der Zombiekrise. Das endet oft in hierarchischen Diktaturen, neuen Gewaltenteilungen und im Austarieren moralischer Normen. Die Parallele der neuen Gegebenheiten mit unserer zeitgenössischen politischen Kultur wird erkennbar, da in beiden Welten das darauf Pochen, es herrsche eine ‚Krise‘, neue Maßnahmen scheinbar rechtfertigen. Als Ereignis werden Flüchtlings'krise' und Zombieapokalypse so gewertet, dass sie radikale Absichten erlauben („Man muss ja mal noch sagen dürfen“). Die wirklichen Monster in Zombieerzählungen sind oftmals die menschlich allzu menschlichen.

Die Zombiemobs sind aber NOCH ambivalenter: All diejenigen, die erneut kolonialistisch agieren, indem sie einer heterogenen Gruppe an Menschen ein Label aufsetzen, das ihre Komplexität reduziert, sie diffamiert und unbewusst gar Gewalt ihnen gegenüber legitimiert, all jene sind bereits mit dem infiziert, wovor sie sich fürchten: Sie sind schon Zombies geworden. Das macht die anfangs beschworene Ambivalenz der Zombies aus. Der neue Kolonialismus, der heutzutage nicht mehr in den Kolonien stattfindet, sondern unter anderem im Web, ist genauso von Körperlosigkeit, Hirnlosigkeit und Grenzenlosigkeit durchzogen und damit überaus zombiehaft. Die schwarmförmigen Mobs, die jegliche ‚Gutmenschen‘ attackieren und sich selbst hinter einer virtuellen Identität verstecken, sind genau das, was sie despektierlich anderen zuschreiben. Es sind instinktgetriebene Wesen, die bereits von dem infiziert sind, wovor sie am meisten Angst haben: Man könnte sie Zombies nennen, wenn diese Zuschreibung nicht zu gut für sie wäre.<

Sebastian Huber
ist Gründer von
wolkenschloesser.com
ein Münchner
Projekt, das junge
Flüchtlinge und
Migranten dabei
unterstützt, den
Alltag im neuen
Gastland besser zu
meistern. Das
Augenmerk liegt
dabei auf der
Beschäftigung mit
und dem Verfassen
von Geschichten –
Wolkenschlössern –
welche den jungen
Neuankömmlingen
eine Möglichkeit
bietet, sich ausdrük-
ken zu lernen und
eine Stimme zu
bekommen.

„Köln hat gezeigt, wie krass rassistisch Deutschland ist“

Nach den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht sowie den darauf folgenden rassistischen Reaktionen gründete sich die Kampagne #ausnahmslos. Hinterland sprach mit der Mitgründerin Kristina Lunz über die Kampagne, die Folgen von Köln und das Sexualstrafrecht.

Worum geht es in der Kampagne #ausnahmslos genau?

Wir sind 22 Feminist_innen, die nicht akzeptieren wollen, dass Populist_innen und Rassist_innen Feminismus missbrauchen, um gegen Geflüchtete und all diejenigen, die sie als ‚die Anderen‘ verstehen, zu hetzen.

Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Dazu ist es für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen. Dies geschah in der Debatte um die Silvesternacht in Köln und in anderen deutschen Städten.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich ‚Anderen‘ sind: die muslimischen,

arabischen, schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als ‚nicht deutsch‘ verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis-Frauen¹ sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus. Das sind zwanzig jeden Tag und die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Wie habt ihr euch gefunden und warum?

Kristina: Nach den Vorfällen in Köln und anderen deutschen Städten ergriffen Kübra Gümüsay, Anne Wizorek und Emine Aslan die Initiative und schickten eine E-Mail an den Rest von uns. Sie schlugen vor, gemeinsam etwas gegen den aufkochenden Rassismus und den Missbrauch von Feminismus nach den Vorfällen in Köln zu unternehmen. Alle waren sofort einverstanden, denn als wir von den Vorfällen erfuhren, waren wir sehr geschockt und wütend wegen der rassistischen Äußerungen. Und wir wollten das einfach nicht akzeptieren. Als Feminist_innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren – und manche schon seit Jahrzehnten – für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt.

Dabei haben wir gelernt wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen. Wir wollten es nicht zulassen, dass Populist_innen und Hetzer_innen das letzte Wort haben.

Wir wünschen uns und setzen uns dafür ein, dass alle Menschen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sind: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft und ich empfinde es als meine persönliche Pflicht sowie meinen Wunsch, zu einer respektvolleren Gesellschaft beizutragen.

Was ist nach Köln in Bezug auf das Sexualstrafrecht passiert?

Kristina: Schon vor Köln gab es einen Reformentwurf für das Sexualstrafrecht, der, in Anbetracht der aktuellen Rechtslage, mehr als nötig ist. Jedoch hat sich seit Köln kaum etwas geändert. Es mag unglaublich klingen, aber sexualisierte Gewalt in Form von Grapschen ist in Deutschland keine Straftat, weshalb auch viele der Täter in Köln und anderen Städten nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Das ist ein völlig inakzeptabler Zustand! Ja, eigentlich ein Skandal. In Deutschland ist Eigentum besser geschützt als sexuelle Selbstbestimmung! Ein ‚Nein‘ des Opfers reicht weiterhin nicht aus. Nur wenn sich das Opfer im Falle einer Vergewaltigung wehrt, kann das vor Gericht als Vergewaltigung in Betracht gezogen werden. Der Fokus liegt somit weiterhin auf dem Verhalten der Opfer.

Das führt dazu, dass schätzungsweise nur fünf bis 15 Prozent aller Vergewaltigungen - wobei hier mehr als 90 Prozent der Opfer weiblich sind - angezeigt werden. Und, wie es sogar der Justizminister Heiko Maas nach den Vorfällen in Köln betont hatte, nur acht Prozent der Täter werden verurteilt. Auch die am 16. März im Bundeskabinett beschlossene Reform ändert daran nicht viel. Es wurde sich nur auf einige Ausnahmen geeinigt, wie zum Beispiel auf Situationen, in denen das Opfer sich dann nicht mehr wehren muss. Am Kernproblem, dass Nein noch immer nicht Nein heißt - was beispielsweise die Istanbul Konvention des Europarats fordert - ändert das nichts. Während in einigen Ländern das Paradigma bereits ‚Ja heißt Ja‘ lautet - das bedeutet, sexuelle Handlungen sind nur dann straffrei, wenn die Beteiligten aktiv zustimmen - schafft es Deutschland nicht mal die sexuelle Selbstbestimmung



Kristina Lunz:
Mitverfasserin von
#ausnahmslos,
Gründerin der
Kampagne StopBild-
Sexism, Mitarbeiterin
und Absolventin der
Universität Oxford
und wissenschaftliche
Beraterin

¹ Wenn jemand
sich mit dem
Geschlecht, mit dem
sie/er geboren und
sozialisiert wurde,
identifiziert, nennt
man das Cis-
Frau/Cis-Mann.

gemäß ‚Nein heißt Nein‘ zu schützen. Es ist schier unbegreiflich, dass wir hierfür im Jahre 2016 noch kämpfen müssen. Was sich allerdings nach Köln verändert hat: Es wurde das Asylpaket 2, die Verschärfung des Aufenthalts- und Asylrechts, verabschiedet.

Welche Konsequenzen sollten die Vorfälle in Köln deiner Meinung nach haben?

Kristina: Die Folge von Köln müsste unter anderem sein, dass sexualisierte Gewalt und Gewalt gegen Frauen endlich als das riesige und weitverbreitete Problem, das es ist, wahrgenommen wird. In unserem Grundgesetz steht ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘. Stattdessen erlebt jede dritte Frau körperliche und/oder sexualisierte Gewalt und unser Gesetz trägt nicht annähernd dazu bei das zu ändern. Stattdessen nimmt es diese gefährlichen Machtdynamiken in Deutschland in Kauf, wenn es Vergewaltigung beispielsweise nur dann als solche rechtlich anerkennt, wenn sich das Opfer körperlich wehrt. Die eigene Tasche muss man doch auch nicht wehrhaft verteidigen, damit sie als gestohlen gilt.

Des Weiteren hat Köln gezeigt, wie krass rassistisch Deutschland ist. Die tägliche massenhafte Gewalt gegenüber Frauen, auch auf Veranstaltungen wie Karneval, Musikfestivals oder dem Oktoberfest ist ein Kavaliersdelikt, wenn vom Biodeutschen ausgeübt. Aber wenn es ‚die Anderen‘ sind, dann wird darüber berichtet. Es müsste immer berichtet werden, egal wer die Gewalt ausübt. Und es ist wichtig, die soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt zu analysieren und zu bekämpfen. Die Folge von Köln müsste sein, dass Deutschland sich endlich mit der patriarchalen Struktur seiner Gesellschaft auseinandersetzt, die zu diesem gefährlichen Rassismus und Sexismus führt.

Vielen Dank für das Interview<



Befestigen

Arbeiter zäunen das Registrierungszentrum Vial auf Chios mit NATO-Draht ein

Hotspot Vial auf Chios

Auf der griechischen Insel Chios setzen sich engagierte Bewohnerinnen und Bewohner der Insel und Freiwillige aus aller Welt für die ankommenden Geflüchteten ein. Von Katalin Kuse.



Überbleibsel
Liegen gebliebene Schwimmwesten der an Land
gegangenen Geflüchteten

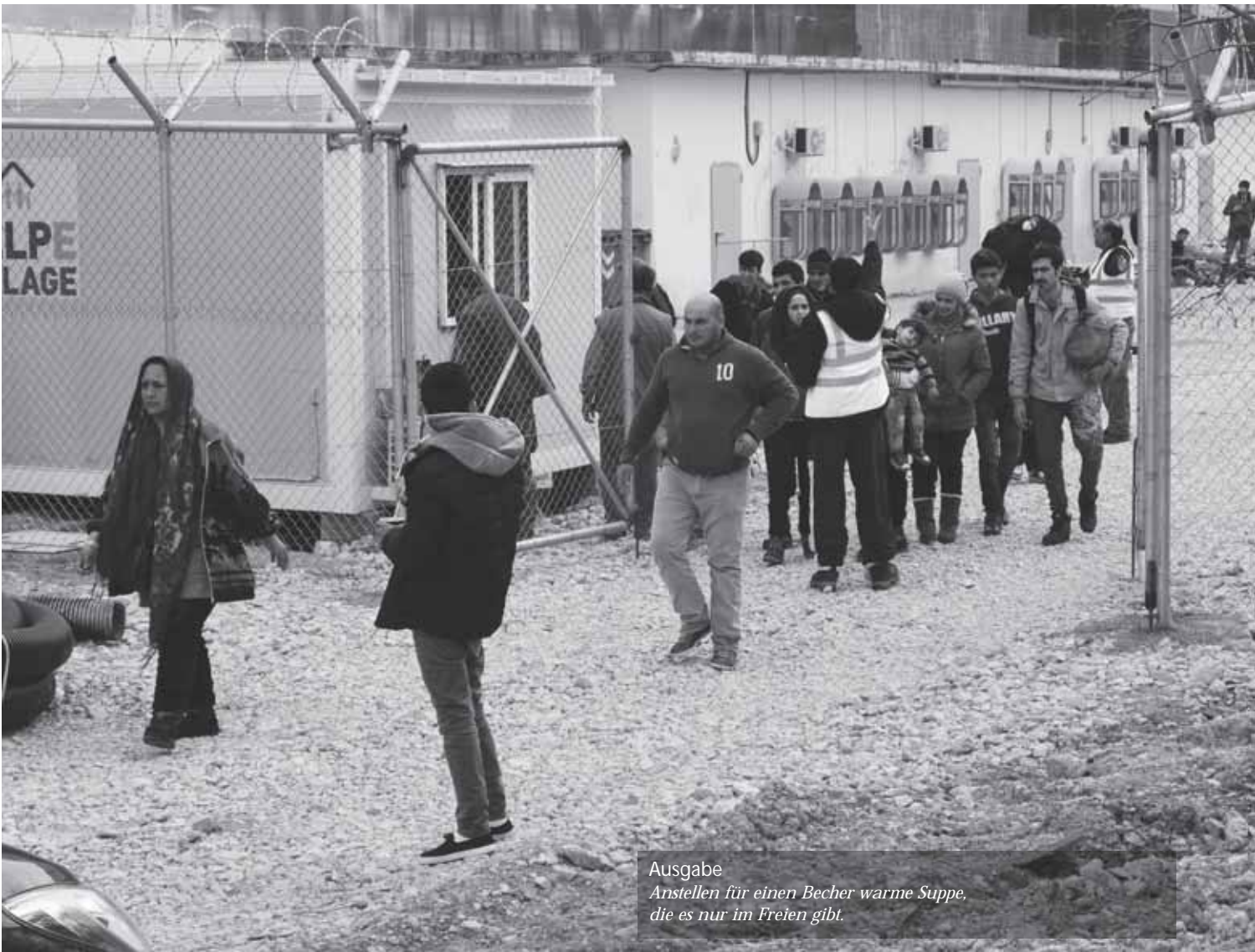


Hilfe
Seenotrettung zwischen Chios und dem türkischen Çeşme

griechenland



Durchschlupf
Noch steht das
hintere Tor des
Hotspots Vial offen.



Ausgabe
Anstellen für einen Becher warme Suppe,
die es nur im Freien gibt.



Das Lager Tabakika
*Es liegt in der Nähe der Hafenstadt Chios und wird inzwischen
 nicht mehr als Registrierungszentrum genutzt.*



Lachen fürs Foto
Suppenausgabe in Tabakika.

Nicht wie die anderen Lager, die an der Küste und damit in Reichweite der Hafenstadt Chios liegen, wird Vial einige Kilometer landeinwärts auf der Insel errichtet. Die baulichen Maßnahmen umfassen Fundamente für weiße Wohncontainer und eine Zaunanlage. Im Sonnenlicht blendet der fabrikfrische Maschendraht, der mit einem Betonfundament abschließt. Die in regelmäßigen Abständen aufgestellten Streben, die das Gitter halten, enden in einem nach oben offenen Ypsilon. Diesen Gabelungen setzen zwei Arbeiter seit einigen Tagen einen NATO-Draht auf. Der Zaun schließt auch die vor vielen Jahren verlassene Halle der Aluminiumfabrik mit ein, in der sich jetzt kleine Menschentrauben zwischen Absperrgittern anstellen, um registriert zu werden. Warme Kleidungsstücke, die aus den Spenden einer Hilfsorganisation stammen, sind auf einem Tisch drapiert oder über Stühle gebreitet. Zettel auf Englisch, Arabisch und Farsi weisen auf das kalte kontinentaleuropäische Klima hin und empfehlen allen, sich mit Winterkleidung auszustatten, sowie die ausgehängten warmen Decken weiterhin mit sich zu führen: *You will need them for your further journey.*

Seit Eröffnung des sogenannten *Hotspot Vial* vor einer Woche fahren täglich Reisebusse vor. Alle Passagiere müssen für die Busfahrt vom Hafen in die Berge ein Ticket für einen Euro lösen. Wer auf dem staubigen Vorplatz aussteigt, hält vielleicht ein kleines Gepäckstück in der Hand, oder ein Kind. Andere haben nur ein Smartphone in der Hosentasche und nach der Überfahrt vom türkischen Festland den dringenden Wunsch nach einem Kabel und einer Steckdose, um ihr Telefon aufzuladen.

In der unmittelbaren Umgebung des Ortes gibt es keine Siedlungen. Hier kommt niemand zufällig vorbei. Auch der grüne Transporter nicht, der vor dem vergitterten Haupttor hält. Nach kurzer Verhandlung mit einem der griechischen Militärs rollt er weiter zum Hintereingang des Geländes.

Heiße Suppe für alle

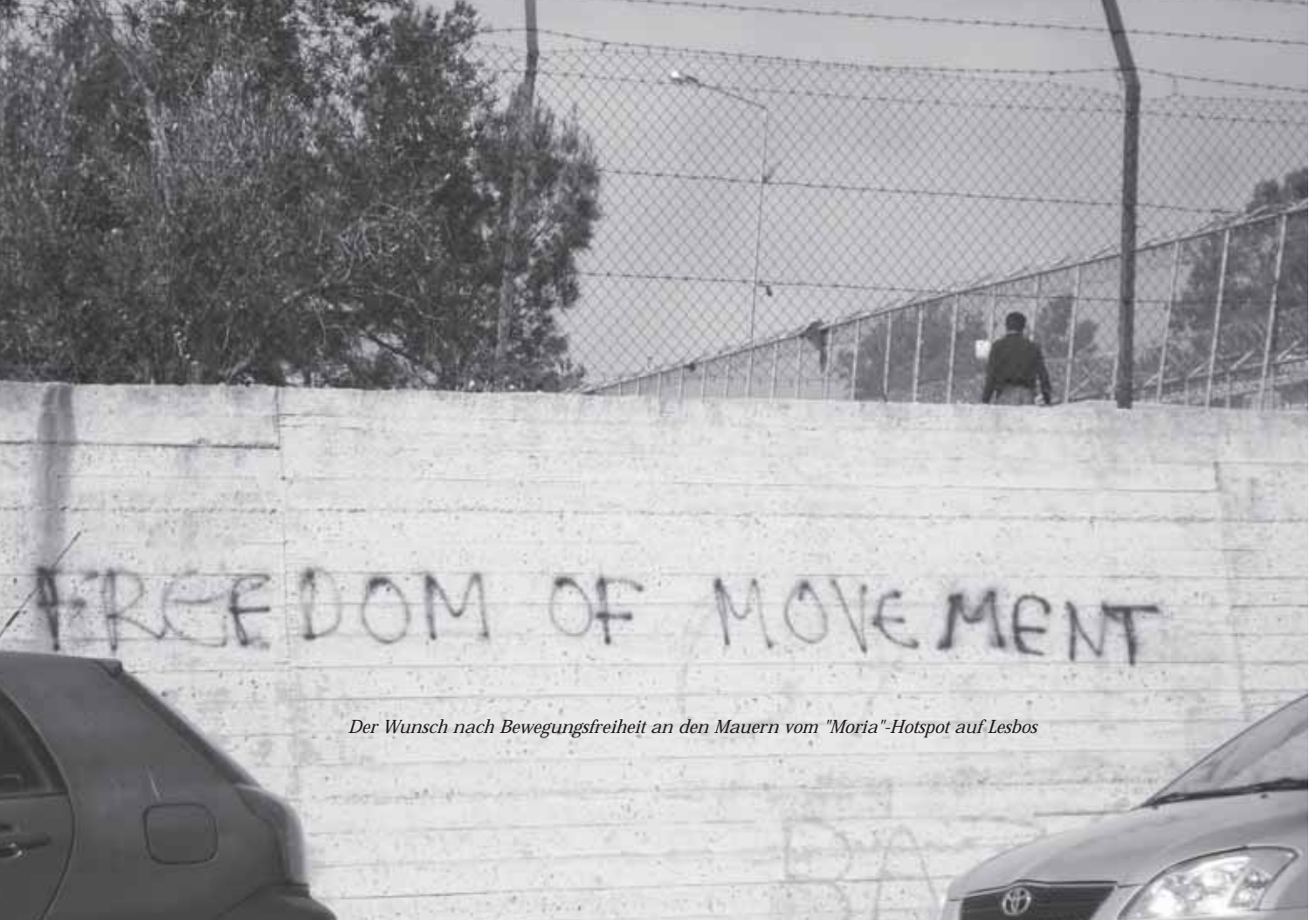
Dort wo sich sonst die Rückbänke befinden, sitzen zwei junge Männer mit zerzausten Haaren auf je einem Topf mit hundert Litern heißer Suppe. Die beiden gehören zu den wenigen selbstorganisierten Helferinnen und Helfern, die den Hotspot betreten dürfen. Sie wissen, dass sie hier nur geduldet sind. Der Ort der Essensausgabe muss jeden Tag aufs Neue verhandelt werden.

Eine eigene Großküche wurde in dem Hotspot, der offiziellen Angaben zufolge bis zu 1100 Menschen aufnehmen kann, bisher nicht eingerichtet. Manche der Helfenden zweifeln daran, ob eine Küche an diesem Ort überhaupt geplant ist. Routiniert schaffen die Helferinnen und Helfer jetzt aber erst einmal einen kleinen Tisch herbei, richten Pappbecher, Plastiklöffel und einen großen Sack geschnittene Baguettes her. Während sich in der Halle bereits die Nachricht über die *hot soup* verbreitet, wird mit einer großen Schöpfkelle noch einmal kräftig umgerührt. Kichererbsen mit Bohnen und vereinzelte Zitronenscheiben schwimmen in der mattroten Brühe.

Die dampfende Suppe hat wie jede andere, die aus der *People's Street Kitchen of Chios* stammt, Küchenchef Ifty Patel abgeschmeckt. Der Brite, der gerne betont, dass er nur einen Rucksack bei sich trug, als er Ende 2015 auf die Insel kam, hat auf Chios eine der ersten selbstorganisierten Küchen aufgebaut. Sie finanziert sich über private Spenden. Nachdem Ifty zu Beginn mit wechselnden Freiwilligen zusammen gearbeitet hat, unterstützt ihn nun das *Disaster Relief Team* der koreanischen *Ching Hai Association*. Die Freiwilligen auf der Insel kommen von überall her, die Versorgung der Ankommenden mit warmem Essen und Kleidung wird über WhatsApp koordiniert. Nicht zuletzt gelingt das, weil Einheimische leer stehende Räume als Lager für Lebensmittel und Kleidung organisieren und mit den lokalen Autoritäten verhandeln.

Seit Ende März 2016 hat sich mit dem „Türkei Deal“ auch die Lage auf Chios geändert. Türkische Polizei patrouilliert auf der Insel. Alle Geflüchteten, die auf Chios ankommen, werden in das abgelegene Vial gebracht und dort gegen ihren Willen festgehalten; derzeit rund 1500 Menschen. Vial ist zum Abschiebegefängnis geworden, der Zutritt für Helferinnen und Helfer verboten. Doch es gibt ein Loch im Zaun. Anfang April haben etwa 150 Menschen zu Fuß den Hafen erreicht. Die *People's Street Kitchen* versorgt die Menschen dort weiter mit heißer Suppe. Andere NGOs haben die Insel zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen, um auf dem griechischen Festland aktiv zu werden.<

Katalin Kuse
ist Umweltwissen-
schaftlerin und
studiert Literarisches
Schreiben in
Hildesheim



Der Wunsch nach Bewegungsfreiheit an den Mauern vom "Moria"-Hotspot auf Lesbos

Die Karriere der Hotspots -

Vom Registrierungszentrum zum Abschiebeknast

Nach den Migrationsbewegungen des letzten Sommers avancierte das Konzept der "Hotspots" zum medialen Schlagwort im Krisenszenario sowie zur Lieblingslösung in der Rettung des Europäischen Grenzregimes. Bislang stellten die Hotspots vor allem Zentren dar, in den Geflüchtete sich registrieren lassen mussten. Nachdem am 18. März das Abkommen zwischen der EU und der Türkei beschlossen wurde, verschiebt sich die Funktion der Hotspots jedoch hin zu geschlossenen Abschiebeknästen. Von Naemi Gerloff.



Containerdorf hinter Nato-Draht:
Einer der Eingänge vom Hotspot „Moria“

Bereits im Juli 2015 wurde die Einrichtung von insgesamt neun Hotspots, fünf in Griechenland und vier weitere in Italien beschlossen. Insbesondere die Europäische Kommission und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatten diesen Ansatz mit der im Mai verabschiedeten „European Agenda on Migration“ vorangetrieben und präsentieren ihn als Idee neuer, europäischer Grenzsicherung.

Nach monatelangem Zögern und erst nach massivem Druck der EU, richtete Griechenland ab Januar 2016 mit Hilfe des Militärs innerhalb kürzester Zeit vier Hotspots auf den Inseln Leros, Samos, Chios und Lesbos ein. Auf der Insel Kos wurde der Bau aufgrund von rechten Bevölkerungsprotesten weiter verzögert. Trotzdem konnte die griechische Regierung pünktlich zum EU-Krisengipfel am 18. Februar viereinhalb fertige Hotspots präsentieren.

Doch niemand konnte genau beantworten, ob sie wirklich fertig waren oder wie ein fertiger Hotspot auszusehen hat. In den griechischen Medien entwickelte sich der Begriff „Hotspot“ schnell zu einer Bezeichnung für jegliche, neu eröffneten Flüchtlingscamps. Dies suggeriert vor allem, dass es sich um etwas „Neues“, durch Europa Eingesetztes handelt.

Auch die Kommission gibt keine genaue Definition des Hotspots vor. So heißt es in einer von EU-Migrationskommissar Avramopoulos veröffentlichten „Roadmap“ zu ihrer Implementierung: „The Agenda does not provide a definition of a 'Hotspot' but rather describes how the 'Hotspot' approach is to be applied“.¹

The Roadmap to Return

Dieser Erklärung zufolge ist der Hotspot als ein flexibles Modell zu verstehen, das an jedem Abschnitt einer Außengrenze einsetzbar sein soll, welcher akut von „gemischten Migrationsbewegungen“ („mixed migratory flows“) betroffen ist. Die Einrichtung eines Hotspots erfolgt sowohl auf Anfrage des betroffenen Mitgliedstaates, oder wenn EU-Agenturen einen Unterstützungsbedarf identifizieren.

Ein „Flowchart“ soll die sogenannte Roadmap der EU veranschaulichen. Es stellt dar, welche Prozesse von welchen Akteuren vollzogen werden sollen. Die Geflüchteten sind zu registrieren und Fingerabdrücke zu nehmen. Für potentiell Schutzberechtigte ist ein Asylverfahren vorgesehen. Anerkannte sollen schließlich über ein Relocation-Programm in andere EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Alle restlichen Pfeile sind mit „Mögliche Internierung“ („Possible Detention“) und „Rückführung“ („Return“) beschriftet.





All in One:
Simkarten-Unternehmen sind oft die ersten vor Ort bei der Neueröffnung eines Camps; hier neben dem Hotspot „Moria“

Das Flowchart zeigt außerdem, dass sowohl Frontex, Europol und EASO (European Asylum Support Office) in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Mitgliedsstaat im Hotspot eingebunden sein sollen. Der Kommission zufolge ist der Hotspot also vor allem ein Konzept, das die koordinierte Zusammenarbeit der Europäischen Agenturen auf dem Territorium eines Mitgliedstaats fördern und damit auch die Europäisierung der Außengrenze vorantreiben soll. Es stellt eine situationsabhängige, europäische Interventionsmöglichkeit dar, mit dem Ziel Migrationsmanagement effizienter zu gestalten.

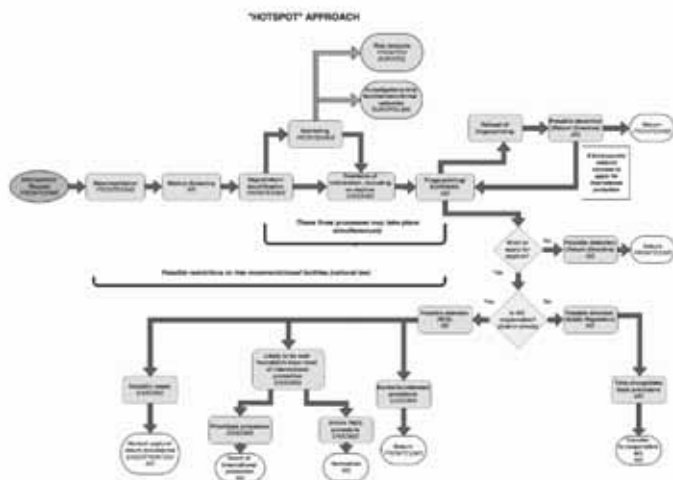
Der Blick in die Praxis: Ein Besuch auf Lesbos Ende Februar

Der wohl derzeit medial und politisch am stärksten beachtete Hotspot liegt im Dorf Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Es ist ein ummauerter Komplex, dessen Beschilderung am Nato-Draht Zaun das Fotografieren untersagt. An der Zufahrtstrasse steht eine mehrere hundert Meter lange Schlange parkender Autos mit diversen NGO Logos. Um den Komplex herum hat sich ein Ring aus Snackbars und Cafés gebildet. Manche der Imbisswägen stehen schon seit Monaten hier, noch bevor Moria den Namen „Hotspot“ bekam und der öffentliche Zutritt untersagt wurde. Sie haben ihren Stellplatz fest etabliert und um eine kleine Terrasse ergänzt; dazu läuft arabisch-sprachige Musik und Pop-Schlager. Gleich mehrere Mobilfunkunternehmen sind vor Ort und vertreiben ihre Simkarten und Tarif-Angebote.

Der offizielle Hotspot Moria hat zwei Eingänge: Einen für Menschen aus Syrien, Irak, Palästina², Jemen und Eritrea; einen zweiten für alle anderen Menschen. Der UNHCR schleust neu Ankommende in die vorgesehene Schlange.

Die Registrierung wird von Frontex – im Fall von Moria hauptsächlich deutschen Beamtinnen und Beamten – in Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden durchgeführt. Diese stellen „sicher“, dass jede Person identifiziert wird. Das heißt: Fingerabdruck und Feststellung der Nationalität. Auf dieser Grundlage wird über die potenzielle Schutzberechtigung der Person entschieden. Den Menschen mit der „richtigen“ Nationalität wird ein Dokument ausgestellt, mit dem sie

Component 3: „Hotspot“ approach flowchart



Willkommen:

Das Camp „Better days for Moria“, eine der vielen Versorgungsstrukturen von Freiwilligen



innerhalb von 30 Tagen ein Fährticket kaufen und weiterreisen dürfen. Alle anderen gehen leer aus, haben keinen Anspruch auf Versorgung und stecken auf der Insel fest.

Staatsversagen mit Ansage,
die Hilfsnetzwerke helfen aus

Nur Familien und vor allem Menschen mit syrischem Pass werden nach der Registrierung in ein offizielles UNHCR-Camp gebracht. Die meisten Leute landen jedoch in den freiwilligen Auffangstrukturen. Diese übernehmen all jene Aufgaben, die die staatliche und europäische Seite nicht leisten will. Eine davon ist das Camp „Better days for Moria“, welches in friedlicher Koexistenz direkt neben dem Stacheldraht-Hotspot liegt. Hier ist der Ort, wo Leute ihr Zelt aufschlagen, mit Essen, Informationen und medizinischer Hilfe versorgt werden.

Die Infrastruktur von Moria ist von zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Strukturen abhängig und könnte ohne diese nicht aufrecht erhalten werden. Sogar das Mittagessen für den "Vorzeigehotspot", mehr als 1000 Portionen täglich, wird von einer lokalen Unterstützungseinrichtung geliefert.

Mit Blick auf das oben angeführte und umzusetzende „Flowchart“ deckt die bisherige Praxis in Moria nur den ersten Teil des Prozesses ab: die Registrierung. Der Registrierungsprozess ist eine zeiteffiziente Überwachungsmaßnahme, die primär dazu dient, ein Sicherheitsbedürfnis zu erfüllen. Alle Ankommenden sollen in den EU-Datenbanken erfasst werden. So lässt ein Evaluierungsbericht der EU-Kommission stolz verlauten, dass sich die Quote der Fingerabdrucknahme auf 78 Prozent erhöhen ließ³. „Relocated“ wurde von hier jedoch noch niemand. Zu Inhaftierungen und Abschiebungen kam es in vereinzelt Fällen, wie beispielsweise Anfang März, als kurz vor dem ersten EU-Türkei-Gipfel 150 Pakistanerinnen und Pakistaner von Moria nach Edirne in die Türkei überführt wurden.

Der Türkei-Deal und seine direkten Folgen

Mit dem Abschluss des EU-Türkei Deals am 18. März soll sich die Situation um die Hotspots nun radikal ändern und die Abschiebungen ausgeweitet werden. Das Abkommen beinhaltet einen Eins-zu-Eins-Handel, nach dem für alle von Griechenland in die Türkei zurückgewiesenen Menschen mit syrischem Pass, eine andere Person mit syrischem Pass aus der Türkei in

Naemi Gerloff
ist Masterstudentin
der Friedens- und
Konfliktforschung
und arbeitet derzeit
beim Verein
bordermonitoring.eu
in München.

¹ (Avamopoulos:
Explanatory note on
the „Hotspot“
approach,
15.7.2015)

² Gemeint sind
Menschen aus den
palästinensischen
Autonomiegebieten.

³ (Europäische
Kommission:
Managing the
Refugee Crisis - State
of Play, 10.2.2016).

ein anderes EU-Land umverteilt werden soll. Der Deal zielt darauf ab, Geflüchtete von der Überfahrt auf die griechischen Inseln abzuschrecken und die Ankunfts-zahlen zu reduzieren. Der Rückschiebe-Umverteilungs-Handel umfasst vorerst 18 000 Plätze, welche um weitere 54 000 Plätze aufgestockt werden können. Bei Zahlen von durchschnittlich 2 100 Menschen pro Tag, die im Februar auf den griechischen Inseln ankamen, erscheint dieses Kontingent jedoch weniger hoch und nicht als der prophezeite „Durchbruch“ im Krisenman-agement.

Schon am 19. März, einen Tag nach dem Gipfeltreffen, begannen die griechischen Behörden auf den Inseln Lesbos und Chios die Camps zu räumen. Tausende Menschen wurden in teils gecharterten Fähren auf das griechische Festland verschifft, wobei sie trotz der erzwungenen Maßnahme ihre Fahrtickets selbst zahlen mussten. Von dort wurden sie in verschiedene Camps verteilt und zum Teil in das Abschiebegefängnis nach Korinth gebracht. NGOs und freiwillig Helfende wurden ebenfalls aufgefordert, die Inseln zu verlassen. Viele Organisationen packten daraufhin ihre Sachen, Freiwilligen-Initiativen kündigten an, auf das griechi-sche Festland umzuziehen. Die Camps auf Chios und Lesvos, sowohl solche wie „Better days“, als auch die offiziellen UNHCR Camps, waren nach wenigen Tagen fast leer.

In Vorbereitung auf die Massenabschiebung

Ziel dieser Großaktion war es, Platz zu schaffen. Die nun Ankommenden, die unter den neuen Deal fallen, sollen konsequent in den Hotspots inhaftiert werden. Und dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In Moria wurde unterdessen die Registrierungspraxis eingestellt und Bauarbeiten aufgenommen, um die Aufnahme- und Inhaftierungskapazitäten auszuweiten. Der Hotspot soll nun möglichst schnell in ein geschlossenes Abschiebegefängnis umgewandelt werden.

Trotz des Inkrafttretens des Abkommens am 20. März kamen in den Folgetagen weiterhin neue Boote auf den Inseln an. Diese Menschen wurden nicht mehr registriert, sondern lediglich mit Nummern versehen und in den Hotspots inhaftiert. Da jedoch die etablierte Infrastruktur der Hilfsorganisationen zusammen gebrochen war, blieb die Versorgung dieser Menschen ungesichert und die Situation chaotisch. Der UNHCR und Medicines Sans Frontieres zogen sich bewusst zurück und stellten ihre Arbeit in den Hotspots aufgrund der inhumanen Bedingungen und

dem Widerspruch mit internationalen Flüchtlingskon-ventionen ein.

Der im Abkommen vereinbarte Startschuss für die Rückführungen in die Türkei ist der 4. April. Sollten die Ankunfts-zahlen nicht sinken und weiterhin hunderte Menschen pro Tag ankommen, wird es nicht gelingen, alle Menschen in den Hotspots bis zu diesem Datum festzuhalten und schließlich konsequent abzuschieben.

Die Zukunft der Hotspots auf wackeligen Beinen

Auch bleibt es höchst fraglich, ob das Abkommen überhaupt wie geplant umgesetzt werden kann. Rechtlich betrachtet ist eine kollektive Rückführung aller auf den griechischen Inseln ankommenden Geflüchteten mit der EU-Grundrechtecharta und der Genfer Flüchtlingskonvention unvereinbar. Darüber hinaus ist die genaue Implementierung des Deals noch sehr unklar.

Moria und andere Hotspots sind von ihrer Infrastruktur her in keiner Weise darauf ausgelegt, Menschen für die Länge eines Asylverfahrens unterbringen und versor-gen zu können. Daran wird auch die beschlossene Entsendung von 600 weiteren Asyl- und Grenzschutzbeamtinnen und Beamten aus Deutsch-land und Frankreich nichts ändern. Auch sind jegliche Versuche der EU, ein funktionierendes Relocation-Sys-tem zu implementieren bisher gescheitert. Das Hotspot-Flowchart der Kommission hat demnach in seiner Form nie existiert und wird höchstwahrschein-lich auch nie umgesetzt werden können.

Der EU-Türkei-Deal bedeutet eine erneute External-isierung der Migrationskontrolle und eine Rückkehr zur repressiven Linie. Für die Hotspots hat dies offenkundig eine Fortifizierung und verstärkte Inhaftierung zum Ergebnis. Inwiefern sich diese Verschärfung dauerhaft halten kann und wie sie sich entwickeln wird, hängt von der weiteren Ausgestal-tung des Abkommens ab.<



Wissen sollte gefühl't werden

Die Autorin und interdisziplinäre Künstlerin Grada Kilomba erforscht die Formen der alternativen Wissensproduktion. Aber was wird überhaupt als Wissen anerkannt? Welchen Ursprung hat es? Wem gehört es? Darüber sprach Kilomba im Interview mit Agnes Andrae

Seit vergangenem Herbst kuratierst Du das Projekt *Kosmos*² im Maxim Gorki Theater in Berlin. Worum geht es?

Alexander von Humboldt betitelte eine Vorlesungsreihe im 19. Jahrhundert mit dem Namen *Kosmos*. *Kosmos* war ein sehr großes Projekt von ihm. Er begab sich dafür auf eine lange koloniale Reise nach Süd- und Zentralamerika – finanziert von der spanischen Monarchie. Eine solche

Wissensproduktion ist sehr kolonial geprägt und sehr zentriert auf weiße Akteurinnen und Akteure

staatliche Finanzierung war zu jener Zeit durchaus üblich. Schließlich wollen die Kolonialmächte mehr über Länder erfahren, um sie später besser ausbeuten zu können. Daher reiste Alexander von Humboldt beispielsweise durch Venezuela, Kuba, Kolumbien und Peru. Sein Projekt bestand darin, den *Kosmos* – oder das, was er als *Kosmos* sah – zu beschreiben und zu klassifizieren. Seine Erfahrungen und Beobachtungen wurden bei seiner Rückkehr in Berlin veröffentlicht. Seine Vorlesungen hielt er in der Berliner Singakademie – dem heutigen Maxim Gorki Theater.

Und nun spielt sich dort der *Kosmos*² ab.

Genau. In dem Raum, der historisch so stark aufgeladen ist. Unsere Herausforderung am Anfang war, diesen Raum neu zu besetzen. Anstatt einen *Kosmos* zu kreieren, wollten wir mit *Kosmos*² neue Formen der Wissensproduk-

tion erforschen und transformieren. Bei *Kosmos*² sitzen Künstlerinnen, Denkerinnen und Aktivistinnen auf der Bühne. Sie alle haben den Status eines Geflüchteten und sind demnach Menschen, die dazu gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen und Grenzen zu überschreiten. In der Reihe Artist Talks haben wir uns mit #1 Wissen, #2 Film, #3 Music, #4 Performance, #5 Aktivismus und #6 Fine Arts beschäftigt, und werden weitermachen mit #7 Dance und #8 Literature. In dem Projekt sind Künstlerinnen geladen, die geflüchtet sind. Das heißt, sie sind nicht auf der Bühne, um ihre Lebensgeschichte zu erzählen, wie es sonst üblich ist, sondern sie sind geladen als Expertinnen und Experten in dem Bereich, in dem sie schaffen und um ihre künstlerische Arbeit zu präsentieren.

In der Beschreibung von *Kosmos*² steht, dass das Wissen der geladenen Gäste keinen Weg in die konventionellen akademischen oder kulturinstitutionellen Räume der Wissensvermittlung findet. Was versperrt diesen Weg?

Ich denke, das liegt einfach daran, dass Wissensproduktion sehr kolonial geprägt ist und sehr zentriert auf weiße Akteurinnen und Akteure stattfindet. Alle anderen Stimmen, die in ihrer Biographie von dem Status des Refugee geprägt oder People of Color sind, haben es sehr schwer, gehört zu werden. Ihr Wissen ins Zentrum zu bringen, dieses also unabhängig von ihrer Biographie darzustellen, erweist sich als sehr schwierig. Akademische, künstlerische und kulturelle Zusammenhänge finden in einem weißen, patriarchalen System statt und all das Wissen, das außerhalb der Fragen, Perspektiven und Formate dieses weißen, patriarchalen Systems produziert wird, hat

immense Schwierigkeiten, im Diskurs wahrgenommen und anerkannt zu werden. Das Zentrum der Wissensproduktion reproduziert konstant koloniale Perspektiven. Und was wir außerhalb dieses Zentrums produzieren, ist dekolonial, eben mit dem Hauptaugenmerk auf *Decolonizing Knowledge*.

Das Problem ist also nicht das Wissen, sondern das System?

Ja. Das etablierte System erlaubt es nicht, dass das Wissen sichtbar wird. Das Wissen von marginalisierten Gruppen ist aber sehr der Zeit voraus. Sie stellen die Gegenwart in Frage und was sie in Frage stellen, ist sehr visionär. Die institutionelle Wissensproduktion hingegen reproduziert die Vergangenheit und damit die koloniale Denkweise, und das patriarchale Denken. In *Kosmos*² wollen wir genau aber die Alternativen und emanzipativen Wissensproduktionen sichtbar machen und ins Zentrum bringen. Das Maxim Gorki Theater ist ein sehr wichtiges Zentrum, es ist ein Staatstheater, ein Theater mit einem großen Einfluss. So besetzen wir nun die Räume, zu denen wir sehr lange keinen Zugang hatten und produzieren neues Wissen.

Dein neues Buch trägt deshalb den Namen *Performing Knowledge*. Was erwartet uns da?

Hier arbeite ich an einem Buch, das in den nächsten Monaten erscheinen wird, mit dem Titel *Performing Knowledge*. Das Buch ist eine Collage aus verschiedenen Arbeiten von mir. Darin enthalten sind Geschichten, Aufsätze, Texte für Videoinstallationen und Performances, etc. *Performing Knowledge* ist das Konzept meines Schaffens in den letzten Jahren. Als ich etwa Gastprofessorin an der

Humboldt-Universität war, habe ich mehrere Seminare zu dem Thema gehalten. Auch *Kosmos*² basiert sehr stark auf diesem Konzept. Ich beabsichtige damit, einen hybriden Raum zu kreieren, in dem die akademische und künstlerische Sprache und Formate eingeschlossen werden. Theorie, politische Texte und theoretische Texte werden gemixt und auf der Bühne performt und visuell gemacht. Zum Beispiel in Form von Videoinstallationen. So arbeite ich heute.

Welche Bedeutung hat die Bühne bei Deinem Schaffen?

In der Vergangenheit habe ich hauptsächlich mit Büchern und Publikationen gearbeitet. Ich habe viele Texte verfasst und parallel in vielen Theater- und Performanceprojekten gearbeitet. Meine Schreibweise ist sehr hybrid und visuell, das heißt, nicht in der klassischen akademischen Art und Weise. Ich habe mich viel auf die Psychoanalyse bezogen, da ich diese studiert habe. Psychoanalyse arbeitet viel mit dem Unbewussten, dem Metaphorischen und Symbolischen und hat dadurch auch viele gestalterische Elemente und ich habe diese immer mit lyrischen, narrativen Elementen verbunden. Meine Texte waren also immer sehr subjektiv, sehr emotional und persönlich – sie erzählen Geschichten, wie mein Buch *Plantation Memories*. Dann habe ich aber festgestellt, dass ich darüber hinaus Wissen auf die Bühne bringen möchte, um es sichtbar zu machen. Ich arbeite mit Geräuschen, Musik, Bewegung und mit Performance. In den vielen Jahren meiner Lehrtätigkeit an der Universität habe ich festgestellt, dass die Studierenden viele Bücher und Essays lesen und Definitionen auswendig können. Aber all das spielt sich bei ihnen im Kopf ab,

auf dem kognitiven Level. Sie wissen sehr viel, aber sie wissen nicht, was sie mit ihrem Wissen anfangen sollen. Der emotionale Zugang zu dem Wissen fehlt. Ich kann aber etwas nur ändern, wenn ich es emotional verstehe. Verstehe ich es nur kognitiv, wiederhole ich mich ständig. Das Wissen bleibt rational und ich vergesse es schnell.

Wissen soll gefühlt werden?

Genau darum geht es. Daher hat Wissen immer auch eine sehr subjektive und persönliche Note. Das Wissen, dass du produzierst, musst du sehr intensiv fühlen. Koloniales Wissen hingegen hat viel mit Abstand zu tun. Es geht darum, „Andere“ zu erschaffen, und diese „Anderen“ als Objekte zu beschreiben, um „universelles“ Wissen zu produzieren – das nennt man objektives und neutrales Wissen – das ist aber kolonial. Zum Beispiel hat Alexander von Humboldt, ein weißer Mann, Dinge

Menschen sprechen über andere Menschen, indem sie Zuschreibungen wie Refugees benutzen

und Menschen aus einer gewissen Distanz beschrieben, ohne sich positionieren zu müssen. Damit werden Menschen objektiviert. *Decolonizing Knowledge* funktioniert genau andersrum: Wenn die Theorie mit meiner Biographie verlinkt ist und umgekehrt meine Biographie durch Theorie beeinflusst, dann muss ich mich mit dem Wissen, dass ich produziere, auch positionieren. Weil Wissen immer mit der Person verbunden ist, die darüber schreibt und es produziert.

Daher lädst Du die Hauptpersonen von *Kosmos*² auf die Bühne ein, damit diese ihr Wissen als Expertinnen und Experten dem Publikum darstellen können, gleichzeitig sind sie aber geprägt von dem Status des Refugee. Dies soll aber Nebensache bleiben.

Ja genau. Geflüchtete Menschen werden erst sichtbar, wenn sie ihre Geschichte erzählen. Wir vergessen häufig, dass sie auch Denkende sind, die Wissen produzieren. Bei mir sind sie auf der Bühne aber als Expertinnen und Experten geladen, als Produzentinnen und Produzenten von Wissen. Und natürlich beziehen sie ihr Schaffen auf die politische Situation, auf die Reisen, auf die sie sich begeben haben oder sogar begeben mussten. Sie erzählen viel darüber, wie sie in Diktaturen zum Beispiel nicht in der Lage waren Filme zu produzieren und Szenarien schaffen mussten, in denen dies doch möglich wurde usw. Diese verschiedenen Strategien sind sehr

interessant: Die Strategien, die Menschen entwickeln, um neues Wissen zu produzieren. Für das Publikum ist dies eine neue Herausforderung: Menschen sprechen über andere Menschen, indem sie Zuschreibungen wie

Refugees benutzen. Wir vergessen dabei, dass wir alle eine Biographie haben, eine eigene Geschichte, dass Menschen (...) Kompetenzen besitzen und Wissen produzieren, dass sie anbieten können und wollen. Viele der Menschen, die hierher geflüchtet sind, sind hier, auf Grund ihrer künstlerischen Arbeit. Die Aufgabe von *Kosmos*² besteht also darin, das Schaffen der Menschen sichtbar zu machen, die üblicherweise unsichtbar bleiben.

Welchen Menschen?

Meine Gäste sind solche Personen, die in unserer Gesellschaft am meisten ausgeschlossen werden und am meisten eingeschränkt werden zum Beispiel in ihrem Recht auf Bewegungsfreiheit oder ihrem Recht auf Bildung. Sie

Schuld ist keine Basis für eine Arbeit am Rassismus, denn Rassismus hat nichts mit Moral zu tun

werden, beispielsweise daran gehindert, sich eine eigene Wohnung zu suchen und sich frei zu bewegen. Ich denke, es gibt gegenwärtig keine andere Gruppe, die so von allen fundamentalen Rechten ausgeschlossen wird, wie die Gruppe, die den Status des Flüchtlings erhält. Daher müssen gerade diese Menschen die Möglichkeit bekommen, die Bühne zu besetzen und ihr Wissen nach außen zu tragen. Darum geht es. Und diese Arbeit macht mir sehr viel Spaß. Die Abende im Maxim Gorki Theater waren jedes Mal restlos überfüllt und wir mussten teilweise die Tore des Theaters öffnen, damit alle Leute Platz hatten. Es ist ein sehr junges Publikum, das neues Wissen erfahren möchte und teil sein will am Prozess des *Decolonizing Knowledge*. Und das fühlt sich danach an, dass wir das Richtige machen.

In der letzten Zeit hat sich der öffentliche Diskurs über Geflüchtete stark geändert. Spürst Du das in Deiner Arbeit? Was hast Du beobachtet?

Es hat sich viel geändert aber gleichzeitig auch nicht. Dies hat viel mit dem Aspekt des *Performing Knowledge* zu tun. Im letzten

Jahr war überall die „Willkommenskultur“ zu spüren. Alle waren so aufgeregt und interessiert an der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und wollten daran teilhaben und eine Lösung für die „Krise“ finden. Aber manchmal ist die Motivation für diesen Enthusiasmus und das Engagement nicht so ganz klar. Das hat viel mit der Frage zu tun: Was weiß ich und was mache ich mit meinem Wissen? Wir leben in einer Gesellschaft, die sich nicht mit Rassismus, der kolonialen Geschichte, den deutschen Waffenexporten, usw. auseinander setzt. Es wird nicht gefragt: Woher kommt diese Krise und was für eine Rolle spielen Deutschland und Europa in dieser Krise? Sie wollen mitmachen, sich aber nicht wirklich ernsthaft mit dem Thema auseinander setzen. Die Motivation ist manchmal also (...) Schuld“. Aber wenn du Dinge verstehst und dich hinsetzt und an diesem Wissen arbeitest, dann hast du eine andere Motivation: Verantwortung statt Schuld. Diese unbestimmte Motivation durch Schuld kann sich jederzeit wieder ändern. Ich habe mit Leuten geredet, die nach Mazedonien gefahren sind, um Refugees mit ihrem Auto nach Deutschland zu fahren. Und eine Woche später sprachen sie davon, dass es zu viele Geflüchtete für Deutschland sind.

Also nur, wenn wir uns ernsthaft mit Rassismus, der Rolle Deutschlands und Europas in der kolonialen Geschichte und mit der Festung Europas auseinander setzen, dann haben wir eine klare Motivation. Schuld ist keine Basis für eine Arbeit am Rassismus, denn Rassismus hat nichts mit Moral zu tun oder mit Schuld, es hat mit Verantwortung zu tun. Darum geht es bei antirassistischer und humanitärer Arbeit. Es geht nicht um Schuld oder Scham, sondern um Verantwortung.



Kunstinstallation von Danilo Oliveira aus
der Ausstellung „Letztes Mal hier war alles anders“
in der Färberei in München

Wer ist denn „wir“?

„Welche und wieviele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?“ So lautete die Preisfrage der Gesellschaft für Analytische Philosophie, die Ende 2015 in Zusammenarbeit mit der Neuen Züricher Zeitung und dem Reclam-Verlag an Philosophinnen und Philosophen gestellt wurde. Michael Genderkinger wollte sie wegen des enthaltenen Rassismus und Eurozentrismus nicht beantworten, verlas aber eine Stellungnahme im lokalen Freien Radio in Dresden. Ein Auszug.

Bereits die Frage „Welche und wieviele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?“ basiert auf Voraussetzungen, die die eigentlich wesentlichen sind, um über die Moral, die aus ihr folgen soll, sprechen zu können. Zwei dieser Voraussetzungen sollen hier ins Bewusstsein gehoben werden, um den Blick für eine planetarische Perspektive auf die Flüchtlingsproblematik zu öffnen - ein Blick, den diese Frage verstellt.

Insbesondere zwei Worte vor dem Fragezeichen, nämlich *wir* und *aufnehmen* stellen mit Subjekt und Verb nicht nur den grammatisch zentralen, sondern vor allem den inhaltlich brisanten und nur scheinbar selbstverständlichen Teil der Frage. Dieses *Wir* ist ein plurales und zeitabhängiges, es ändert sich ständig, beispielsweise durch die Aufnahme von Geflüchteten. Wenn „wir etwas aufnehmen“ dann offenbar in etwas, was bereits da ist. Ist dies unsere Demokratie, Kultur, Gesellschaft, Nachbarschaft, Nationalwirtschaft? Und wird mit *aufnehmen* ein Prozess beschrieben, der wie beim Kochen die Sahne in der Suppe homogenisiert oder nur die Petersilie auf dieser schwimmen lässt? Welche

Sehen wir uns an, was uns umgibt, was wir in unsere Welt gestellt haben, stellen wir schnell fest, dass die allermeisten Sachen die wir nicht direkt konsumieren, arbeitsteilig in weltweiter Produktion entstanden

Wem gehören Demokratie, Wirtschaft, Land, Rechte und all die guten Dinge, die wir als die unseren bezeichnen?

Suppe mit Geflüchteten bereichert werden muss, wird dabei weniger interessieren, als die Frage danach, wer diese Suppe kocht und gekocht hat. Fragen wir

nach den Produktionsverhältnissen, fragen wir nach Eigentumsverhältnissen, fragen wir also am besten direkt: Wem gehören Demokratie, Wirtschaft, Land, Rechte und all die guten Dinge, die wir als die unseren bezeichnen? Wer hat diese hergestellt, produziert und erhalten? Waren dies *wir* oder unsere Vorfahren oder

ihre Vorfahren oder gar deren Vorfahren, die dann 1884 an der Afrika-Konferenz in Berlin teilgenommen haben könnten, um die Aufteilung Afrikas in den heutigen Grenzen zu beschließen?

Wer hat dieses *Wir* hergestellt, produziert und erhalten?

Den zweiten mit der Eigentumsfrage verbundenen Hinweis auf eine gute Antwort gibt uns die Frage nach der Flucht in dieses *Wir*. Weniger die verschiedenen unübersehbaren Fluchtursachen – wie Klima, Armut, Krieg,

Verfolgung – sind hier von Belang, als vielmehr der nahezu unbewusst angenommene Fakt, dass es sich dabei um eine Bewegung von dort nach hier oder allgemeiner von einem Ort zu einem anderen handelt. Die Bewegung von Geflüchteten ist ohne Zweifel eine solche, aber sie findet entgegen der oft herrschenden Annahme nicht zwischen zwei oder mehreren Orten statt, sondern an nur einem. Dieser ist der Planet. Und dieser Planet ist nicht der unsere.

Für moralische Orientierung müssen wir über die technisch-wirtschaftliche Globalisierung hinausgehen, ohne sie zu ignorieren.

Eine Aufgabe von Philosophie im aufklärerischen Sinn ist stets die Kritik des *common sense*, des Gemein-sinns, also des einfach für wahr Gehaltenen. Mit einer durch Internet und Wirtschaft ausgeweiteten Welt, haben sich auch die geglaubten Wahrheiten vervielfältigt. Für unsere Absicht, eine moralische Orientierung für unsere Demokratien und die restliche Welt zu schaffen, müssen wir über die technisch-wirtschaftliche Globalisierung hinausgehen, ohne diese zu ignorieren. Es heißt, handlungsorientierte Grundlagen für alles zu finden, was diesen Planeten bewohnt. Denn die Flüchtlingsproblematik ist, genau wie der Klimaschutz, kein lokales Problem.

Ein elastischer Begriff, der in manchem Gebrauch mal alles oder auch gar nichts erfassen kann.

Zurück zu der Frage, wer dieses *Wir* ist, das aufnehmen soll. Wie bildet es sich und wann gehöre ich zu *wir*? Was nehmen *wir* auf, wenn *wir* etwas aufnehmen? Eignen *wir* etwas an, nehmen *wir* etwas zum Eigentum? Was ist *unser* Eigentum zu dem etwas hinzugenommen wird?

Das unser *Wir* sich nicht selbst gleicht, liegt auf der Hand. Mal umfasst es ein paar Namen oder eine Liebesbeziehung, mal eine nur virtuelle Gemeinschaft. Gemeinsames Handeln kann ein *Wir* herstellen: *wir* sind Kollegen, Frauen, Katzenliebhaberinnen, Staatsbürger, auf Facebook befreundet und so weiter. Auffälliger Charakter des *Wir* ist - neben seines sich ändernden Ein- und Zeitbezugs - dass es etwas ein- oder ausschließt. *Wir* können auch nicht bei Facebook befreundet, keine Frauen oder Staatsbürger sein. Es ist also relativ zum Standpunkt. Über seine Zahl, seine Qualität oder seine Kultur ist nichts gesagt. Es scheint ein sehr elastischer Begriff, der in manchem Gebrauch mal alles oder auch gar nichts erfassen kann.

In unserer Frage ist dieses *Wir* bereits bestimmt als eines, dass etwas *aufnehmen* kann. Flüchtlinge nämlich. Diese werden quasi integriert in einen Begriff, der aber eine zweiseitige Differenz zwischen denen betont, die aufgenommen werden und denen, die aufnehmen. Es gibt also scheinbar etwas, in das die Aufzunehmenden aufgenommen werden können. Was an diesem *Wir* ist das, was etwas aufnehmen kann? Bewohnt oder besitzt es etwas, in was die Aufzunehmenden aufgenommen werden können? Ein wohlhabendes Gemeinwesen und eine Kultur mit von *uns* vertretenen Werten, welche *wir* und *unsere* Demokratien repräsentieren, würde der *common sense* sagen. Eine Philosophin mit antiken demokratischen Idealen wie Hannah Arendt würde dagegen sagen, wir besitzen nur das, was wir hergestellt oder im gemeinsamen Handeln entschieden haben. Dafür ist ein gemeinsames *Wir* verantwortlich.

Unsere Welt ist arbeitsteilig
in weltweiter Produktion entstanden.

Sehen wir uns an, was uns umgibt, was wir in unsere Welt *gestellt* haben, stellen wir schnell fest, dass die allermeisten Sachen, die wir nicht direkt konsumieren, arbeitsteilig in weltweiter Produktion entstanden. Das Notebook wurde in China zusammengesetzt, seine Metalle wurden in afrikanischen Ländern aus dem Boden geholt, seinen Vertrieb haben globale Logistik-

firmen organisiert und seine Software haben Menschen aller Kontinente programmiert. *Wir* haben ihn meist nur gekauft. Er gehört uns daher in einem juristischen Sinne, niemals aber in einem moralischen, schon da wir mit Blick auf die Bedingungen in der Wertschöpfungskette nicht die Verantwortung für diese übernehmen wollen und können. Mit *unserer* Demokratie und Kultur, die bereits einige tausend Jahre alt sind und zu deren Erfinderinnen und Erfindern und Verteidigerinnen und Verteidigern wir örtlich und zeitlich oft nicht den geringsten Bezug haben, verhält es sich im Grunde nicht anders.

Gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Peripherie und Zentren sichern den relativen Wohlstand der Industrieländer.

Gemeinsamen Besitz halten fast ausschließlich Familien, Aktiengesellschaften und Nationalstaaten. Den letzteren als den *unseren* zu bezeichnen, da die Verfügungsgewalt darüber vom Staate ausgeübt wird, ist insofern fraglich, als dass gerade die Ex- und Importwirtschaften europäischer Provinzen auf weltweite Produktion angewiesen sind. Ihre wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist eine der kolonialen Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft. Wir brauchen dem Sozialhistoriker Immanuel Wallerstein nicht in seiner Kapitalismuskritik zu folgen, um die von ihm prominent hervorgehobene gegenseitige Abhängigkeit zwischen den entwickelten Industrieländern und der unterentwickelten Peripherie zu erkennen. In dieser Abhängigkeit besteht eine Hierarchie, die in der Weltwirtschaft bestehen bleiben muss, um den Zentren ihren relativen Wohlstand zu sichern. Die Herstellung unserer Welt geschieht weltweit. Ein Herrschaftsanspruch auf einen gemeinsamen Besitz kann zwar juristisch und gewaltsam verteidigt werden, kaum aber in einem verantwortbaren oder moralischen Sinn.

Unser Aufnehmendes löst sich demzufolge in ein Weltweites auf. Unser *Wir* würde sich in selber Weise auflösen, wenn wir der historischen Entwicklung von Bevölkerung, Kultur und Sprache nachspürten. Europa

Ein Wissenschaftsverlag wie Campus ist sowohl in Frankfurt wie in New York beheimatet – er oszilliert quasi zwischen den Orten oder ist, wie ich es sehe, an nur einem zu Hause, aus dem er sein geistiges, wirtschaftliches und personelles Kapital zieht. Dieser Ort ist der Planet.

wurde durch Einwanderung urbar gemacht. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich als Migrationsgesellschaft aus europäischen Geflüchteten konstituiert, die nur knapp einhundertfünfzig Jahre später die Einwanderung per Gesetz beschränkten. Das falsch und traditionalistisch Konstruierte einer regional und zeitlich begrenzten kollektiven Identität wird daran deutlich.

Die Grenzen werden trotz Frontex und Mauern durchlässig bleiben.

Michael
Genderkinger
*sendet mit dem
Radiokollektiv
Volume Maskara
Murmansk bei
coloRadio in
Dresden. Sein
Philosophiestudium
hat er zur Biopolitik
Foucaults abge-
schlossen.*

Wenn wir also aufnehmen, nehmen wir die Welt in der Welt auf. Die Grenzen zwischen dem Hier und dem Dort lassen sich nicht klar trennen. Sie sind relativ zum Standpunkt und ebenso elastisch wie die eines *Wir*. Sie breiten sich vielleicht von einem Punkt aus, ohne sich jedoch in konzentrischen Kreisen um diesen zu erweitern. Ein Wissenschaftsverlag wie Campus ist sowohl in Frankfurt wie in New York beheimatet – er oszilliert quasi zwischen den Orten oder ist, wie ich es sehe, an nur einem zu Hause, aus dem er sein geistiges, wirtschaftliches und personales Kapital zieht. Dieser Ort ist der Planet. Da die Grenzen durchlässig sind, auch trotz Frontex und Mauern durchlässig bleiben werden, wird die Unterscheidung zwischen hier und dort immer eine relative bleiben, die einer näheren zeitlichen und räumlichen Bestimmung bedarf. So interessant wie eine solche Beziehungsetzung sein kann, so wenig hilft sie uns bei Problemen, die die Welt betreffen. Ein abstrakt und theoretisch abgeschlossener oder begrenzter Raum kann uns für praktisch unbegrenzte Verantwortungslagen keinen Umgang aufzeigen. Ideal begrenzte Räume können ihre Umweltbedingungen nicht einbeziehen, wenn sie nur aus bestimmten bekannten Parametern bestehen. Ein logisches System mag in sich schlüssig sein, seine Aussagekraft ist bekanntlich beschränkt.

Aus all diesen Gründen kann die Frage „Welche und wieviele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?“ nicht beantwortet werden. Ihre Voraussetzungen sind derart, dass wohl nur ein eng begrenztes Denken Freude an ihrer Beantwortung hätte.<

Innenansichten bewegter Leben

Flüchtlinge kommen nach Deutschland. Wie es ihnen gelingt, in diesem Land mitzuwirken und welche ungeheuren Energien sie dafür freisetzen, zeigt differenziert und leicht verständlich *taz*-Redakteur Christian Jakob in seinem faktenreichen und berührenden Buch „Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern“. Ein Rezension von Christine Wolfrum.

„Die Bleibenden“ wirkt apodiktisch, denkt man an die 1.091.894 Flüchtlinge, die deutsche Behörden 2015 zählten. Am Ende des Buches findet man sowohl den Titel als auch das Fazit des Autors passend: „Die Flüchtlinge und MigrantInnen haben dieses Land verändert, zum Besseren. Und egal, was jetzt geschieht: Dieser Wandel ist irreversibel. Er wird bleiben.“ Tatsächlich vergeht kein Tag mehr, ohne dass die Tagesschau, Zeitungen und weitere Medien über geflohene Menschen und ihre bedrückenden Schicksale berichten. Christian Jakob macht deutlich: Auch vor 2015 flohen viele nach Deutschland. Doch erst seit den selbst organisierten Flüchtlingsprotesten, wie der Besetzung des Berliner Oranienplatzes im Oktober 2012, nimmt die Öffentlichkeit diese Menschen wahr.

Einzelschicksale, die unter die Haut gehen

Sein Buch umfasst eine Zeitspanne von mehr als 20 Jahren und gliedert sich in zwei Teile. Im ersten zeichnet der Autor anhand von zwölf Einzelschicksalen von zwei Frauen und zehn Männern nach, wie Geflüchtete über viele Jahre hinweg zermürbende Kämpfe mit deutschen Behörden austragen, um vielleicht anerkannt zu werden oder nur bleiben zu dürfen. Manche zerbrechen daran, andere überleben und wachsen mit den Herausforderungen. Spannend wird es, wenn Christian Jakob mit zahlreichen Zitaten über das individuelle Los berichtet, etwa von anonymen und schwer widerlegbaren Anschuldigungen, die von behördlicher Seite oft mit schlimmen Folgen für die geflüchteten Menschen enden.

Dann etwa, wenn Mouctar Bah aus Dessau wissen will, warum sein Freund Oury Jalloh 2005 gefesselt auf dem Polizeirevier in Dessau verbrannte. Erst durch Bah wird Jahre später vor Gericht allen Anwesenden klar, dass bereits bei den Ermittlungen nach Jallohs Tod viel vertuscht wurde. Die beteiligten Polizistinnen und Polizisten wurden freigesprochen. Bah aber musste anonyme Überfälle abwehren und ist heute arbeitslos. Seine Lizenz für ein Internetcafé bleibt von der kommunalen Behörde seit dem Aufrollen des Prozesses eingezogen. Jakob hat sorgfältig recherchiert und zählt neutral die Fakten auf.

Aktive Flüchtlinge unterstützen die Neuen

Trotz schwierigster Bedingungen setzen sich Geflüchtete für nachfolgende Geflüchtete ein und können mit ihrem Wissen unterstützen und Bedingungen positiv verändern. Mit seinen Beispielen weist der Autor fesselnd nach, wie es zahlreichen Flüchtlingen gelingt, durch ihre Aktivitäten – unter anderem Protestaktionen, Vorträge und auch Verstöße gegen behördliche Auflagen – selbstwirksam zu werden.

Bei jedem Porträt geht Jakob zudem auf einen besonderen Aspekt der Flüchtlingsproblematik ein wie Residenzpflicht oder Duldung – trockene Begriffe aus dem Beamtendeutsch, die erst durch seinen lebendigen Erzählstil deutlich machen, welche demütigenden Besonderheiten und Bedingungen sich hinter diesen scheinbar neutralen Worten verbergen.

Der Autor schafft es, jeden einzelnen Menschen mit seinen verhandelten Problemen für die Leserin und den Leser persönlich erlebbar zu machen. Etwa Osaren Igbinosa aus Nigeria, der mit vier anderen Männern in einem Zimmer, „wie Sardinen in Fischbüchsen“ lebt. Keine Arbeit, keine Möglichkeit zu kochen, keine Ausbildung. Aber Strafen für jeden, der den Landkreis verlässt, um etwa Verwandte in anderen Städten zu besuchen oder wichtige Protestaktionen mit durchzuführen. Die Residenzpflicht verbietet jedem Flüchtling, sich aus seiner Kommune zu entfernen.

Sein Asylverfahren läuft schlecht. Igbinosa zeigt seinen Führerschein, Zeitungsartikel aus Nigeria. Alles gefälscht, sagen die deutschen Behörden und lehnen ab. Igbinosa fühlt sich wie in einem „leisen Krieg, den die Bürokraten gegen ihn führen“. Er soll abgeschoben werden, hat jedoch inzwischen verlässliche Bekannte, die ihn verstecken. In der Zwischenzeit landen immer mehr Oppositionelle in Nigerias Gefängnissen. Das spricht eindeutig gegen Nigeria als ein sicheres Herkunftsland.

Nach einer weiteren Flucht – die Polizei hatte sein Versteck ausfindig gemacht – stellt Igbinosa deshalb erneut einen Asylantrag. 1996 wird er als politischer Flüchtling anerkannt.



Christian Jakob
Die Bleibenden
Wie Flüchtlinge
Deutschland seit 20
Jahren verändern
 260 Seiten
 ISBN 978-3-86153-
 884-4
 18 Euro (D), 18,50
 Euro (A)
 CH. Links Verlag

Christine Wolfrum,
Journalistin und
Buchautorin in
München

Jakob zeigt auch, wie viele Geflüchtete, nachdem sie endlich anerkannt wurden, ihr Wissen für andere Hilfesuchende einsetzen. Igbinola ist so einer. Er hat in den Asylheimen des Ostens eine Protestbewegung federführend mit aufgebaut, eine Selbstorganisation der Flüchtlinge. Noch heute betreibt er das Büro von *The Voice Refugee Forum*. Sein Anliegen: Er will Flüchtlinge dabei unterstützen, ethnische Grenzen zu überwinden, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Zudem will er mithelfen, zu verhindern, dass Flüchtlinge in Lagern leben müssen. Denn das ist demütigend und würdelos: „Nur essen und schlafen, essen und schlafen (...) bis wir entweder deportiert werden oder, wenn unser Lebenswille gebrochen ist, wir ‚freiwillig‘ in unsere Länder zurückkehren.“

Demos, Hungerstreiks, Selbstverletzungen
– geänderte Aktionsformen.

Im zweiten Teil des Buches verfasst Jakob eine dichte, systematische Chronologie des deutschen Flüchtlingsgeschehens, einschließlich des seit 1993 immer wieder geänderten Asylrechts. Dabei spart er die Spannungen unter den Flüchtlingen nicht aus, deren Aktionen sich beispielsweise je nach Herkunftsland deutlich unterscheiden. Wie in einem Puzzle trägt der Autor Einzelteile zusammen und schafft so ein verständliches Ganzes.

Im Juni 2013 beispielsweise ziehen 50 Asylsuchende aus Afghanistan, Äthiopien, Iran, Syrien und Sierra Leone durch die Innenstadt von München, errichten am Rindermarkt ein Camp und treten in den Hungerstreik. Eine verzweifelte Tat von verzweifelter Menschen. Tagelang wird über sie berichtet. An einem Sonntagmorgen um fünf Uhr rücken Hundertschaften der Polizei an und lösen das Camp gewaltsam auf. „2015 wird das Landgericht München feststellen, dass die Räumung des Camps durch das Münchner Kreisverwaltungsreferat ‚formell und materiell rechtswidrig‘ war.“

So ordnet der *taz*-Redakteur die Geschehnisse der letzten Jahre sorgfältig, klärt auf und zeigt unmissverständlich, dass Deutschland viel früher hätte Verantwortung übernehmen müssen. Denn jeder kannte die überbelegten, krank machenden Flüchtlingslager in der Türkei, dem Libanon, Jordanien und den Notstand in Griechenland und Süditalien. Informierte erfahren beim Lesen zusätzlich Neues – zudem ist vieles aus der Tagespresse viel zu schnell vergessen. Für alle anderen ist dieses Buch ein unschätzbare Kompendium des deutschen Flüchtlingsgeschehens in seinen vielseitigen Facetten. Selbst hochkomplexe Zusammenhänge löst Jakob leicht verständlich auf. Nicht zuletzt belegt er seine Aussagen und Zitate in einem ausführlichen Anhang, den ein Glossar ergänzt. Das Buch ist ein solider roter Faden durch das oftmals verwirrende Migrationsgeschehen in Deutschland.<

Wie ein Strich durchs Leben

Abgelehnte Asylsuchende, die nicht abgeschoben werden können, führen ein Leben auf Abruf, mit stark eingeschränkten Rechten. Die kurdische Libanesin Meryem Kaymaz kommt 1988 im Alter von sechs Monaten nach Deutschland. Als sie elf ist, wirft die Ausländerbehörde ihren Eltern vor, beim Asylantrag gelogen zu haben. Die weisen das zurück, doch von nun an leben sie als Geduldete. Dann beginnt Kaymaz sich zu wehren. „Ich bin Deutsche. Die kriegten mich hier nicht weg“, sagt sie.

In Meryem Kaymaz' Augen hat sich keine Härte eingegraben. Aber manchmal friert ihr Blick auf den Bildschirm kurz ein, dann bleiben ihre Finger in der Luft stehen, und ihr kommt nichts Tröstliches mehr in den Sinn, das sie in die Tastatur tippen könnte. Hassan_essen ist heute im Chat, jamila 03, kingahmu-die und ArAb_StYIEr_2006. Alle haben das gleiche Problem, keiner ist hier, weil er sich bloß unterhalten will. „wie lange hast du gekriegt?“, fragt Kaymaz ArAb_StYIEr_2006. „wie immer drei monate“, erscheint in der Chatzeile. „ach so ich muss jetzt auch bald hin“, tippen Kaymaz' Finger. „voll angst#“.

Es ist ein Samstagnachmittag, Ende September 2006. Kaymaz, 19 Jahre alt, trägt ein rotes Hemd, eine Strähne fällt aus den zusammengebundenen Haaren, und das Sonnenlicht scheint durch die verbogenen Lamellen der Plastikjalousie auf den Monitor, während Kaymaz weiter tippt im Chatraum der Ausgeschlossenen. Alle im Internet Forum von Jugendliche ohne Grenzen (JOG) haben ihr Leben in Deutschland verbracht, aber dürften gar nicht hier sein. Sie sind eine Selbsthilfegruppe im Niemandsland des Aufenthaltsrechts. Sie sind nicht illegal im Land, aber auch nicht legal.

„hoffentlich bekommst du länger“, wünscht ihr ArAb_StYIEr_2006.

Wenn sein Wunsch in Erfüllung geht, dann wären es diesmal vielleicht drei Monate, die die Bremer Ausländerbehörde Meryem Kaymaz' Abschiebung aussetzt, wie es im Amtsdeutsch heißt. Und nicht immer nur einen Tag, wie vor Kurzem.

Andere Jugendliche machen den Führerschein, wenn sie volljährig werden, und gehen in Clubs, in die sie vorher nicht reingekommen sind. Manche bekommen ein Auto. Meryem Kaymaz bekommt zum Achtzehnten

von der Ausländerbehörde ihre eigene Duldung. Nun kann sie auch allein abgeschoben werden. Ohne ihre Eltern. So wie ihr älterer Bruder vor drei Jahren.

Erst haben die Eltern ihr verheimlicht, wie es um die Familie steht. Aber dann drängte Kaymaz auf einen gemeinsamen Urlaub. Und dann sagten die Eltern: „Wir dürfen nicht verreisen.“ Da ist sie elf.

Ihr Leben ist danach nicht mehr dasselbe.

Am Ende eines Schuljahres fuhr ihre Klasse nach Frankreich. Geduldete unterliegen der Residenzpflicht, Kaymaz braucht eine Erlaubnis. Die Ausländerbehörde lehnt ab.

Wenn ihre Freunde mal nicht mit ihr ausgehen wollen, dann sagt sie: „Es kann sein, dass ich heute den letzten Tag mit euch hier bin. Also feiern wir lieber.“

Die Bremer Filmemacherin Rebekka Schaefer hat eine grandiose Dokumentation über Kaymaz' Leben gedreht. In einer Szene faltet diese ein kleines grünes Papier auf dem Wohnzimmer-tisch auseinander. Es ist ihre Duldung, sie trägt die Nummer FÖ1820617, ausgestellt von der Ausländerbehörde Bremen. „Das finde ich am lustigsten“, sagt sie dann. „Da ist ein dicker Strich durch“, sie deutet auf einen roten Streifen. Er zieht sich diagonal über die Seite mit den Angaben zu ihrer Person. Das soll Manipulationen erschweren. „Wie ein Strich durchs Leben“, sagt Kaymaz.

„Vielleicht können Sie beim nächsten Mal direkt ins Flugzeug steigen“, sagt ein Sachbearbeiter einmal, als sie kommt, um sich ein neues grünes Papier abzuholen.

Nach der 10. Klasse findet sie zwei Firmen, die bereit sind, ihr trotz des fehlenden Aufenthaltsrechts einen



Christian Jakob
Die Bleibenden
Wie Flüchtlinge
Deutschland seit 20
Jahren verändern
260 Seiten
ISBN 978-3-86153-
884-4
18 Euro (D), 18,50
Euro (A)
CH. Links Verlag

Job zu geben. Das Arbeitsamt lehnt ab.

Sie sucht weiter und findet zwei Ausbildungsbetriebe, die sie nehmen wollen. Das erste Mal lehnt das Arbeitsamt wieder ab, das zweite Mal erteilt es die Erlaubnis erst nach sechs Monaten – aber nur für acht Stunden pro Woche, Freitag, Samstag und Sonntag-abend. Zu wenig für den Restaurantbetrieb. Sie bekommt die Stelle nicht.

Kaymaz gehört zu einer Arabisch sprechenden kurdischen Minderheit, den Mhallami. Ihre Großeltern wurden einst aus der Türkei vertrieben, ihre Eltern flohen vor dem Bürgerkrieg im Libanon. Als die Familie 1988 nach Deutschland kommt, ist Kaymaz sechs Monate alt. Sie gelten als staatenlos und bekommen Asyl. Drei der sechs Kinder werden in Deutschland geboren.

Elf Jahre nach ihrer Ankunft bestellt die Bremer Ausländerbehörde die Eltern ein.

Sie hat in der Türkei Melderegistereinträge kurdischer Libanesen gefunden, die nach Deutschland geflohen waren. Darunter finden sich auch Namen, die die deutschen Behörden Kaymaz' Familie zurechnen. Also, schlussfolgert die Behörde, seien Kaymaz' Eltern Türken und keine staatenlosen Libanesen. „Identitätsfälschung“ sei das. Über 500 solcher Familien machen die Ausländerbehörden zu dieser Zeit bundesweit aus. „Tausendfacher Asylbetrug“, schreiben die Boulevardzeitungen, „Scheinlibanesen“ sagt Bremens damaliger Innensenator Kuno Böse (CDU) 2001. Er will Kaymaz' Familie in die Türkei abschieben.

Sie seien keine Türken, sagen Meryem Kaymaz' Eltern der Ausländerbehörde. Die Großeltern hätten sie einst in das türkische Geburtsregister eintragen lassen. Doch in der Türkei hätten sie nie gelebt. Vor allem den Kindern ist das Land völlig unbekannt. Niemand in der Familie spricht ein Wort Türkisch. Auch die Türkei hält die Familie nicht für türkisch. Sie will sie nicht einreisen lassen.

Das diplomatische Hin und Her zieht sich, die Bremer Ausländerbehörde macht der Familie Druck. Sie soll von allein ausreisen. Ihren Gemüseladen müssen die Eltern schließen, nachdem ihnen die Identitätsfälschung vorgeworfen wurde. Sie müssen von 598 Euro

Sozialhilfe im Monat leben, sieben Personen. Arbeiten ist verboten. Sie müssen in eine kleinere Wohnung ziehen, 3,5 Zimmer für alle. Vier Mädchen, teils volljährig, in zwei Stockbetten. Die Mutter schläft dazwischen auf einer Matratze auf dem Boden.

Man kann doch niemanden abschieben, der schon sein ganzes Leben hier ist, sagt Kaymaz.

Eines Morgens um fünf Uhr früh klingelt es an der Tür. Polizisten kommen in die Wohnung, sie machen nicht viele Worte, aber werfen alles aus den Regalen und Schränken, auf der Suche nach irgendetwas, das den Behörden nutzen könnte, um den Türken zu beweisen, dass die Familie türkisch ist. Sie finden nichts. Sie hat gelernt zu verstecken, wie es in ihr aussieht, sagt Kaymaz. „Sonst denken die Leute, ich will Mitleid.“

Irgendwann kommen die Polizisten wieder, diesmal etwas später am Tag.

Die Ausländerbehörde will die Familie jetzt mit einem Staatenlosen-Pass in die Türkei abschieben. Die Mutter ist allein zu Hause. „Packen Sie alle Sachen“, sagen sie.

„Für jeden nur 20 Kilo.“ Am Abend würden sie sie abholen. Als Kaymaz nach der Schule nach Hause kommt, findet sie ihre Mutter weinend in der Küche. Ein Anwalt holt im letzten Moment etwas Aufschub heraus.

***Ich bin Deutsche, sagt Kaymaz.
Die kriegen mich hier nicht weg.
Oder?***

„Die Angst kommt schon hoch, wenn ich nur einen Polizisten auf der Straße sehe“, sagt Kaymaz. Als sie in der Schule erzählt, was geschehen soll, glaubt der Lehrer ihr nicht. Als sie anfängt zu weinen, vergehen seine Zweifel. Ihre Klasse sammelt Unterschriften für Kaymaz, in der ganzen Stadt, Gruppen wie die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantenInnen oder No Lager steigen ein. Die Proteste ziehen sich über Monate, viele Medien berichten über die Lage der angeblich türkischen Familien. Schließlich ordnet Innensenator Böse an, dass die Ausländerbehörde Kindern der kurdischen Libanesen ein Bleiberecht geben darf. Die Duldung der Familie Kaymaz wird nun immerhin für jeweils sechs Monate verlängert.

Ich bin Deutsche, sagt Kaymaz. Die kriegen mich hier nicht weg. Oder?

Ein Jahr später scheidet Böse aus dem Amt. Sein

Nachfolger Thomas Röwekamp (CDU) setzt den Libanesen-Erlass außer Kraft. Der Druck der Ausländerbehörde nimmt wieder zu. Im August 2005 muss die Familie fast jeden Tag zum Amt. Um halb fünf morgens anstellen, mittags um zwölf sind sie dran. Die Behörde verlängert die Duldung immer nur um einen einzigen Tag.

Keymaz schafft unter diesen Umständen den Real-schulabschluss nicht. Der Vater kommt drei Mal in die Psychiatrie, nimmt fünf Sorten Tabletten, fängt an zu trinken. „Mit 59 ist man noch jung“, sagt Kaymaz. „Aber er vergisst schon so viel. „Beide Eltern leiden an Schlaflosigkeit. Manchmal stehen sie aus dem Bett auf und sitzen einfach da. Sie hören sich nicht mehr zu. Irgendwann können sie kaum noch miteinander in einem Raum sein. „Dann geht es sofort los: ‚Deine Schuld‘. ‚Nein, deine Schuld‘“, sagt Kaymaz.

Aber wer hätte was anders machen sollen?

2005 leben rund 120 000 Menschen schon länger als fünf Jahre mit einer Duldung in Deutschland.

Das sind etwa vier Mal so viele wie heute. Mehr als ein Drittel sind Kinder und Jugendliche. Viele haben Angst, sich mit den Ausländerbehörden anzulegen. Einige, die keine Angst haben, gründen 2005 Jugendliche ohne Grenzen. Ihr Logo ist ein rot durchgestrichenes startendes Flugzeug. Der Strich ist dem nachempfunden, den die Behörden auf die Duldungen drucken. Doch dieser trägt die Aufschrift „hiergeblieben“. Kaymaz stößt 2006 dazu. Sie gründet eine Lokalgruppe in Bremen.

In dem Bundesland leben da etwa 700 langjährig geduldete Minderjährige. Zu den JOG-Treffen jeden Freitag im Mädchenkulturhaus in der Heinrichstraße kommt nur eine Handvoll von ihnen. „Wir werden abgeschoben, nicht die anderen, also müssen wir uns selbst kümmern“, sagt Kaymaz. Sie treffen Grünen-Politiker, sprechen in Schulen, und wenn der Innensenator Röwekamp öffentliche Auftritte hat, dann stehen sie manchmal da und verteilen Flugblätter. In derselben Zeit besucht Kaymaz die Abendschule und versucht, ihren Realschulabschluss nachzuholen.

Integration, so heißt es bei den Innenministern immer, sei eine wesentliche Voraussetzung für die Erteilung eines Bleiberechts.

Alle sechs Monate treffen die deutschen Innenminister sich, immer in dem Land, das gerade dem Bundesrat vorsteht. Jedes Mal reisen ihnen die JOGs jetzt

hinterher. Mit Geld von Kirchen und Pro Asyl veranstalten sie eine „Gegenkonferenz“, meist in einer Jugendherberge. Das erste Mal ist Kaymaz im Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen dabei. Die Stadt ist voll mit Polizeiwagen, das Hotel Riessersee, der Tagungsort der Innenministerkonferenz (IMK), abgesichert. Erst ist der Terrorismus dran, dann der Fußball, dann die Ausländer: Tagesordnungspunkt Nummer 5 ist „Integration“, Nummer 6 „Bleiberecht für Asylbewerber mit langjährigem Aufenthalt“.

80 JOGler aus elf Bundesländern sind nach Garmisch-Partenkirchen gekommen.

Sie laufen durch die Straßen, manche haben sich komplett in das rote Absperrband eingewickelt, auf dem „hiergeblieben“ steht, sie sehen fast aus wie Mumien. An den Fenstern der Häuser hängen Kästen mit blühenden Geranien, an die weißen Wände sind blaue Karos, Bergpanoramen in Pastellfarben und Tänzer in Alpentrachten gemalt, als sei die Bergkulisse rund um den Ort nicht schon Idyll genug. Mannschaftswagen der Polizei fahren vor der Demo der Jugendlichen, die Deutschland verlassen sollen. Die tragen Schilder mit durchgestrichenen Flugzeugen, und aus einem Lautsprecher rappt ein Mädchen über den leeren Platz, der zurückbliebe, würde sie abgeschoben.

Am nächsten Morgen laden sie Journalisten ein, der Geschäftsführer von Pro Asyl ist gekommen, gemeinsam geben sie eine Pressekonferenz. Weil die Minister drinnen über das „Nationale Sicherheitskonzept FIFA WM 2006“ reden, veranstalten die Jugendlichen draußen eine kleine Fußball-WM. Drei Mannschaften sollen teilnehmen: eine von ihnen selbst, eine aus Garmisch-Partenkirchen und eine der Innenminister. Aber die kommen nicht.

Nachdem die übrigen beiden Mannschaften fertig gespielt haben, unterschreiben alle Jugendlichen den Ball und schicken eine Delegation, die ihn den Ministern überreichen soll. Um die Sache unter Kontrolle zu halten, fährt die Polizei die Delegation zum Tagungshotel, ein Fernsteam ist dabei, Fotografen. Der Pressesprecher des Bayerischen Innenministeriums tritt vor die Tür, das machen sie jedes Mal so, wenn die Jugendlichen kommen. Er heißt Michael Ziegler. Er nimmt den Ball entgegen und noch eine Unterschriftenliste; und, ja sicher, auch die „Rote Karte für die deutsche Abschiebepolitik“, die die Jugendlichen ihm in die Hand drücken, werde er weitergeben, versprochen. Dann geht er wieder in das Hotel.

Nach dem Mittagessen fahren die Minister zum Gruppenfoto auf die Zugspitze.

Etwas unterhalb des Gipfelkreuzes befindet sich eine Plattform. Keine Wolke ist am Himmel zu sehen, der Schnee reflektiert den Sonnenschein, die Plattform ist voll mit Fotografen und Ministern und Referenten, aber nach kurzer Diskussion lassen die Sicherheitsleute auch die Jugendlichen hinauf. Sie haben ein Transparent dabei, und während die Minister für die Fotografen posieren, halten die Jugendlichen es von hinten über deren Köpfe, so dass die Minister nicht anders können, als es zu lesen. Der Berliner Staatssekretär Ulrich Freise erkennt einige der Jugendlichen von anderen Aktionen wieder und lässt sich mit ihnen fotografieren. Dann versuchen sie, dem bayerischen Minister Günther Beckstein (CSU) einen „Hier geblieben“-Schal zu schenken, doch der lehnt ab. Dann fahren die Minister nach Hause.

Zu TOP 5, „Integration“, ist ihnen viel eingefallen: Sie beschließen, dass „Integrationswillige“ sich mit der „Werteordnung des Grundgesetzes befassen und identifizieren“ sollten. Von „den Migranten“ fordern sie dabei einen „aktiven Beitrag“. Eltern und Familien seien „in der Pflicht“, „Parallelgesellschaften zu vermeiden“. Wer in Deutschland leben wolle, müsse Ja sagen zum Gewaltmonopol des Staates, sich zu „Demokratie, Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mann und Frau sowie zu religiöser Toleranz“ bekennen und gut Deutsch können. Es ist viel von Pflichten die Rede in diesem Papier, aber wenig von Rechten. Zum TOP 6, „Bleiberecht“, fällt den Ministern nichts ein. Sie wollen auf ihrer nächsten Konferenz über ein mögliches Bleiberecht entscheiden, heißt es, im November in Nürnberg.

Kurz davor bekommt Kaymaz einen Termin beim Bremer Innensenator Thomas Röwekamp. Er könnte ihr mit einer einzigen Unterschrift ein Bleiberecht erteilen. „Man wird sehen, entschieden wird auf der IMK“, habe er gesagt, berichtet Kaymaz später über die Begegnung. Für einige Jugendliche käme vielleicht eine Härtefallregelung in Frage. Die Eltern aber bekämen sicher kein Aufenthaltsrecht.

Im November fährt Kaymaz nach Nürnberg.

120 Jugendliche von JOG sind da, einige tausend Menschen demonstrieren mit ihnen für ihr Bleiberecht. Am dritten Tag der Konferenz tritt Beckstein vor die Presse. „Wer für sich sorgen kann und durch Arbeit seinen eigenen Unterhalt sichert, kann ab Montag eine

Aufenthaltsgenehmigung beantragen“, sagt er. Voraussetzung sei, zum Stichtag mehr als sechs Jahre (mit Kindern) oder mehr als acht Jahre (ohne Kinder) in Deutschland zu leben. Es sei eine „faire Chance für faktisch und wirtschaftlich integrierte Ausländer“. Im Protokoll des Innenministertreffens in Nürnberg aber steht unter Punkt 6.6: „Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Personen, die die Ausländerbehörde vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht haben.“ Geduldet, die die Voraussetzung für ein Bleiberecht nicht erfüllen, würden nun konsequent abgeschoben, sagt Beckstein.

Kaymaz ahnt, dass die „faire Chance“ nicht für sie und ihre Familie gelten wird. Niemand von ihnen arbeitet. Die Behörden haben es ihnen verboten. Wie sollen sie „eigenen Unterhalt“ sichern? „Vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht“ – genau das wirft die Ausländerbehörde ihnen ja vor. Für die Familie Kaymaz und viele der JOGs ändert sich nichts.

Nach der Bürgerschaftswahl 2007 verliert die CDU die Regierungsbeteiligung in Bremen. Röwekamp scheidet aus dem Amt, die SPD koaliert jetzt mit den Grünen. Jahrelang hatten die in der Opposition ein Ende der Kettenduldungen verlangt, die Gruppe um Kaymaz hatte Kontakt zu ihnen gehalten. 2008 bekommt Kaymaz eine Aufenthaltsgenehmigung auf Probe. Zwei Jahre hat sie Zeit, zu beweisen, dass sie sich selbst finanzieren kann. Sie fängt eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten an. Danach will sie Abitur machen und Jura studieren. Asylrecht.

Heute arbeitet Meryem Kaymaz in einer Anwaltskanzlei für Ausländerrecht in Bremen.

Abdruck mit freundlicher Erlaubnis des Autors und des CH. Links Verlags, Berlin

„(…)“

Wieder ein neuer Versuch – und wieder ein wirklich ehrliches Exklusiv-Interview mit dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) Und wieder über die aktuelle Flüchtlingspolitik. Nicht. Und mit einem Hauch Schmähkritik. Auch nicht. Von Christian Andrae

Wir sind tapfer geblieben. Nach Ab- und Zu- und wieder Absagen im vergangenem Jahr, haben wir erneut versucht, ein Interview mit Joachim Herrmann zu bekommen. Hat wieder nicht geklappt. Die Absage kam per Telefon – und jetzt sollte man sich vorstellen, wie der Münchner Kabarettist Gerhard Polt wohl eine Sekretärin eines Handwerksbetriebes aus dem Stadtteil Schwabing imitieren würde:

Frau Sekretärin: Grüß Gott, spreche ich mit Herrn Andrae?

Herr Andrae: Ja.

Frau Sekretärin: Ja. Gut. Sie haben ja eine Interview-Anfrage an den Herrn Minister gestellt.

Herr Andrae: Ja.

Frau Sekretärin: Also, dass tut mir jetzt wirklich leid, aber ich muss Ihnen leider absagen.

Herr Andrae: Aha. Aus welchem Grund denn?

Frau Sekretärin: Also, das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht sagen.

Herr Andrae: Warum nicht?

Frau Sekretärin: Also des ist so: Ich habe da nur ein Fax erhalten, auf dem steht, dass der Herr Minister das Interview nicht führen möchte.

Herr Andrae: (...)

Frau Sekretärin: „Aber mei, des tut mir jetzt wirklich leid. Aber der Herr Minister hat auch anderen Medien abgesagt. Da sind Sie nicht alleine.

Herr Andrae: Aber er hat uns persönlich abgesagt?

Frau Sekretärin: Also der Herr Minister hat auf jeden Fall Ihre Anfrage gelesen. Aber bei dem Fax steht jetzt auch nicht dabei, warum der Herr Minister abgesagt hat.

Herr Andrae: (...)

Frau Sekretärin: „Aber es ist zur Zeit ja auch so viel los. Wissen Sie? Der Herr Minister ist sehr beschäftigt. Vielleicht probieren Sie es einfach ein anderes mal.“

Herr Andrae: Ja. Und vielen lieben Dank für die Rückmeldung.

Frau Sekretärin: Ja, gerne. Einen schönen Tag wünsche ich Ihnen noch.

Herr Andrae: „Danke. Ihnen auch.“

Nun aber zum wirklichen Nicht-Interview mit Herrn Minister, das genau so einmal hätte stattfinden sollen

Herr Andrae: Herr Herrmann, vielen Dank, dass Sie sich wieder Zeit für uns genommen haben.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Aber es zwingt Sie ja keiner dazu.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Ja? Wie auch immer.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Das wird schon wieder.

Herr Herrmann: (...)

Nun zur eigentlichen Frage. Können Sie bitte folgenden Satz vervollständigen?

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Sackdoof, feige und verklemmt...

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: ...Nein. Nein. Nicht der bayerische Ministerpräsident.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Aber sicher. Eigentlich sollte es heißen: „ist Erdoğan der Präsident“. Damit beginnt das inzwischen nahezu zensierte Schmähedicht des ZDF-Satirikers Jan Böhmermann. Weiter heißt es, Erdogan sei „der Mann der Mädchen schlägt, und dabei Gummimasken trägt“. Sein Kopf sei „so leer, wie seine Eier, der Star auf jeder Gangbang-Feier“. Das Schmähedicht endet mit den Worten: „Bis der Schwanz beim Pinkeln brennt, das ist Recep Erdoğan, der türkische Präsident.“

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Nun ja. Ich wollte nur mal wissen, wie Sie das so sehen.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Na weil Sie schließlich „keine Türken inklusive Kurden“ nach Deutschland frei einreisen lassen wollen, wie Sie bereits Kund gaben. Haben Sie was gegen Türken - inklusive Kurden?

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Natürlich hat das nichts mit Böhmermanns Schmähedicht zu tun. Ich wollte nur wissen, ob Ihnen da vielleicht Ihr Chef über die Lippen kommt. Aber jetzt im erst. Ist das für Sie kein guter Deal: weniger Flüchtlinge, dafür visafrei reisende Türken inklusive Kurden?

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Nein, nein. Herr Minister. Ich stelle die Fragen, die ich will. Ihr Reiseregister interessiert mich jetzt nicht.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Tschuldigung. Da bin ich jetzt ein wenig aus der Haut gefahren. Sie haben mich in Ihrer Art gerade einfach zu sehr an die AfD erinnert.

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Also bitte. Ist das jetzt nicht ein wenig kindisch?

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Eine noch?

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Danke. „Sackdoof, feige und verklemmt...“

Herr Herrmann: (...)

Herr Andrae: Nein. Nein.

FLÜCHTLINGE SIND AN ALLEM SCHULD*

***DER FALTER** (6 Seiten, DIN lang) mit den Fakten zu den am häufigsten formulierten Vorurteilen und Vorbehalten gegen Geflüchtete. Jetzt bestellen für 0,10 Euro pro Falter unter versand@fluechtlingsrat-bayern.de

PASTINAKEN RAUS! – Ein Handbuch# (266 Seiten, 10,00 Euro),

Eine Sammlung von Hintergrundtexten, Anekdoten und ganz konkrete Anregungen für alle, die sich mit der Manifestierung rechter Tendenzen in der Mitte unserer Gesellschaft befassen. Herausgegeben von Matthias Weinzierl, Till Schmidt und dem Hinterland Magazin. Jetzt bestellen unter abo@hinterland-magazin.de

